

## Der Bürger zahlt die Zeche

Die Politik hat uns in die Energiekrise getrieben, nicht Putin, meint Hamburgs Ex-Umweltsenator Fritz Vahrenholt.

INTERVIEW, Seite 3

## Wie hält er es mit Rußland?

Kurz vor dem Landesparteitag rumort es in der sächsischen CDU. Der Grund: die Äußerungen von Landeschef Kretschmer.

POLITIK, Seite 4

## An Zustimmung verloren

Kurz vor den wichtigen Zwischenwahlen in den USA bangen die Demokraten und Präsident Joe Biden um ihre Zukunft.

AUSLAND, Seite 8

## Finger weg von der Kunst!

Die Klima-Extremisten der „Letzten Generation“ sind das Spiegeldbild eines zerfallenden Gemeinwesens.

KULTUR, Seite 13



KOLUMNE  
VON  
DIETER STEIN

## Musk übernimmt Twitter Freiheit? Wo gibt's so was!

Für woke Linke bricht eine Welt zusammen: Elon Musk, exzentrischer US-Milliardär, hat das Netzwerk Twitter übernommen. Was als „Witz“ begann, endete als „Putsch“, lamentiert die *Süddeutsche*. Stellvertretend für eine politische Klasse, die öffentliche Marktplätze als ihre Erbhöfe betrachtet, klagt der SZ-Autor, Twitter gehöre zur „kritischen Infrastruktur des öffentlichen Lebens“ und nicht in die Hände eines „pathologischen Narzißten“. Wo doch Mediengouvernanten wie die SZ ein Dauerabo auf das Kommando über den öffentlichen Diskurs zu haben glaubten und als „Gatekeeper“ bestimmen wollen, wer in die Salons kommt und wer die Klappe hält. Nicht anders die Moderatorin des ZDF-„Heute Journals“, die sich nach Musks Twitter-Coup nicht etwa sorgte, daß er die Meinungsfreiheit beschneiden könnte, sondern im Gegenteil, „daß er die Grenzen des Sagbaren weiter ausdehnen könnte“. Hier liegt der Hase im Pfeffer! Seit Jahren setzen linke Lobbygruppen Betreiber sozialer Netzwerke unter Druck, Zensur voranzutreiben oder, wie es mit orwellschem Neusprech bemantelt wird, „Haß und Hetze“ einzudämmen.

Beleidigt wenden sich Links-Woke von Twitter ab. Die Torwächter des Diskurses erleben eine Niederlage.

Jenseits des Strafrechts, das den Rahmen ausreichend setzt, haben sich so politisch-korrekte Torwächter etabliert, die den Raum der Freiheit immer weiter eingrenzen. Ein Klima der Gesinnungsschnüffelei und des Denunziantentums hat sich breitgemacht. Das Netzwerk Twitter ist hier der Schlüssel. Die Sperrung des Ex-US-Präsidenten Trump ist nur die Spitze des Eisbergs einer wahren Löschorgie gegen Rechts. Daß islamistische und links-extreme Accounts weitersenden, galt bis jetzt als völlig normal.

Beleidigt wenden sich nun Links-Woke von Twitter ab. Voller Pathos erklärt SPD-Chefin Saskia Esken ihren Abschied via *Zeit*, als gehe sie in den Untergrund: Die „basisdemokratische“ Idee des Netzes sei dahin. Die „digitalisierte Welt“ brauche doch „demokratisch gestaltete öffentliche Räume“, klagt sie. Nicht freies Spiel der Kräfte, sondern „souverän gestaltend“ sollen diese „demokratischen Räume“ sein. Warum nur haben wir Überwachungsstaat und Gesinnungssteror statt offener Debatte vor Augen?

Elon Musks Twitter-Übernahme ist eine ungeheure Provokation für eine westliche Gesellschaften dominierende Klasse, deren ideologische Agenda, LGBTQ und Multikulturalismus, von Großkonzernen übernommen wurde. Anzeigenkunden, von denen Twitter lebe, hätten „traditionell eine Politphobie“, meint warnend die *Süddeutsche*. Ob Musk sich mit den Falschen angelegt hat und er am Ende den Kürzeren zieht, wird sich zeigen. Erst einmal stehen die Zeichen auf mehr Freiheit!

# Gab es eine IMPFÜGE?



Kritiker der Corona-Politik sehen sich nach Pfizer-Anhörung bestätigt: Immer stärker gerät das Versagen von Politik und Medien in den Fokus

Seiten 2, 5 und 7

FOTO: ADRIAN STOCK, F-MONTAGE

## Das Pendel schlägt zurück

Zwischenwahlen in den USA: Die Republikaner befinden sich im Aufwind und spekulieren auf Erdrutschsiege

PAUL GOTTFRIED

Die Zwischenwahlen in Amerika stehen vor der Tür und die Demokratische Partei hat ein riesiges Problem: Was für wirkmächtige Themen soll sie überhaupt noch ins Feld führen?

Angeichts der rasanten Preissteigerungen, der massenhaften Einwanderung über die Südgrenze, der steigenden Verbrechensraten im ganzen Land und des sinkenden Niveaus der öffentlichen Bildung gibt es jämmerlich wenig, womit Joe Biden und seine Parteigenossen noch zu prahlen vermögen.

Mittlerweile springen sie von einer grob aufgebrauchten Skandalgeschichte zur nächsten. Die Spaltung im Land wird weiter vertieft. Zu ihrem liebsten Stilmittel im rhetorischen Waffenlager gehören unbegründete Anschuldigungen gegen alle Republikaner. Die Gegenpartei soll vermeintlich bestrebt sein, traumatisierten Frauen willkürlich ihre Abtreibungsrechte zu entziehen. Zudem hätten dem Zetergeschrei der Demokraten nach die bösen Rechten allesamt völlig berauscht dem sogenannten Putsch am 6. Januar 2021 zugejubelt. Was mit diesem Unsinn bezweckt wird, ist klar: Die von der Inflation und den steigenden Lebenskosten gebeutelten Amerikaner müssen abgelenkt werden.

Biden und seine Partei stehen kurz vor den Midterms am 8. November gehörig unter Druck. Die Berater und Kandidaten der Republikanischen Partei verkünden bereits jetzt eine Welle des Erfolgs. Und tatsächlich ist ein republikanischer Wahlsieg großen Formats erwartbar, auch wenn lange Zeit führende Meinungsforscher etwas anderes behauptet hatten. Nach der „Real Clear Politics“-Zusammenfassung der führenden Meinungsforschungsinstitute

liegen die Republikaner bei der Wahl des Repräsentantenhauses derzeit nur knapp vor den Demokraten. Wenn sich der Wahlausgang erwartungsgemäß abspielt, dann könnten die Republikaner bis zu 25 Sitze zulegen. Das stellt zwar einen Gewinn dar, aber auch nichts Weltbewegendes, was eine nicht in Regierungsverantwortung stehende Partei nicht auch typischerweise zwischen den Präsidentenwahlen einheimst.

Was die Senatswahlkämpfe anbelangt, haben die wichtigsten Meinungsforscher für die Republikaner weniger gute Voraussagen erstellt. Die von der Grand Old Party (GOP) gehegte Hoffnung, die bestehende Patt-situation durch einen Durchbruch im Oberhaus zu überwinden, zeigt sich unerreichbar – wenn man sich denn an den monatlang publizierten Umfragewerten orientiert.

In etlichen „Battleground States“ wie Arizona oder New Hampshire würden die Demokraten durchmarschieren, prophezeiten die Meinungsforscher. Zum einen, weil sie die geeigneteren Kandidaten hätten, zum anderen, weil die republikanischen Kandidaten wegen ihrer persönlichen Verbindung zu Trump beschädigt seien. Ebenfalls leichtfertig vorausgesagt wurde ein Kopf-an-Kopf-Rennen in Bundesstaaten wie Wisconsin und Ohio. In all diesen Wahlkämpfen eilen die republikanischen Senatskandidaten nun jedoch rauschenden Siegen entgegen. Die Demokraten können das Ruder aller Voraussicht nach nicht herumreißen.

Die bis vor kurzem verbreiteten Umfragen der Medienkartelle waren von Anfang an fraglich. Wie gut, daß es auch „abweichende“ Datenauswertungen gibt. Drei eigenständige Meinungsforschungs-

institute haben die amerikanischen Wahlen bislang mit fast hellseherischer Genauigkeit vorausgesagt; zu dieser erlesenen Gesellschaft gehören Democracy Institute, Rasmussen Reports und Trafalgar Group. Diese „Ausreißer“ haben es sich zur Pflicht gemacht, nicht „registrierte“, sondern „wahrscheinliche“ Wähler als Zielgruppe unter die Lupe zu nehmen. Darüber hinaus versuchen die Befragter mit

allen Mitteln, scheue Konservative zum Reden zu bringen, die aus Angst vor sozialer Ausgrenzung Telefonate mit Fremden über politische Angelegenheiten um jeden Preis vermeiden. Kurzum: Sie bieten eine Alternative zu ihren Konkurrenten, die Republikaner stets unterrepräsentieren. Man muß sich immer wieder der Auswirkungen dieser überzeichneten Umfragen klar werden: Denn das Bevorzugen der Demokraten entmutigt bei einem großen Vorsprung natürlich die unschlüssigen Wähler der anderen Partei.

In Pennsylvania etwa galt es lange als sicher, daß der linksradikale Vizegouverneur John Fetterman einen Senatssitz gewinnen würde. Dem frühen Zwanzig-Punkte-Vorsprung seines demokratischen Kontrahenten zum Trotz eilt sein Gegner, der ehemalige Fernsehshowstar Mehmet Oz, nun an dem durch einen Gehirnschlag beeinträchtigten Fetterman mit Windeseile vorbei. Hier stellt sich die Frage: Entsprach Fettermans Vorsprung überhaupt jemals der Realität? Wohl kaum. Auch das Gouverneursrennen im Bundesstaat New York wirft Fragen auf. Nach einem anfänglichen Dreißig-Punkte-Defizit schmilzt der Vorsprung der Gouverneurin Kathy Hochul (Demokratische Partei) gegenüber ihrem republikanischen Rivalen Lee Zeldin auf wundersame

Weise zusammen. Eine naheliegende Vermutung: Die vorwiegend demokratischen Meinungsforscher befragten zu wenig Republikaner. Später bereinigte man die Daten entsprechend, als deutlich wurde, daß die Republikaner besser abschnitten würden, als die Experten uns weismachen wollten.

Laut den verlässlicheren Umfrageinstituten ist die GOP jedenfalls im Begriff, bundesweit phänomenale Wahlsiege zu erlangen. Was aber passiert, wenn sie den Kongreß beherrschen? Zwischen Biden und seinen republikanischen Gegnern dürfte es krachen. Insbesondere die Politisierung staatlicher Behörden steht im Fokus. Die Republikaner regen sich zu Recht über Bidens Inanspruchnahme des FBI als Waffe gegen sie und ihre Verbündeten auf. Sie verlangen Aufklärung. Zudem wollen sie weitere zeitaufwendige und medienwirksame Nachforschungen über die „Zurückstellung“ der Justizabteilung im Falle der Bestechungsvorwürfe gegen Hunter Biden. Die Schließung der Südgrenze dürfte ebenfalls ein Streitthema werden. Natürlich wird Biden im Gegenzug versuchen, all diese Vorhaben zunichte zu machen. Er kann nicht anders, schließlich wird er von linken Medien und einer woken Basis vor sich hergetrieben. Weder geistig noch körperlich ist „Sleepy Joe“ in der Lage, irgendwie umzuschwenken oder gar neue Bündnisse zu schmieden.

Doch auch innerhalb der Republikaner gibt es weiterhin Zwistigkeiten: Der überforderte Fraktionschef der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, weigerte sich zuletzt, überzeugten Trump-Anhängern finanzielle Wahlkampfhilfe für ihre Midterm-Kampagnen auszusprechen. Bekanntermaßen herrschen erbitterte Spannungen zwischen dem ehemaligen Präsidenten und McConnell. Selbst nach einer erfolgreichen Zwischenwahl dürften die internen Machtkämpfe der Republikaner also andauern – gerade mit Blick auf die Präsidentenwahl 2024.



Erasmus-Stiftung erhält keine Fördermittel

## Die Nationale Front steht

Von Jörg Kürschner

Wenn es gegen die AfD und jetzt auch gegen die ihr nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) geht, verzweigt sich der Bundestag zur Nationalen Front der DDR-Vollkammer. Seit 'an Seit' wollen die Ampel-Parteien zusammen mit CDU/CSU und Linken staatliche Fördergelder an die DES verhindern. Jedes Mittel ist ihnen recht, denn seit Jahrzehnten wird in geheimen „Stiftungsgesprächen“ die Höhe der Globalzuschüsse ausgekugelt; von der Luxemburg- (Linke) bis zur Seidel-Stiftung (CSU). Transparenz? Politische Chancengleichheit? Ein Gesetz zur Finanzierung parteinaher Stiftungen? Fehlanzeige. Zuletzt ging es um etwa 700 Millionen jährlich.

Nach den bisher geltenden Kriterien müsste die DES spätestens seit 2021 gefördert werden, als die AfD erneut in den Bundestag gewählt wurde. Was die Nationale Front 2.0 listig abblocken will. Im Haushaltsgesetz 2022 heißt es erstmals, gefördert werden dürfe nicht, „wenn begründete Zweifel an der Verfassungstreue von Organen oder Beschäftigten bestehen“. Ein Gesinnungs-TÜV.

Die AfD klagt vor dem Bundesverfassungsgericht. Denn ihre derzeitige Beobachtung durch den Verfassungsschutz läßt keinen Rückschluß auf eine verfassungsfreundliche Ausrichtung der DES zu. „Keine Steuermillionen für die Wegbereiter des Faschismus“, hetzt ein Antifa-Blatt. Medial gefälliger formuliert es die „Freiheitspartei“ FDP: Kein Geld für „rechte Kaderschmieden“!



Die woke Linke in Rage: Elon Musk übernimmt Twitter

Paragraph 130 StGB wird erweitert

## Der Tod des freien Diskurses

Von Björn Schumacher

Als 1994 der Volksverhetzungssatz 130 StGB um die sogenannte Auschwitzlüge erweitert wurde, war das die Fixierung eines Triumphs des Philosophen Jürgen Habermas im „Historikerstreit“. Unvergleichlichkeit und Singularität des Holocaust mutierten anstelle eines umfassenden Antitotalitarismus zur Staatsidee. Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) räsonierte über einen „Gründungsmythos Auschwitz“.

Fünfzehn weitere europäische Länder zogen nach und stellten die Leugnung und/oder Verharmlosung des NS-Judenmords unter Strafe. Die USA und Großbritannien, der urdemokratischen Idee des „Freedom of Speech“ verpflichtet, verweigerten sich dieser fragwürdigen Strafrechtspolitik.

Noch mehr Konfliktpotential liefert die jetzt vom Bundestag – mit den Stimmen von FDP und CDU/CSU-Abgeordneten – in einer Nacht-und-Nebel-Aktion beschlossene Verschärfung des Paragraphen 130 StGB. Künftig soll jede Billigung, Leugnung oder Verharmlosung von Völkermord, Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen, die den „öffentlichen Frieden“ stören, bestraft werden. Zum einen dürfte so die Einzigartigkeit des Holocaust wieder in den Debattenfokus rücken. Zum anderen droht der schleichende Tod einer bislang offenen Gesellschaft, wenn Aussagen über Angriffe auf ukrainische Städte oder die Tötung der Herero im früheren Deutsch-Südwestafrika in strafrechtlich bewachte Meinungskorridore gezwängt werden.

Meloni will Geburtenrate erhöhen

## Das Feuer weitergeben

Von Zita Tipold

Italiens neue Regierung hat versprochen, das Land aufzurichten. Nun legt die Allianz aus Rechten und Konservativen den entscheidenden Grundstein für einen Kurswechsel: Das Ministerium für „Familie und Gleichberechtigung“ soll um den Zusatz „Geburtenrate“ ergänzt werden. Gut so! Was wie eine Kleinigkeit klingen mag, wird auf lange Sicht über das Fortbestehen des Landes entscheiden.

Zahlreiche europäische Staaten kämpfen seit Jahren gegen das Geburtenfieber. Wie das italienische Gesundheitsministerium jüngst mitteilte, ist die Fertilitätsrate in dem Land weiter rückläufig und liegt nun bei 1,25. Es gilt, den Abwärtstrend schleunigst zu stoppen – nicht nur aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Wozu schließlich all der Kampf für die Bewahrung des Eigenen, wenn niemand das Feuer weitergibt?

Laut Medienberichten plant die Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, junge Paare mit finanziellen Anreizen zu mehr Kinderreichtum zu animieren. In Ungarn hat sich ein solches Modell bereits bewährt. Steuervergünstigungen entlasten den Geldbeutel und staatliche Darlehen zum Kauf eines Eigenheims bieten Eltern eine Chance, ihren Kindern feste Wurzeln zu geben.

Der Zuzug von jungen Migranten zur Lösung des Demographie-Problems ist also nicht alternativlos. Es ist vielmehr eine Maßnahme, die vom geringsten Optimismus und Kampfeifer für das Eigene zeugt. Veränderung ist sehr wohl möglich.

# Aufhören, es ist vorbei!

Corona: Das Virus ist endemisch, alle unnötigen Maßnahmen können also weg

Die „Corona-Pandemie“ ist die große Untote inmitten all der realen Krisen, mit denen sich die Deutschen in diesen Tagen herumschlagen müssen. Im nunmehr dritten Jahr spukt sie noch immer durch die Köpfe und Schlagzeilen, verzweifelt am Weiterwanken gehalten durch eine schrumpfende Schar von unentwegten Panikgeleiteten. Ihr Anführer verbreitet als Ein-Themen-Guru von seinem Ministeramt aus, in das ihn die Corona-Welle vor Jahresfrist gespült hat, unverdrossen widersprüchliche und zusammenhanglose Warnungen und Tatenmeldungen, die kaum noch jemanden in Erregung versetzen.

Wenn selbst ein Erzpoptunist wie der bayerische Ministerpräsident und vormalige Corona-Paniktreiber Markus Söder auf dem CSU-Parteitag bekundet, er könne das Gemekere und die Unkenrufe des Herrn Lauterbach „nicht mehr hören“, dann steht fest: Mit Corona-Bußpredigten und hartem Maßnahmenregime ist kein Blumentopf und auch keine Landtagswahl mehr zu gewinnen. Das Coronavirus taugt nicht mehr als Generalvorwand für Repression und Freiheitseinschränkungen.

Söder macht sich ein Argument zu eigen, das auch der Chef der Ständigen Impfkommission (Stiko) Thomas Mertens inzwischen offen ausspricht: Das Virus ist endemisch geworden, die Pandemie ist beendet. Tatsächlich ist eingetreten, was besonnene Fachleute von Anfang an vorausgesagt hatten, bevor die politischen Entscheider und ihre Stichwortgeber von dem Allmachts-wahn ergriffen wurden, durch ein babylonisches Maßnahmen- und Impfpflege-Infektionsmenü jeden Preis verhindern zu wollen: Das Virus hat sich durch Mutationen dem menschlichen Wirt angepasst, indem es zugleich ansteckender und weniger gefährlich wurde.

Das erklärt, warum die von Minister Lauterbach als wiederkehrendes Schreckgespenst beschworene „Herbstwelle“ inzwischen von alleine wieder abebbt, auch ohne daß die Länder seinen verzweifelten Appellen gefolgt wären, abermals umfassende Maskenpflichten einzuführen. Die „Inzidenz“ der auf die Einwohnerzahl bezogenen „Infektionen“ muß immer noch als Maßgröße herhalten, obwohl sie kaum praktischen Erkenntniswert hat: Ohne das stur fortgesetzte, teure und weitreichende Testregime – ein Drittel aller PCR-Tests auf das Coronavirus weltweit

werden inzwischen in Deutschland durchgeführt – wäre eine spezifische Corona-„Welle“ vermutlich gar nicht zu erkennen.

Mal mitleidig, mal belustigt nimmt man jenseits der deutschen Corona-Wagenburg die teutonische Maßnahmenfixierung zur Kenntnis. Kopfschüttelnde Heiterkeit ist die Regel, wenn beim Überschreiten der Grenzen nach Deutschland in Fernzügen die zum Fetisch gewordene Maske auf Kommando aufgesetzt werden muß und beim Verlassen des deutschen Virus-Hoheitsgebiets befreit wieder abgenommen werden darf. Angesichts der Entwicklung des Coronavirus zu einem von zahlreichen endemischen

VON MICHAEL PAULWITZ

„Die Aufhebung der Pflege-Impfpflicht ist sowohl sachlich als auch pragmatisch zwingend geboten.“



Erregern von saisonalen Erkältungskrankheiten wäre die tatsächliche Belastung von Krankenhäusern und Intensivstationen durch an diesem Virus erkrankte Personen die einzige relevante Kennzahl für möglichen öffentlichen Handlungsbedarf. Das Drohen mit einer Überlastung des Gesundheitssystems ist denn auch die letzte Trumpfkarte des Bundesgesundheitsministers und der ihm getreuen Maßnahmenbefürworter.

Aussagekräftige Zahlen dazu gibt es bis heute nicht – einer von vielen unaufgearbeiteten Missetänden in der deutschen Corona-Politik. Auch nach mehr als zweieinhalb Jahren können weder das Bundesgesundheitsministerium noch seine nachgeordneten Behörden mit Bestimmtheit sagen, wie viele Patienten tatsächlich an Covid-19 als Hauptdiagnose erkrankt sind und bei welchem Anteil der Corona-Befund lediglich ein Nebenprodukt der nach wie vor grassierenden Testmanie ist. Wo solche Erhebungen dennoch örtlich stattfinden, relativiert sich die Zahl der ursächlich am Coronavirus Erkrankten auf einen geringen Prozentsatz.

Die offenkundig gewollte Unklarheit dient somit vor allem dazu, die Statistiken weiterhin bedrohlich zu gestalten. Denn überlastet ist das deutsche Gesundheitssystem: durch chronischen Personalmangel bei schlechter Bezahlung und unbefriedigenden Arbeitsbedingungen, hohen Kostendruck und ineffiziente Bürokratie. Verschärft wird die Personalknappheit weniger durch „das Virus“, sondern durch das mit ihm verbundene Maßnahmenregiment aus Isolations- und Quarantänpflichten. Vor allem die diskriminierende einrichtungsbezogene Impfpflicht, die zahlreiche Pflegekräfte aus dem Beruf getrieben hat, schreckt potentiellen Nachwuchs ab.

Längst liegt offen zutage, daß die mRNA-Impfung gegen das Coronavirus keinen Fremdschutz vor Ansteckung für andere begründet, sondern allenfalls einen gewissen Eigenschutz gegen schwere Krankheitsverläufe. Die Aufhebung der Pflege-Impfpflicht und der strikten Quarantänebestimmungen ist daher sowohl sachlich als auch pragmatisch zwingend geboten. Die Forderungen danach aus Fachverbänden und Länder-Gesundheitsministerien werden lauter, sogar aus Bayern. Zu den verschlossenen Ohren des Karl Lauterbach dringen sie dennoch nicht durch.

Für den Gesundheitsminister geht es um die ramponierten Reste seines Rufs. Die Fortschreibung der „Pandemie“-Panik dient als Ablenkung von Lauterbachs Versäumnissen bei der überfälligen Reform des Gesundheitswesens. Die abermalige Neuauflage einer millionenteuren Impf-Werbekampagne, die den aktuellen Wissensstand absichtsvoll ignoriert, zögert wiederum den Offenbarungseid hinaus. Lauterbachs überzogene Bestellungen von sukzessive verfallenden Impfstoffdosens füllen zwar die Portefeuilles der Pharmahersteller und ihrer Aktionäre, für den unter enormen Defiziten leidenden Gesundheitsset aber werden sie zum Milliardengrab.

Während in anderen Ländern neue Regierungspandemie und Corona-Maßnahmen für beider erklären, Abbitte tun für die niederträchtige Stigmatisierung ungeimpfter Bürger und die Weichen für die politische Aufarbeitung ihrer Corona-Politik stellen, dreht sich in Deutschland das Impf- und Maßnahmenkarussell weiter, weil Politik und Wissenschaft sich ihrer Verantwortung nicht stellen wollen. Eine Öffentlichkeit, die das Prädikat „demokratisch“ verdient, sollte ihnen das nicht durchgehen lassen.

ZITATE

„Der ganze Sinn des Twitter-Kaufs besteht darin, sicherzustellen, daß alle miteinander reden können. Es geht darum, die Zensur aller Menschen zu beenden, Punkt. Die Biden-Administration steckt deshalb in Schwierigkeiten. Für sie hängt alles von der Zensur ab – alles! Sie werden tun, was sie können, um Twitter wieder zu stoppen. Sie werden alles versuchen, um den neuen Eigentümer zu zerstören, und Elon Musk muß das wissen. Er tut es trotzdem, und das ist die Definition von Tapferkeit. Schauen Sie sich um. Wie viele mutige Milliardäre gibt es? Nicht viele. Und warum? Je mehr man hat, desto mehr hat man zu verlieren. (...) Was auch immer Sie von Elon Musk halten und wie auch immer die Sache ausgeht, es ist zumindest eine beeindruckende Geschichte.“

Tucker Carlson, TV-Moderator, in seiner Sendung auf „Fox News“ am 28. Oktober

„Wir sehen seit einiger Zeit eine schlechende Verlagerung industrieller Wertschöpfung. Dies werden wir als Deindustrialisierung und Wohlstandsverlust erst in Jahren spüren – dann aber unumkehrbar.“

Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen, im „Focus“ am 29. Oktober

„Daß in diesem Herbst Zehntausende illegal in unser Land strömen werden, wurde von Nachrichtendiensten und Medien rechtzeitig berichtet – niemand hat gehandelt. Daß Bürgermeister und Landräte seit Wochen Alarm schlagen, geht in den Mühlen der vor sich hin administrierenden Hauptstadt unter. Daß die zuständige Ministerin jetzt auch noch versucht, die Zahlen und damit das Ausmaß des Problems zu verschleiern – so wie es 2015 und danach monatelang geschehen ist – zeigt eine sich in der Ampel pandemisch verbreitende Form der Wirklichkeitsverweigerung. Was nicht ins Konzept, die Ideologie oder zur bisherigen Politik paßt, soll irgendwie an den Bürgern vorbeigemogelt werden.“

Claus Strunz, Mitglied der Bild-Chefredaktion, in der „Bild“-Zeitung am 31. Oktober

„Die niedrigen Zinsen der vergangenen Jahre waren die größte Sache in der Weltwirtschaft. Durch sie mußte sich Geld andere Möglichkeiten suchen, um Rendite zu erwirtschaften: Deshalb sind die Vermögenspreise weltweit gestiegen. Ob nun bei Immobilien oder Bitcoin: Alles wurde in die Höhe getrieben. Das ist vorbei, darauf müssen wir uns erst einstellen. Konsequenzen hat das auch für die Staatsverschuldung. Angetrieben von der Modern Monetary Theory hat sich der Glaube eingeschlichen, Staaten könnten sich grenzenlos verschulden, ohne daß das Konsequenzen haben würde. Das war immer falsch, aber nun wird es offensichtlich. Höhere Zinsen machen Schuldenmachen teurer.“

Kenneth Rogoff, US-Ökonom und Professor an der Harvard University, in der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ am 31. Oktober

„Viele Migranten haben gar kein Interesse daran, sich in Deutschland registrieren zu lassen, weil sie beispielsweise eine Einreisepflicht haben, also schon einmal ein Asylverfahren durchlaufen haben und negativ beschieden wurden, oder weil sie gar nicht in Deutschland bleiben wollen. Da gibt es etliche Gründe, warum man sich lieber nicht registrieren lassen will. Die Dunkelziffer ist daher sehr hoch. Das kann jeder leicht feststellen, wenn er die Bamf-Zahlen, also die Anzahl der Erstasylanträge, mit den Feststellungen durch die Bundespolizei vergleicht. Da klappt ein Riesendelta.“

Heiko Tegatz, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft DPoG, auf „Tichys Einblick“ am 31. Oktober

Aufgeschnappt

„So tief seid ihr gesunken“

Von Matthias Bäkermann

Keinerlei Mitleid für seine Odyssee in einem Friseursalon in Berlin-Neukölln konnte RBB-Moderator Hendrik Schröder ernten. So beschrieb er im Oktober in der Kolumne seines Senders, was er erlebte, als er im Barbershop mit einem Dutzend „arabisch sprechender Männer“ einen billigen Haarschnitt ergattern wollte. Nur wortkarg begrüßt, mußte er ewig warten, während andere Kunden ihm vorgezogen wurden, bis er endlich vom Praktikanten, „der das noch nicht so oft gemacht hatte“, im Hinterraum frisiert wurde. Als dann noch ein Typ mit Goldschmuck den Laden betrat, den Schröder als „Babo, den Chef, vor dem alle Angst hatten“, klassifizierte, mußte er sich auch noch verhöhnen lassen: „Ah, ihr bedient jetzt auch Deutsche, so tief seid ihr gesunken“, polterte dieser unter Gelächter aller Araber. Schröder, dessen „Identifikation mit meiner Nationalität nie besonders ausgeprägt war“, witterte nun „lupenreinen Rassismus“. Seine bekundete Einsicht, deshalb zu wissen, welchen Rassismus Ausländer „hier jeden Tag“ erleben müßten, forderte bei Journalistinnenkollegin Lisa Kräher allerdings zornigen Spott heraus: „Als großer weißer Cis-Mann mit Abitur“ sei diese Aussage „anmaßender Quatsch“, konkretisierte diese auf Übermedien.

Bild der Woche

## Niemand greift ein

**Radikalisierung:** Ob Italien, Deutschland oder Großbritannien: Europaweit nehmen die Klimaproteste von Gruppen wie der „Letzten Generation“ oder „Just Stop Oil“ zu. Straßen werden blockiert, Ministerien besetzt oder wie hier in London zentrale Gebäude wie die Bank of England besprüht. Natürlich sind rein zufällig auch immer die Medien bei den Aktionen anwesend.



FOTO: PICTURE ALLIANCE/AA



# „Es geht um Deutschlands Zukunft“

**Interview:** Nicht Putins Krieg, sondern die Politik hat uns in die Energiekrise geführt – deren Auswirkungen wir zudem völlig unterschätzen, warnt der ehemalige SPD-Umweltsenator und Energieexperte Fritz Vahrenholt

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DA



**Andreas Radbruch.** Der renommierte Immunologe führt unablässig den Kampf gegen schlecht informierte Politiker.

## Auf Angriff

MATHIAS PELLACK

**Kritiker Vahrenholt:** „Uns drohen Zusammenbruch unserer Wirtschaft und Deindustrialisierung ... Darum gibt es nur eines, wir müssen mit der dümmsten Energiepolitik der Welt endlich aufhören“

*Herr Professor Vahrenholt, warum weigern Sie sich, kürzer zu duschen?*

**Fritz Vahrenholt:** Weil das kein ernsthafter Beitrag zur Lösung der Krise ist, in der wir stecken.

*Sondern?*

**Vahrenholt:** Ein Ablenkungsmanöver, das den Leuten suggerieren soll: zum einen, so ließe sich die Krise bekämpfen, zum anderen, die Bürger und nicht die Politik seien an ihr schuld.

*Und wie verhält es sich aus Ihrer Sicht tatsächlich?*

**Vahrenholt:** Unser Problem ist nicht, daß wir zu lange duschen, sondern daß wir ein Gasförderverbot, ein Frackingverbot, ein Verbot von Kohlekraftwerken mit CO<sub>2</sub>-Abscheidung und ein Kernenergieforschungsverbot haben. Und das angesichts dessen, daß uns fünf bis sechs Millionen Arbeitslose, der Zusammenbruch unserer Wirtschaft und die Deindustrialisierung Deutschlands drohen.

*„Deindustrialisierung“, ist das wirklich vorstellbar?*

**Vahrenholt:** Natürlich, erste Anzeichen sind längst zu sehen. Zum Beispiel verkaufen einige Unternehmen ihre Stromverträge, die sie für 2023 bereits abgeschlossen haben, zur Zeit an der Börse. Das heißt, sie haben vor, sich aus Deutschland zurückzuziehen. BASF investiert verstärkt in China, da ihre Energiekosten in Deutschland um 2,2 Milliarden Euro gestiegen sind. Die Folge ist ein Sparprogramm, das 39.000 Mitarbeiter am Standort Ludwigshafen trifft.

**„Die Bürger machen sich nicht klar, daß der Prozeß längst begonnen hat“**

*Deutschland ist gut tausend Jahre alt, davon war es etwa 850 Jahre ein Agrar- und gut 150 Jahre ein Industrieland. Eine Deindustrialisierung würde also einen Epochenwechsel bedeuten, wie wir ihn in unserer Geschichte nur einmal erlebt haben, und der das Land damals völlig umkehrte. Daher nochmal die Frage, wie soll man sich dieses Deutschland vorstellen?*

**Vahrenholt:** Das Problem scheint mir zu sein, daß man sich schon die Deindustrialisierung nicht vorstellen kann, geschweige denn die Zeit danach. Denn die Botschaft, daß wir uns bereits mitten in diesem fundamentalen Prozeß befinden, kommt offenbar bei den meisten Deutschen gar nicht an. Tatsächlich aber investieren wir schon seit Jahren weniger als wir abschreiben – das ist Deindustrialisierung! Denn es bedeutet, daß wir unsere Substanz verbrauchen. Eine der Stärken Deutschlands war es, sicherer Ort für Investitionen zu sein. Doch in ein Land ohne sichere Energieversorgung, zu zudem horrenden Preisen, wagt sich kaum noch ein Investor. Ich fürchte, die Bürger machen sich die Bedeutung der Industrie für unseren Wohlstand nicht klar. Industrie und Gewerbe machen immer noch 24 Prozent unseres BIP aus – das ist weltweit einer der höchsten Werte und hat unseren Wohlstand bestimmt!

*Warum gibt es dafür bei so vielen kein Bewußtsein?*

**Vahrenholt:** Ich glaube, weil sich der Prozeß nicht in einem großen Kladderatsch, sondern schleichend vollzieht. Dennoch sind die Folgen nicht weniger dramatisch, nämlich wachsende Wohlstandsverluste, sinkendes Steueraufkommen und Zurückfallen im internationalen Wettbewerb. Jedoch habe ich den Eindruck, daß einige das gar nicht stört, sie es sich sogar wünschen – wenn ich mir so manches Parteimitglied der Grünen ansehe. Ihnen aber sei gesagt, daß die deutsche Industrie über eine vergleichsweise vorbildliche Klimaeffizienz verfügt. Die Herstellung eines Produktes verursacht bei uns also weniger CO<sub>2</sub> als in den meisten anderen Ländern. Machen wir unsere Industrie kaputt, werden diese Produkte nicht verschwinden, sondern von anderen hergestellt – zum Beispiel von China, unter Ausstoß des Fünffachen an CO<sub>2</sub>.

*Sie haben in der „Bild“-Zeitung davon gesprochen, daß das „Ampel-Gehampel“ endlich aufhören müsse.*

**Vahrenholt:** Damit meine ich dieses Hin und Her aus irrelevanten Maßnahmen, wie kürzer duschen,

Waschlappen benutzen, Leuchtreklame abschalten, und falschen Behauptungen wie etwa, wir hätten gar kein Stromproblem oder der Weiterbetrieb der letzten Kernkraftwerke bringe nichts – statt sich endlich der Krise zu stellen und die Politik zu ändern!

*Aber ist die Laufzeitverlängerung für die Atomkraft da nicht ein erster Schritt?*

**Vahrenholt:** Nein, denn die gilt nur bis zum 15. April. Doch werden sich die Dinge bis dahin kaum geändert haben. Und der nächste Winter kommt.

**„Niveau eines Entwicklungslandes: Stromsperren für Stadtteile“**

*Vielleicht gelingt in der Ukraine bis dahin ein Waffenstillstand.*

**Vahrenholt:** Der Konflikt mit Rußland ist nicht die Ursache unserer Krise, sondern hat unsere Schwäche offengelegt: Billiges Gas aus Rußland war das Rückgrat der schwankenden Wind- und Solarproduktion. Die eigentlichen Ursachen sind, daß wir europaweit Kohlekraftwerke abgestellt haben – Stichwort von der Leyens „Green Deal“ –, daß wir aus der Kernkraft ausgetrieben sind, so wie daß wir das CO<sub>2</sub> so verteuert haben, daß sich der Strompreis schon bis 2021 verdreifacht hatte.

*Was steht uns also nach Ihrer Ansicht konkret bevor?*

**Vahrenholt:** Wir können es uns einfach nicht leisten, jedes Jahr einen 200-Milliarden-Euro-„Doppelwumms“ aufzubringen, um die Energie- und Strompreise zu dämpfen. Und es geht dabei nicht nur um die Bürger und kleinen Betriebe, die das nicht mehr bezahlen können, sondern auch um die Unternehmen, die auf dem Weltmarkt mit Anbietern in China oder den USA konkurrieren müssen, die nur zwei oder drei Cent pro Kilowattstunde für Strom bezahlen müssen.

*Droht uns ein Blackout?*

**Vahrenholt:** Auch der ist nicht auszuschließen. Ich halte ihn aber für eher unwahrscheinlich.

*Vor kurzem sprach der Wirtschaftsingenieur und Blackout-Vorsorgeberater Robert Jungnickel in dieser Zeitung von einer 99,9prozentigen Wahrscheinlichkeit.*

**Vahrenholt:** Wird die Gefahr zu groß, werden die Energieversorger mit Stromsperren für Stadtteile und Fabriken reihum das Netz stabilisieren und so einen Blackout vermutlich verhindern. Das aber ist das Modell Kapstadt und das Niveau eines Entwicklungs- oder Schwellenlandes, nicht das einer Industrienation. Nochmals: Wer will in einem solchen Land noch investieren?

*Was muß jetzt also unternommen werden?*

**Vahrenholt:** Die letzten drei Kernkraftwerke müssen unbefristet weiterlaufen, die drei zuvor abgeschalteten, wenn technisch möglich, wieder in Betrieb gehen. Immerhin versorgt ein KKW etwa 12 Millionen Haushalte! Das ist nicht nur wichtig, um die Versorgung sicherzustellen, sondern auch, um die Preise zu senken, denn Kernkraft und Kohle sind billiger als Gas – auf das sich aber, zusätzlich zu den unzuverlässigen erneuerbaren Energiequellen, die deutsche Energiepolitik vor allem stützt. Und deshalb müssen zudem auch die Kohlekraftwerke wieder ans Netz, die man mit CO<sub>2</sub>-Abscheidetechnologie CO<sub>2</sub>-neutral machen kann. Nur ist grüne Kohlekraft aus ideologischen Gründen nicht gewollt – vermutlich weil dann die Argumente gegen die Kohle hinfällig wären. Diese Technologie nennt

sich übrigens CCS – Carbon capture and storage: CO<sub>2</sub> einfangen und in tiefen Schichten ablagern. Das abgeschiedene Kohlendioxid wird in die Erde verpresst, wozu uns etwa Norwegen leergeforderte Gasfelder anbietet. Und schließlich müssen wir als dritten Pfeiler einer Energiepolitik, die uns aus der Krise führt, unser eigenes Erdgas nutzen, von dem wir bekanntlich einen riesigen Schatz in der norddeutschen Tiefen haben. Schon in einem Jahr könnte dessen Förderung per Fracking beginnen, würde man das jetzt anpacken.

*Stattdessen importieren wir aus den USA teures LNG, also Flüssigerdgas.*

**Vahrenholt:** Und das, obwohl Präsident Biden die Exploration von Fracking-Gas auf staatlichem Grund und Boden verboten hat. Folge: die Menge an US-Fracking-Gas wird perspektivisch geringer, weil bestehende Felder irgendwann erschöpft sind. Das bedeutet, daß das sowieso schon teure LNG künftig noch teurer wird, und daß – da die Amerikaner natürlich immer erst den eigenen Bedarf decken – irgendwann für uns nicht mehr viel übrigbleibt.

*Wie wahrscheinlich ist es, daß es zu dem von Ihnen geforderten Wechsel der deutschen Energiepolitik kommt?*

**Vahrenholt:** Tja, am Ende wird die Alternative lauten, entweder auf diese Weise die Krise zu bekämpfen – oder immer neues Geld zu drucken, um die Preissteigerungen auszugleichen. Was das aber zur Konsequenz hat, wissen Sie.

*Sie meinen, der Euro würde endgültig zu einer Art italienischer Lira, einer Billigwährung mit Inflation?*

**Vahrenholt:** Das wäre die Alternative.

*Inflation, Abhängigkeit von den USA, LNG-Knappheit – die nächste Krise ist also schon programmiert?*

**Vahrenholt:** Die Bundesregierung hat offenbar nicht begriffen, daß sie deshalb mit dem Versuch, LNG von Katar, Israel oder Kanada zu bekommen gescheitert ist, weil diese Länder keine Zwei-, sondern Zwanzig-Jahres-Verträge wollen. Denn für die Lieferung müssen sie die nötige Infrastruktur schaffen, die sich aber nur lohnt, wenn die Abnahme für längere Zeit sicher ist. Doch das wiederum wollte Herr Habeck nicht, wegen des Klimaschutzes. Er hat Israelis und Kataris wörtlich gesagt, in sieben Jahren brauchen wir euer Gas nicht mehr! Und nun stehen wir da und machen uns abhängig von amerikanischem Flüssigerdgas – mit absehbaren Folgen, die aber einfach ignoriert werden. Ja, da ist die nächste Krise natürlich programmiert! Zumal China, wegen seiner schwächelnden Wirtschaft, in diesem Jahr 14 Prozent weniger Gas verbraucht hat, das damit dem Markt zur Verfügung stand. Springt die chinesische Wirtschaft jedoch wieder an, fliegt uns der LNG-Preis auch deshalb erneut um die Ohren. Darum gibt es nur eines: Deutschland muß mit der dümmsten Energiepolitik der Welt endlich aufhören!

*Was meinen Sie genau, die Energiewende an sich oder nur die inkompetente Art, mit der sie erst unter Merkel, dann unter der Ampel umgesetzt worden ist?*

**Vahrenholt:** Natürlich gehören auch Solar und Wind zum Energiemix. Erneuerbare Energien sind aber bekanntlich nicht grundlastfähig, weshalb man für jedes Windrad und jedes Solarpanel Kapazitäten eines konventionellen Kraftwerks bereithalten muß, wenn Wind und Sonne uns im Stich lassen. Denn wettbewerbsfähige Speichertechnologien, etwa durch Wasserstoff werden wir in diesem Jahrzehnt nicht mehr bekommen.

*Aber sind Sie nicht ein Förderer regenerativer Energien?*

**Vahrenholt:** Ja, bei Shell habe ich Solar vorangebracht und bei Repower und RWE die Windenergie und ich bin stolz darauf, daß eine der ersten Windkraftanlagen in der Nordsee nach mir „Fritz“ genannt wurde. Doch zu glauben, wir könnten allein mit regenerativer Energie unseren Bedarf als Industrienation sichern, ist ein großer Irrtum!

*Wir beziehen aber doch schon vierzig Prozent aus den erneuerbaren Energien.*

**Vahrenholt:** Vierzig Prozent unseres Strom-, aber nicht unseres gesamten Energiebedarfs! Da decken Wind und Sonne gerade einmal gut fünf Prozent der gesamten Primärenergie – also einschließlich Verkehr und Wärme – ab. Weltweit sind es übrigens sogar nur gut zwei Prozent. Wer angesichts dessen glaubt, daß wir – wie politisch geplant – in acht Jahren weitgehend auf Erneuerbare umsteigen können, der wird sehr schlimm scheitern.

*Also müssen wir zurück zur klassischen deutschen Energiepolitik vor der Energiewende, dem Energiemix – nur mit einem größeren Anteil an Erneuerbaren?*

**Vahrenholt:** Ja, regenerative Energien haben ihren Platz. Sie dürfen nur nicht zu einer Art Religion gemacht werden.

*Wie groß könnte bei einer verantwortungsbewußten Energiepolitik ihr Anteil am Mix maximal werden?*

**Vahrenholt:** Hans-Werner Sinn spricht von fünfzig Prozent, aber nur für den Strom. Ich kann mir allerdings vorstellen, daß dies auch für den Gesamtenergiebedarf erreicht werden kann – aber nur wenn wir uns dafür dreißig Jahre Zeit nehmen, um diesen Zustand, einschließlich importierter erneuerbarer Energien, zu erreichen. Und wir müssen natürlich über die anderen fünfzig Prozent reden.

**„Früher oder später wird diese Politik in einem Desaster enden“**

*Bleibt uns die ganz große Krise in diesem Winter vielleicht erspart, wenn der wieder einmal mild ausfällt?*

**Vahrenholt:** Das ist das, worauf die Bundesregierung hofft, sowie – ironischerweise – auf die Wiederinbetriebnahme der ausgefallenen französischen Kernkraftwerke. Und das kann auch durchaus so kommen – obwohl zu warme Oktober erfahrungsgemäß sehr häufig zu kalten Wintern führen. Doch ändert es nichts daran, daß eine Politik, die ihr Wohl und Wehe auf zwei externe Zufallsfaktoren setzt, vollkommen unverantwortlich ist. Zumal ich voraussetze, sollte es halbwegs gutgehen, wird man nicht die notwendigen Lehren ziehen, sondern sich darauf ausruhen. Denn dann kommt auch der Sommer, und die Lage entspannt sich etwas. Mit der Folge, daß wir im Herbst 2023 vor einer noch schlimmeren Situation stehen, da unsere Gasppeicher dann noch geringer gefüllt sein werden als jetzt. Denn in diesem Jahr haben wir ja immerhin bis August Gas aus Rußland bezogen. Deshalb wird diese Politik früher oder später in einem Desaster enden. Woraus folgt, daß es keine Alternative zu einem Ausstieg aus der Energiewende und dem „Weiter so“ gibt. Auch dann nicht, wenn wir diesen Winter mit einem blauen Auge davonkommen sollten.

*Und wenn der Winter hart statt mild wird?*

**Vahrenholt:** Ich vermute, daß wir auch dann mit Hängen und Würgen irgendwie durchkommen, dann wahrscheinlich mit den schon erwähnten Stromsperren. Und auch dank des 200-Milliarden-Euro-„Doppelwumms“. Die Bürger werden aber die Zeche indirekt dennoch zahlen müssen, weil gedrucktes Geld die Inflation nur weiter anheizt. Aber vor allem, es geht überhaupt nicht um diesen Herbst und Winter: Worum es geht, ist die Zukunft Deutschlands als Industriestandort! Das müssen die Bürger der Politik demonstrativ klarmachen. Ich habe etwa einen „Rettet unsere Industrie“-Aufkleber der gleichnamigen Initiative am Auto – „Atomkraft? Nein danke“ ist dagegen so etwas von gestern! Denn Zukunft gibt es nur, wenn wir unsere Industrie und ihre Arbeitsplätze retten.

MORITZ SCHWARZ

### Prof. Dr. Fritz Vahrenholt

Der Chemiker und SPD-Politiker, 1949 in Gelsenkirchen geboren, war bis 1997 Hamburger Umweltsenator, dann Vorstand für erneuerbare Energie der Deutschen Shell und Chef der RWE-Tochter für Wind-, Wasser- und Bioenergie. Zuletzt publizierte der Bestsellerautor „Unerwünschte Wahrheit. Was Sie über den Klimawandel wissen sollten“ und „Unanfechtbar? Der Beschluß des Verfassungsgerichts zum Klimaschutz im Faktencheck“.

► www.vahrenholt.net

## Thüringen: Mohring gegen Ausgrenzung der AfD

ERFURT. Der Ex-Fraktionschef und CDU-Landtagsabgeordnete im Thüringer Landtag, Mike Mohring, hat sich gegen eine weitere Ausgrenzung der AfD ausgesprochen. Es ergebe wenig Sinn, sie „parlamentarisch durch Ausgrenzung zu überhöhen, ohne daß sie sich inhaltlich beweisen muß“, äußerte er gegenüber den Thüringer Zeitungen der Funke-Mediengruppe. So ärgere sich der Christdemokrat über den derzeitigen Umgang mit der Partei. „Wir verschwenden jede Plenarsitzung Stunden damit, AfD-Abgeordnete nicht in die nach ihrem Stärkeverhältnis zustehenden Gremien zu wählen.“ Denn so könne die AfD „mit dem Finger auf den Landtag zeigen und behaupten, sie werde in ihren Rechten beschnitten“. Hingegen müßten sich deren Abgeordnete in den Gremien bewähren, wenn sie hineingewählt würden. Daß der Thüringer AfD-Verband um Björn Höcke vom Verfassungsschutz beobachtet wird, kommentierte Mohring ebenfalls. Das bedeute „nicht mehr und nicht weniger, als daß es Anhaltspunkte gibt, daß die AfD nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht“. Die Abgeordnete der Linkspartei im Erfurter Landtag, Katharina König-Preuss, kritisierte die Aussagen von Mohring via Twitter scharf. „Die CDU hat keine Brandmauer nach rechts.“ Zudem wies sie auf Verbindungen des rechtsextremen Mörders von Walter Lübcke nach Thüringen. Die AfD steht derzeit in Umfragen mit 26 Prozent auf Platz eins in Thüringen. (ag)

## Wiederholung der Wahl in Berlin dürfte teuer werden

BERLIN. Eine Wiederholung der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen dürfte teuer werden. Die Senatsinnververwaltung rechnet im Falle einer Neuwahl mit Kosten von 39 Millionen Euro, berichtet die *Berliner Morgenpost*. Die Kosten wären demnach fast dreimal so hoch wie bei der Wahl im vergangenen Jahr. Ein Grund dafür sei, daß mehr Wahlhelfer vor Ort sein sollen. Als Anreiz soll die Aufwandsentschädigung von 60 auf bis zu 240 Euro steigen. Der Berliner Verfassungsgerichtshof will am 16. November sein Urteil zur Gültigkeit der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 verkünden. Es wird mit einer Neuwahl gerechnet. Als möglicher Termin steht bereits der 12. Februar 2023 im Raum. (ha)

## Legalisierung von Cannabis soll kommen

BERLIN. Das Bundeskabinett hat erste Eckpunkte für eine Cannabis-Legalisierung in Deutschland beschlossen. Die Ampelkoalition plant, Cannabis künftig rechtlich nicht mehr als Betäubungsmittel einzustufen. Demnach sollen künftig Kauf und Besitz von 20 bis 30 Gramm Cannabis ab einem Alter von 18 Jahren grundsätzlich straffrei sein. Auch der Eigenanbau von bis zu drei Cannabis-Pflanzen soll erlaubt werden. Die Menge des berauschenden Wirkstoffs THC im legalisierten Cannabis darf maximal 15 Prozent betragen. Zudem soll ein Verkauf an Erwachsene in „lizenzierten Fachgeschäften“ und eventuell auch Apotheken ermöglicht werden. Die Entkriminalisierung solle einen besseren Kinder- und Jugend- sowie Gesundheitsschutz ermöglichen, erklärte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD). Mit dem Cannabis-Verbot habe Deutschland in den vergangenen Jahren „keine vorzeigbaren Erfolge“ erzielt. Ein erster Gesetzentwurf soll jedoch erst im ersten Quartal 2023 vorgestellt werden. (ha)

## Parteien, Verbände, Personen

### Grüne Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete der Grünen, **Andreas Hartenfels**, hat seine Partei und Fraktion verlassen. Als Hauptgrund nannte er die Zustimmung für Waffenlieferungen an die Ukraine. „Das eigene Rudel zu verlassen, fällt mir nicht leicht“, betonte **Hartenfels**. Die Grünen hätten sich mit den Beschlüssen des Bundesparteitags im Oktober von ihrem „bisherigen Verständnis als Friedenspartei“ verabschiedet. Die Landesvorsitzende der Grünen, **Natalie Cramme-Hill**, forderte ihn auf, sein Mandat niederzulegen. Der 56jährige will seinen Wahlkreis künftig als fraktionsloser Abgeordneter vertreten. [www.gruene-rlp.de](http://www.gruene-rlp.de)



Hartenfels

### Junge Alternative Berlin

Die AfD-Partei Jugend hat am vergangenen Samstag eine Demonstration gegen ein Kita-Projekt der Schwulenberatung Berlin organisiert. Nach Polizeiangaben hatten sich rund 50 Personen nahe dem Bahnhof Südkreuz versammelt. Zur Gegenkundgebung kamen etwa 320 Teilnehmer. Die Demonstrationen verliefen friedlich. Die Schwulenberatung Berlin plant, ein Mehrgenerationenhaus für homo-, bi-, und transsexuelle Menschen zu eröffnen. Darunter ist auch eine Kindertagesstätte ge-

# „In einen riesigen Abgrund schauen“

**Michael Kretschmer:**  
Mit seinen Positionen zu Rußland ist der sächsische Ministerpräsident im Kreis seiner Amtskollegen ein Exot. Doch vielen Bürgern spricht er damit aus der Seele

PAUL LEONHARD

Die Parteilugend plant den Aufstand. Nachdem sich die Junge Union Sachsen/Niederschlesien (JU) nachdrücklich von der Position des CDU-Landesvorsitzenden und sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zum Thema Rußland distanziert hat, will der christdemokratische Nachwuchs nun, daß ihm die Delegierten des am kommenden Wochenende stattfindenden Landesparteitages nicht folgen. Kretschmers Forderung, den Ukraine-Krieg „einzufrieren“, halte man für „unterkomplex“ und lehne sie daher ab, sagte JU-Landeschef Marcus Mündlein der *Bild*. Das Boulevardblatt hatte versucht, den Sachsen-Premier ob seiner Haltung zu den Rußland-Sanktionen als isoliert darzustellen und Zweifel für die schüren, der gebürtige Schlesier würde mit seiner Forderung nach Verhandlungen tatsächlich für eine große Zahl von Menschen in den neuen Bundesländern sprechen.

„Ich finde es wichtig, daß Michael Kretschmer oft die ostdeutsche Sicht- und Gefühlswelt mit in die bundesdeutsche Debatte einbringt“, teilte der Thüringer CDU-Politiker Mike Mohring der *Bild* mit. Die ostdeutschen Bürger hätten zwar keine andere Sicht auf den Krieg als die westdeutschen, „was in Ostdeutschland diskutiert werde, sei allerdings eine mögliche Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland nach dem Krieg“.

„Rußland ist Realität, wir müssen mit denen klarkommen“

Um zu wissen, daß dauerhafte Sanktionen oder Handelsbeschränkungen gegen Staaten wie Rußland und auch China nicht durchsetzbar sind, ohne daß erneut ein Eiserner Vorhang fällt, dafür müssen sich Ex-DDR-Bürger nur ihren Schulatlas mit den riesigen roten Flecken in Erinnerung rufen. Auch ohne die souverän gewordenen Sowjetrepubliken bleibt Putins Reich ein rohstoffreicher Riese, der alles andere als auf tönernen Füßen steht und dessen Bevölkerung leistungsfähiger als alle westeuropäischen Völker ist.

Sachsen-Premier Kretschmer ist der einzige Politiker von Gewicht, der dem Kind im Märchen gleicht, das ausruft, was doch alle sehen, aber keiner zu sagen wagt: Der Kaiser ist nackt, sprich: Die Sanktionen schaden der eigenen Wirtschaft mehr als der russischen. Deutschland sollte eine Vermittlerrolle spielen. Und die Energiewende ist gescheitert, die deutschen Atomkraftwerke, die sich reaktivieren lassen, sollten am Netz bleiben. „Durch den Krieg haben sich die Dinge



Michael Kretschmer (CDU), Ministerpräsident in Sachsen: Parteiinterne Kritiker sehen in ihm einen „Geisterfahrer“

verschoben, wir schauen in einen riesigen Abgrund“, sagte Kretschmer auf einem Bürgerforum im sächsischen Riesa. Putin führe einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und sei ein Aggressor, aber „Rußland ist Realität, wir müssen mit denen klarkommen“.

In Sachsen bekommt Kretschmer für seine Sicht auf die aktuelle Situation Beifall – aber deutschlandweit die Häme zahlreicher Medien zu spüren. Den 47jährigen scheint das nicht zu stören. Derzeit sitzt der Sachse die gegen ihn gerichteten Kampagnen aus.

Deutschland müsse endlich anerkennen, daß es „unterschiedliche Sichtweisen gibt, auch was den Blick auf den Krieg in der Ukraine betrifft und die Frage, wie man damit umgehen soll“, bekräftigte Kretschmer, für den der Osten ohnehin ein Seismograph für die Stimmung in der Bevölkerung ist. Sowie Sympathien die einstigen DDR-Bürger für Putins Rußland aufbringen, um so sensibler sind sie für die Gefahren, die von dem Riesenreich und seiner unberechenbaren Führung ausgehen: „Wir haben es mit einer Supermacht zu tun, es ist ein Pulverfaß, es ist nicht ungefährlich“, hatte Kretschmer im ZDF gewarnt.

Auch wenn er sein Bild vom „Einfrieren des Kriegs“ nicht wiederholte, mahnte er erneut Verhandlungen über ein Ende des russischen Angriffskriegs an, auch weil dieser, obwohl er nur in einem kleinen Teil der Welt stattfindet, die ganze Welt ins Chaos stürze: „Aber meine Meinung ist in der Tat: So schnell wie möglich eine diplomatische Lösung, das Sterben muß aufhören.“ Mit seinen Äußerungen schade Kretschmer dem Ansehen

des CDU-Landesverbandes nachhaltig, findet die Junge Union und sucht so den Schulterschuß zu Jusos und Grüner Jugend. Aber auch deren Mutterparteien – in die Dresdner Regierungskoalition eingebunden – wissen, wie ein Großteil der Sachsen tickt. Die Basis der Linken fühlt sich mehrheitlich als „Friedenspartei“, die nach wie vor die Ost-Erweiterung der Nato als gezielte Provokation Rußlands und damit als eine Ursache für Putins Angriffskrieg sieht. Und die AfD fühlt sich ihrer Argumente beraubt.

Sein parteiinterner Kritiker Marco Wanderwitz, früherer Ostbeauftragter der Bundesregierung, erklärte, wer als CDU-Politiker „vom AfD-Bundesvorsitzenden Tino Chrupalla und der Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht namentlich gelobt wird“, habe etwas verkehrt gemacht. Wanderwitz kündigte jüngst seinen Rückzug als Kreisvorsitzender der CDU in Zwickau an; unter diesem Chef der Landespartei wolle er nicht mehr dienen. Dadurch allerdings braucht es Kretschmer um seine politische Zukunft und die der Sachsen-Union nicht bange zu sein.

Auf dem Parteitag dürften die Kritiker erfahren, daß die Ansicht von Wanderwitz, „der Ministerpräsident agiere wie ein Geisterfahrer, der glaube, nicht er, sondern alle anderen würden in die falsche Richtung fahren“, vielleicht auf Bundesebene zutrifft – wo Friedrich Merz beteuert, die Position seines Vizes Kretschmer sei nicht die der CDU Deutschlands – aber nicht auf den Freistaat. Dort sind Mehrheiten der Meinung, daß „wir uns Ideologie in der jetzigen Lage nicht leisten können“.

## Stoff unter die Leute bringen

**Lauterbachs Alleingang:** Wie wird der Gesundheitsminister die bestellten Corona-Impf Dosen los?

BJÖRN HARMS

Wer gilt in Deutschland eigentlich noch als frisch geimpft? Karl Lauterbach behält den Überblick: „Die dritte oder eine weitere Impfung darf höchstens drei Monate zurückliegen“, erklärte der SPD-Gesundheitsminister jüngst noch einmal im ZDF. Angesichts der Diskussionen um eine allgemeine Maskenpflicht in Innenräumen könnte diese Festsetzung dramatische Auswirkungen haben. Ein Großteil der Bevölkerung müßte sich zum vierten Mal impfen lassen, wenn sie ohne Maske am öffentlichen Leben in Kneipen, Restaurants oder Kinos teilnehmen will – sollte die Pflicht zum Tragen der Maske tatsächlich umgesetzt werden. Die Ständige Impfkommission (Stiko) empfiehlt die vierte Impfung aktuell nur für über 60jährige oder Personal in Pflegeeinrichtungen und im Krankenhaus.

Doch selbst einstige Verfechter von knallharten Corona-Maßnahmen wechseln derzeit das Team. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder will vorerst keine drastischen Maßnahmen mehr ergreifen. Deutschland sei auf dem Weg „von der Pandemie zur Endemie“. Er könne das „ständige Gemeckere von Herrn Lauterbach und seine Warnungen nicht mehr hören“, erklärte Söder auf dem CSU-Parteitag am Wochenende. Eine Maskenpflicht sei falsch, pflichtete auch Virologe Hendrik Streeck in der *Bild* am Sonntag bei. Mit ihr könne man keine Corona-Welle kontrollieren. „Die Lehre aus zweieinhalb Jahren Pandemie ist: Maßnahmen können eine Corona-Welle verkleinern, aber nicht brechen.“

Lauterbach steht weiter vor großen Problemen. Wie wird sein Ministerium den bestellten Corona-Impfstoff los? Bereits jetzt verfallen zahlreiche Dosen. „Bis September 2022 sind nach Kenntnis der Bundesregierung insgesamt ca. 6,2 Millionen Covid-19-Impfstoffdosen im zentralen Lager (...) verfallen“, teilte eine Sprecherin des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) auf Nachfrage der JUNGEN FREIHEIT mit. Das dürfe nur der Anfang sein. „Daß Impfstoff verworfen wird, ist logische Konsequenz aus dem Portfolio-Ansatz“, gibt das Ministerium zu. Im April hatte Lauterbachs Behörde der JF noch großspurig angekündigt: „Konservativ gerechnet gibt es in diesem Jahr einen Bedarf von 125 bis 165 Millionen Impfstoff-Dosen.“

Doch wie sieht es derzeit aus? Hält das Gesundheitsministerium an seiner damaligen Einschätzung fest? Oder waren die Zahlen zu hoch angesetzt? Eine konkrete Antwort vermeidet die Behörde: „Wie viele Impfstoffdosen in den nächsten Monaten benötigt werden, ist abhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie und von der Impfbereitschaft der Bevölkerung“, teilt das Ministerium lediglich mit. Sonderlich groß ist die Impfbereitschaft in Deutschland jedoch nicht. Seit dem 1. Januar wurden laut den Daten des Robert-Koch-Instituts 33,5 Millionen Impfungen verabreicht. Somit klafft eine Lücke von 91,5 bis 131,5 Millionen Impfstoff-Dosen für die Monate November und Dezember, damit die Prognose aus dem April noch erfüllt werden kann. Ist das wahrscheinlich? Entsprechend den Einschätzungen aus dem Frühjahr bestellte das BMG seine Impfstoffe. Somit droht ein weiterer Verfall von Millionen Dosen.

## Ländersache: Hessen



# Von einem Fettnäpfchen ins nächste

PETER FREITAG

Es ist eine etwas ungewöhnliche Frage, die Frankfurts Bürger am kommenden Sonntag mit Ja oder Nein beantworten können: „Stimmen Sie für die Abwahl des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt am Main, Herrn Peter Feldmann?“ Der Sozialdemokrat hat unter den Mandatsträgern der Mainmetropole keinen Rückhalt mehr, nicht mal bei seiner eigenen Koalition aus SPD, Grünen, FDP und Volt. Die hatte das Stadtoberhaupt gemeinsam mit der größten Oppositionspartei im Römer, der CDU, zum Rücktritt aufgefordert, den Feldmann jedoch ablehnte. Mit einer Zweidrittelmehrheit leitete das Stadtparlament daraufhin das Abwahlverfahren ein. Feldmann, 2012 direkt gewählt und 2018 bestätigt, ist mit einer Affäre und peinlichen Fehlritten bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Da war zum einen jene bizarre Szene, als er nach dem Europa-League-Sieg von Eintracht Frankfurt im Mai beim Empfang im Rathaus dem Mannschaftskapitän den Pokal entriß. Zum Fremdschä-

men auch sein Spruch, auf dem Flug zum Finale in Sevilla hätten ihn die Flugbegleiterinnen „erst mal hormonell außer Gefecht gesetzt“. Doch der eigentliche Aufreger ist die AWO-Affäre, für die er sich vor Gericht verantworten muß. Der 64jährige soll laut Staatsanwaltschaft vor seiner Wiederwahl Spenden bekommen haben, die von der Arbeiterwohlfahrt für ihn eingesammelt worden seien. Im Gegenzug habe er versprochen, die Interessen dieser Sozialorganisation wohlwollend zu berücksichtigen.

Ein weiterer Anklagepunkt: Feldmann habe unter Ausnutzung seiner Position als Chef der Stadtverwaltung seiner damaligen Lebensgefährtin und späteren Ehefrau eine Anstellung als Leiterin eines von der AWO betriebenen deutsch-türkischen Kindergartens verschafft. Zudem sei seine Frau über Tarif bezahlt worden und habe einen Dienstwagen bekommen. Der Oberbürgermeister bestreitet die ihm zur Last gelegte Einflußnahme, sorgt nun aber für weiteren Wirbel: Denn im Prozeß offenbarten die Verteidiger Feldmanns einige private Details, die empörte Reaktionen hervorriefen. Um ihren Mandaten vom Korruptionsvorwurf zu entlasten, beschrieben die

Anwälte die Beziehung ihres Mandaten zu seiner inzwischen getrennt von ihm lebenden Noch-Ehefrau, als „äußerst fragile Beziehung“. Feldmann habe die türkischstämmige nur aus Rücksicht auf deren traditionell geprägte Familie geheiratet. Es sei zu einer „ungewollten und unerwünschten Schwangerschaft“ gekommen, Feldmann habe auf einer Abtreibung bestanden, seine spätere Frau dies aber abgelehnt. Die gemeinsame Tochter ist inzwischen sechs Jahre alt. „Fassungslos“, „entsetzt“, „sprachlos“ – so zeigten sich in ersten Reaktionen städtische Politiker verschiedener Fraktionen. Auch nachdem Feldmann versuchte, die Wogen mittels einer bei Facebook veröffentlichten Liebeserklärung an seine Tochter zu glätten, erntete er wütende Kommentare. Dennoch ist seine Abwahl noch nicht ausgemacht, die Hürden sind hoch gelegt. Erstens muß am Sonntag eine Mehrheit für die Abwahl stimmen; zweitens muß diese mindestens 30 Prozent aller Wahlberechtigten ausmachen. Wahlberechtigt sind 512.000 Deutsche sowie EU-Ausländer, die mindestens 18 Jahre alt sind und seit sechs Wochen vor dem Abstimmungstag ihren Hauptwohnsitz in Frankfurt haben.

Mitteilungen für diese Rubrik bitte an:  
redaktion@jungefreiheit.de

# Vom Bundestag ausgebremst

**Fördermittel:** In Karlsruhe wird über die finanzielle Zukunft der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung entschieden

MARTINA MECKELEIN

Vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe klagt die AfD gegen die Bundesregierung, den Bundestag, den Haushaltsausschuss, das Innen- und das Finanzministerium. Sie fordert Chancengleichheit für die ihr nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung. Worum geht es konkret?

Allen großen Parteien stehen Stiftungen nahe, die Millionen an staatlichen Fördergeldern erhalten: die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD), die Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP), die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung (Linke) und die Heinrich-Böll-Stiftung (Grüne). Sie finanzieren sich fast ausschließlich aus öffentlichen Mitteln. Im Jahr 2021 beliefen diese sich laut Bund der Steuerzahler auf 590 Millionen Euro. Die Zuwendungen seien von 1999 bis 2019 um 110 Prozent gestiegen. Und dabei existiere nicht einmal eine eigenständige gesetzliche Regelung. Die Förderung finde nur auf Grundlage des Bundeshaushaltes statt.

**Streitthema ist die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz**

Verschiedene Voraussetzungen müssen die Stiftungen erfüllen. Zum Beispiel rechtlich und tatsächlich unabhängig von der Partei sein, so entschied es das Gericht 1986 in seinem Stiftungsurteil. „Wie sieht die Realität in den Stiftungen aus“, fragt zu Beginn der mündlichen Verhandlung in dem Organstreitverfahren die Vorsitzende des Zweiten Senats Doris König und hört dazu alle parteinahen Stiftungen in Karlsruhe an. „Wir sind Impulsgeber, wirken nicht an politischer Willensbildung mit“,



**Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht:** Wird die AfD-nahe Stiftung gerecht behandelt?

sagt die Geschäftsführerin der Friedrich-Ebert-Stiftung Sabine Fandrych. Wie viele ihrer Stipendiaten Karriere in der Partei gemacht haben, wisse die Geschäftsführerin nicht. Dann fallen ihr doch noch prominente Namen ein: „Frank-Walter Steinmeier, Anne Will und Alice Weidel.“ Ein erstauntes Raunen geht durch den Saal. Später stellt die Stiftung jedoch klar: Weidel sei nie Stipendiatin gewesen.

Der folgt der Auftritt von Norbert Lammert, Chef der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der frühere Bundestagspräsident antwortet auf die Frage, wie groß die Distanz zwischen Partei und Stiftung sei: „Wir haben als Stiftung ein vitales Interesse an einer Verbindung zur Partei“, gibt er unumwunden zu. „Nicht nur historisch, es sind auch aktive Politiker mit Funktionen in Gremien der Stiftung.“ In der fünfundvierzigköpfigen Mitgliederversammlung sind neunzehn CDU-Funktionäre, im dreißigköpfigen Vorstand vier.

Auch Erika Steinbach kommt zu Wort. Sie ist seit 2018 Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung und 2022 in die AfD eingetreten. Dem Vorstand der DES gehöre kein Bundestagsabgeordneter an. Die Stiftung lebe einzig von Spenden, habe nur eine hauptberufliche Dreiviertelstelle, statt wie andere Hunderte, und sie könne nicht wie andere 12.000 Veranstaltungen im Jahr, son-

dern nur 50 anbieten. Die AfD ist seit 2017 im Bundestag vertreten, sowie in diversen Landesparlamenten. Und genau diese „wiederholte Vertretung“ in dem Bundestag ist eines der Kriterien für die finanziellen steuerlichen Geldsegen an die jeweilige parteinahe Stiftung. Dies geht zurück auf eine „gemeinsame Erklärung“, die sich die Stiftungen 1998 selbst gegeben haben. Denn daraus ergebe sich eine sogenannte dauerhafte Grundströmung. „Die ist hier gegeben“, sagt Rechtsanwalt Ulrich



**Vorsitzende Erika Steinbach:** Die Stiftung lebt bislang nur von Spenden

Vosgerau, der die Partei vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt. „Die AfD verkörpert sehr alte, konservative Strömungen. Die waren schon immer da. CDU, CSU und FDP wollen sie nur nicht mehr wahrnehmen.“

Doch ein Problem bleibt: Die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. Die sei zulässig, urteilte das Verwaltungsgericht Köln 2022. Allerdings ist das Urteil nicht rechtskräftig, Vosgerau hat Berufung eingelegt. „Ich nehme die Verfassungstreue sehr ernst“, sagt er. „Aber gegen die DES ist niemals ein Vorwurf erhoben worden, und solange die AfD nicht verboten ist, muß sie gerecht behandelt werden.“

Mit einer Entscheidung rechne er frühestens in vier Monaten, sagt Vosgerau. Er vermute, daß das Bundesverfassungsgericht ein Stiftungsgesetz fordern wird. „Das wird der Anfang einer Verzögerungstaktik sein“, so der Anwalt. Normalerweise setze das Gericht dem Bundestag eine Frist von zwei Jahren. „Die hält er nicht ein, und irgendwann wird es dann ein Anti-DES-Gesetz geben.“ Und bis dahin wird es auch kein Geld für die DES geben? „Mal sehen“, sagt Vosgerau, „deshalb habe ich eine Vollstreckungsanordnung angeregt.“

■ Kommentar Seite 2

# Das Ergebnis stand schon vorher fest

**Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken:** Eine unbefangene Untersuchung des Bundeswirtschaftsministeriums hat es nie gegeben

WERNER BECKER

Fettgedruckt und mit einem dicken Pfeil versehen. So präsentierten das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium am 7. März ihr Fazit einer „Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs“. Das Ergebnis lautete: Nach einer Abwägung von Nutzen und Risiken sei „eine Laufzeitverlängerung der drei noch bestehenden Atomkraftwerke auch angesichts der aktuellen Gas-Krise nicht zu empfehlen“. Damit war nach Ansicht von Wirtschaftsminister Robert Habeck und seiner Amtskollegen im Umweltministerium, Steffi Lemke (beide Grüne), alles gesagt. Energiewirtschaftlich hätten längere Laufzeiten für Kernkraftwerke keinen größeren Effekt, wohingegen ihr Weiterbetrieb ein hohes Risiko für den „Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit“ darstelle.

Die Grünen hatten endlich ihr gewünschtes Narrativ, das sie in den folgenden Monaten auch fleißig bedienten. Wann immer die Opposition in der sich zuspitzenden Energiekrise forderte, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen, um das Risiko von Blackouts zu minimieren, Gas bei der Verstromung einzusparen und mit allen vorhandenen

Kraftwerkskapazitäten für Entspannung auf dem Strommarkt zu sorgen, erwiderten Habeck und die Grünen-Parteispitze: Haben wir alles ganz sachlich geprüft. Bringt nichts. Deutschland habe ein Gas- und kein Stromproblem, versicherten sowohl der Wirtschaftsminister als auch Grünen-Chefin Ricarda Lang.

**Bereits vor dem offiziellen Ergebnis zirkuliert ein Argumentationspapier**

Doch Recherchen der Welt und des Cicero zeigen nun: Ganz so ergebnisoffen, wie die Ampel-Regierung stets beteuerte, waren die Prüfungen über einen Weiterbetrieb der verbliebenen drei Kernkraftwerke offensichtlich nicht. Im Gegenteil: Schon vor dem offiziellen Ergebnis der Laufzeitprüfung existierte in den beiden zuständigen Ministerien ein Argumentationspapier, wonach ein Weiterbetrieb abgelehnt werden sollte. Zudem fand eine positive Einschätzung des Kernkraftbetreibers EnBW über das sicherheitstechnische Niveau der deutschen Anlagen im internationalen Vergleich ebensowenig Eingang in den amtlichen Prüfvermerk wie die Einschätzung zweier Mitglieder der Reaktorsicherheitskommission, laut der sich eine

Laufzeitverlängerung dämpfend auf den Strompreis auswirken könnte. Dennoch veröffentlichte das Bundesumweltministerium am 8. März eine Pressemitteilung, in der es versicherte, die Prüfung sei „ergebnisoffen“ vorgenommen worden und nicht „ideologisch“ geprägt gewesen. Ende Juni wiederholte das Ministerium dies nochmals ausdrücklich in einer weiteren Stellungnahme. Es habe bei der Frage nach Laufzeitverlängerungen keine „ideologischen Denkverbote“ gegeben.

Wie sich das allerdings mit der nun bekanntgewordenen vorgefertigten ministeriellen Argumentationslinie in Einklang bringen läßt, ist fraglich. Das sieht auch die Opposition so. Angesichts des Ernstes der Energiekrise sei das Prüfverhalten Habecks und Lemkes „geradezu empörend“, kritisierte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), gegenüber der Welt. Doch bei aller Aufregung der Union: Wirklich überraschend ist der Vorgang nicht. Daß die Prüfung in zwei grün geführten Ministerien nicht ergebnisoffen vonstatten gegangen war, hatte sich schon längst abgezeichnet. Bereits Mitte März hatte der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm, den Wissenschaftlichen Dienst des Bundestags mit einer Ausarbeitung beauftragt, was rechtlich und finanziell für

und gegen den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke spreche. In ihrer Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, vermieden es die Rechtsexperten des Parlaments, dem Prüfvermerk der beiden Ministerien direkt zu widersprechen. Allerdings hielten sie dessen Ergebnis eine vielsagende Stellungnahme des Verbands Kerntechnik Deutschland entgegen, der zu einem völlig anderen Ergebnis kam.

Seiner Ansicht nach könne „ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ohne Abstriche beim vorhandenen Sicherheitsniveau erfolgen“, und zwar „ohne nennenswerte Mehrkosten pro Betriebsjahr“. Gleichzeitig warnte der Verband: „Ein effektiver Beitrag der Kernenergie zur Vorbeugung oder Verhinderung einer potentiell massiven Energiekrise erfordert rasche politische Weichenstellungen, denn wenn politische Zögerlichkeit und eine offenbar aktuell von der Bundesregierung nicht erwartete Zuspitzung im Energiebereich zusammenfallen sollten, wird es für wirksame Maßnahmen hinsichtlich der Kernkraftwerke möglicherweise zu spät sein.“ Davon aber wollte man im politischen Berlin zu der Zeit nichts wissen. Und auch für die meisten Medien mußte sich die Energiekrise erst weiter zuspitzen, bis sie begannen, das grüne Mantra der angeblich überflüssigen und gefährlichen Kernenergie kritisch zu hinterfragen.

## Bürgergeld: Alles hängt an der Zustimmung der Union

BERLIN. Im Streit um die Einführung des Bürgergelds setzen die Ampelparteien die Union unter Druck. „Wer täglich in der Zeitung mehr Entlastungen fordert, sollte die Menschen bei deren Umsetzung nicht im Regen stehen lassen“, sagte Grünen-Chefin Ricarda Lang dem Tagespiegel. Es liege in der Verantwortung aller Parteien, für soziale Sicherheit zu sorgen. Im Bundesrat ist die Ampelkoalition auf Stimmen aus den Unionsländern dringend angewiesen. Generalsekretär Mario Czaja hatte zuletzt mit einer Blockade des Gesetzes im Bundesrat gedroht. Die CDU werde „dem so nicht zustimmen können“, erklärte Czaja. „Wer arbeitet, muß mehr haben, als der, der arbeiten kann und es nicht tut.“ Er gehen davon aus, „daß wir darüber im Vermittlungsausschuss werden sprechen müssen“. Der für den 1. Januar 2023 geplante Start des Bürgergelds könnte sich somit verzögern. (ha)

## Kritik an Ausweitung des Paragraphen 130 StGB

BERLIN. Zahlreiche Politiker und Juristen haben die Ausweitung des Volksverhetzungsparagraphen kritisiert. „Hoch problematisch an der neuen Regelung ist, daß sie das Leugnen oder Verharmlosen etwa von Kriegsverbrechen bestraft, die noch von keinem Gericht als solche festgestellt wurden“, erklärte die Leipziger Rechtsprofessorin Elisa Hoven in der Welt. Zudem müßten Amtsgerichte prüfen, die „eigentlich am Internationalen Strafgerichtshof“ begutachtet würden, in Verfahren mit teilweise Hunderten von Zeugen aus den Kriegsgebieten“. Die Linken-Bundestagsabgeordnete Clara Büniger sieht die Gefahr, daß die Meinungsfreiheit übermäßig eingeschränkt werden könnte. Auch der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, kritisierte die Verschärfung: „Wir sehen keine Notwendigkeit einer Ausdehnung des Tatbestandes, im Gegenteil war diese Vorschrift bereits in der bisher geltenden Fassung höchst problematisch“, sagte er gegenüber der JUNGEN FREIHEIT. Kürzlich hatten die Ampelkoalition und die Unionsparteien den entsprechenden Paragraphen des Strafgesetzbuches ergänzt. So heißt es dort neuerdings, daß auch das „öffentliche Billigen, Leugnen und gröbliche Verharmlosen“ von „Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen“ unter Strafe stehen, „wenn die Tat in einer Weise begangen wird, die geeignet ist, zu Haß oder Gewalt aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören“. Verstöße sollen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet werden. (ag/ha)

■ Kommentar Seite 2

## Rot-Grün einigt sich in Niedersachsen auf Koalition

HANNOVER. Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen steht. Drei Wochen nach der Landtagswahl stellte der alte und neue Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) am Dienstag das Kabinett seiner dritten Amtszeit vor. Die SPD übernimmt demnach sechs Ministerien, die Grünen vier. Vize-Ministerpräsidentin und Kulturministerin wird Julia Willie Hamburg (Grüne). Dem Koalitionsvertrag zufolge soll das Bundesland bis 2040 klimaneutral werden. Zudem will Rot-Grün einen rund eine Milliarde Euro schweren Nachtragshaushalt bereitstellen, um die Folgen der Energiekrise abzumildern. Am 7. November soll der Koalitionsvertrag unterzeichnet werden, einen Tag später dann der Landtag zusammenkommen. (ha)



Zwischen Reichstag und Kanzleramt

## Hauptstadt-Kampf um Stimmlokale

PAUL ROSEN

Wenn es um das Wahlrecht, Wahltermine oder Wahlkreiseinteilungen geht, sind im Bundestag starke Gezeitenkräfte am Werk. So auch im Fall der Bundestagswahlen, die ausgerechnet in der Hauptstadt vollends danebengingen (wie auch die Abgeordnetenhauswahl). Stimmzettel waren falsch oder fehlten ganz, viele Wahllokale blieben länger geöffnet als erlaubt.

Bundeswahlleiter Georg Thiel war so entsetzt, daß er für eine Wiederholung in jedem zweiten Berliner Wahlkreis plädiert hatte – das wären etwa 1.200 Wahllokale gewesen, in denen die Berliner Bürger ihre Stimme neu hätten abgeben können. Auch Bundesverfassungsrichter Peter Müller meinte: „So was hätte man sich vor einigen Jahrzehnten vorstellen können in irgendeinem diktatorischen Entwicklungsland, aber doch nicht mitten in Europa mitten in Deutschland.“ Das Bundesverfassungsgericht spielte die Aussage des Richters als dessen Privatmei-

nung herunter. Und im Bundestag beeilte man sich, aus dem Berliner Systemversagen eine Petitesse zu machen. In den Gremien wurde gerechnet und gerechnet. Und damit sich nicht allzuviel am Ergebnis der Bundestagswahl ändern könnte, wurde von der Ampelkoalition erwogen, die Wahl in 400 statt in den von Thiel geforderten 1.200 Wahllokalen zu wiederholen. Die theoretisch denkbaren Mandatsverschiebungen waren vielen in der Koalition aber immer noch zu weitgehend. So gab es auf einmal eine Vorlage für den Wahlprüfungsausschuss, in der nur noch von einer Wiederholung in 300 Wahlkreisen und nur bei der Zweitstimme die Rede war. Die Erststimme sollte außen vor gelassen werden.

Diese Mini-Wiederholung muß offenbar zu wütenden Reaktionen des Wahlvolks geführt haben. Sogar Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) mahnte, Wähler müßten „darauf vertrauen können, daß Wahlen ordnungsgemäß ablaufen. Nur dann werden die Menschen auch zukünftig zur Wahl gehen.“ Im Bundestag griffen die Fraktionsexperten wieder zu den Taschenrechnern und spielten die Szenarien

durch. Ergebnis: Jetzt soll in 431 der rund 2.300 Berliner Wahllokale neu gewählt werden – inklusive der Erststimmen. Die Beschlußempfehlung des Wahlprüfungsausschusses soll am 7. November beschlossen werden. Das Parlament soll am 11. November darüber entscheiden. Die politischen Auswirkungen der Mini-Wahlwiederholung werden als gering bezeichnet. Im Bezirk Reinickendorf könnte die CDU-Kandidatin Monika Grütters, die 2021 nur knapp gegen den SPD-Kandidaten Thorsten Einmann gewonnen hatte, diesmal den Wahlkreis verlieren. In Pankow könnte der Grüne Stefan Gelhaar den Wahlkreis an den SPD-Mann Klaus Mindrup verlieren. Rein rechnerisch fehlen der SPD nur 802 Stimmen für ein zusätzliches Mandat, das die Partei am ehesten von der CDU holen könnte, wenn die CDU schlechter abschnidet als 2021. Erwartet wird, daß gegen die Entscheidung des Bundestages das Bundesverfassungsgericht angerufen werden wird. Dann wird sich zeigen, ob Verfassungsrichter Müller mit seiner Aussage vom diktatorischen Entwicklungsland beim Wort genommen werden kann.



Urteil der Woche

## Hier ändert sich nichts!

BJÖRN HARMS

Seit fast zwei Jahren ist ein Teil der Friedrichstraße in Berlin-Mitte bereits autofrei. Der rot-rot-grüne Senat preist die Sperrung der Hauptverkehrsstraße und bekannten Einkaufsmeile als erfolgreiches Modellprojekt mit bundesweitem Vorbildcharakter. Hier erkenne man „ein sichtbares Symbol der Verkehrswende“. Kürzlich wagte es jedoch eine einzelne Mutige, die linke Utopie zu stören. Denn der Autoverkehr verschwand natürlich nicht einfach, wie es sich der Senat vorgestellt hatte, sondern staute sich in den Parallelstraßen – unter anderem vor dem Weingeschäft von Anja Schröder. Sie klagte deshalb im Verbund mit anderen Unternehmern und Anliegern des Bündnisses „Rettet die Friedrichstraße“. Und tatsächlich: Eine Eilentscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts schob dem Ganzen nun einen Riegel vor: Die Sperrung der Friedrich-

straße für Kraftfahrzeuge ist rechtswidrig. Die Straßenverkehrsbehörden könnten die Benutzung bestimmter Straßenstrecken nur bei einer „konkreten Gefahr für die Sicherheit oder Ordnung des Straßenverkehrs“ beschränken. Daran fehle es. Das Land Berlin hat nun zwei Wochen Zeit, der Anordnung Folge zu leisten. Während Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) eine rasche Umsetzung des Urteils fordert, denkt die verantwortliche Verkehrssektorin Bettina Jarasch (Grüne) gar nicht ans Einknicken. „Die Umwandlung in eine Flaniermeile, daran ändert sich gar nichts“, blieb Jarasch im RBB stur. Das Urteil selbst ist noch nicht rechtskräftig. Der Senat könnte also noch vor das Oberverwaltungsgericht ziehen. Der Lobbyverein „Changing Cities“, ursprünglich mitverantwortlich für die autofreie Zone, geht sogar noch einen Schritt weiter: Man müsse ganz einfach die Straßenverkehrsordnung ändern. Ansonsten werde im öffentlichen Raum weiterhin „Verkehrssicherheit mit Blut erkauf“.

## Retterwagen durch Klima-Chaoten blockiert

BERLIN. Mitglieder der „Letzten Generation“ haben am Montag bei einer Sitzblockade in der Hauptstadt einen Rettungswagen blockiert. Zuvor war eine Radfahrerin von einem Betonmischer angefahren und lebensgefährlich verletzt worden. Die Feuerwehr mußte mit einem Spezialfahrzeug anrücken, kam aber wegen des von den selbsternannten Klimaschützern verursachten Staus nicht rechtzeitig an. Die Gewerkschaft der Polizei kritisierte, spätestens jetzt sollte sich „vom Märchen des harmlosen Protests“ verabschiedet werden. In Berlin sind bisher insgesamt 754 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der „Letzten Generation“ eingeleitet worden. Weil viele der festgestellten Personen Wiederholungstäter sind, wurde durch die Zusammenlegung mehrerer Verfahren diese Zahl auf 453 Verfahren reduziert. In 252 Fällen wurden bereits Strafbefehle erlassen. Hinzu kommen zwei Anklagen beim Jugendgericht. In fünf Verfahren kam es bisher zu rechtskräftigen Verurteilungen. 73 Verfahren wurden eingestellt, 123 laufen derzeit noch. Bei den Delikten handelt es sich zumeist um Nötigung sowie um Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, vereinzelt auch um gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr, teilte die Berliner Generalstaatsanwaltschaft auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT mit. Der Berliner Abgeordnete Christopher Förster (CDU) hatte jüngst die „Letzte Generation“ wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angezeigt. Die Strafanzeige wird derzeit von den zuständigen Behörden geprüft, teilte die Staatsanwaltschaft weiter mit. Die Klima-Kleber wiesen Kritik an der Rettungswagen-Blockade zurück. „Wir unterbrechen den Alltag nicht leichtfertig. Wir wünschten, eine solche Störung wäre nicht notwendig, um die Regierung in der Klimakrise zum Handeln zu bewegen“, sagte die Sprecherin der Gruppe, Aimée van Baalen. Die derzeitige Protestform sei die Konsequenz des ausbleibenden Effekts von herkömmlichen Demonstrationen. Die Sicherheit aller Menschen, auch der kommenden Generation, sei „oberstes Gebot“. Van Baalen kündigte an: „Sobald die Regierung die ersten Sicherheitsmaßnahmen gegen den drohenden Klimakollaps ergreift, werden wir sofort alle Protestaktionen einstellen.“ (st)

## Syrer attackiert Fahrkartenkontrolleur

DRESDEN. Ein Syrer hat am Sonntag einen Fahrkartenkontrolleur in Dresden mit einem Messer attackiert, nachdem dieser ihn wegen Schwarzfahrens des Busses verwiesen hatte. Der 23-jährige Tatverdächtige verließ die Haltestelle „Alter Postweg“ zunächst mit seinem Fahrrad, kehrte jedoch zurück, zog ein Messer und zerstückte einen Reifen des Busses. Als ihn der Fahrkartenkontrolleur daraufhin zur Rede stellen wollte, rampte er ihm das Messer in den Bauch. Laut Polizei wurde das Opfer schwer verletzt und wurde ins Krankenhaus gebracht. Der Tatverdächtige flüchtete anschließend, konnte jedoch von der Polizei festgenommen werden. Die Staatsanwaltschaft erließ Haftbefehl. (fh/st)

# Asyl am Limit

**Illegale Einwanderung: Nancy Faeser unterdrückt einen wichtigen Migrationsbericht / Schweiz winkt Afghanen durch**

WERNER BECKER

Hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) die Öffentlichkeit und Grenzschützer belogen? Das behauptet zumindest ein hochrangiger Polizeigewerkschafter und zeigt so, wie vergiftet das Klima zwischen Ministerium und Teilen der Bundespolizei mittlerweile ist. Im Mittelpunkt des Streits steht ein wichtiger Migrationsbericht, der monatlich an die Dienststellen des Grenzschutzes verschickt wird. Es sind Informationen, die die deutschen Grenzschützer dringend brauchen: Über welche Routen kommen Migranten nach Deutschland? Wie viele kommen eigentlich? Welche Transportmittel nutzen sie? Gibt es wichtige Auffälligkeiten, die die Bundespolizei wissen müßte?

Die letzte Analyse datiert vom September und offenbart, daß die von der Bundespolizei festgestellten illegalen Einreisen seit Jahresbeginn deutlich ansteigen. Wurden im Februar noch 4.000 Migranten aufgegriffen, waren es im September fast 13.000. Eine Verdreifachung der Zahlen. Ukrainer werden in dieser Statistik nicht mitgezählt. Dabei ist zu beachten, daß die Bundespolizei nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden schnappt. Viele schaffen es unerkannt durch die Schleierfahndung an den Grenzen. 2015 etwa wurden nur knapp 150.000 illegale Einreisen registriert, obwohl am Ende des Jahres fast eine Million Asylanträge eingingen. Und selbst diese Zahl erfätschte die Realität wegen der überlasteten Ämter nicht. Aktuell, so berichtet es der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft bei der Bundespolizei, Manuel Ostermann, kämen jeden Tag 1.500 Migranten, von denen die Grenzschützer nur jeden Dritten aufgreifen.

Heißt im Klartext: Allein im September könnten also rund 40.000 Migranten illegal nach Deutschland geströmt sein. Das Innenministerium beharrt darauf, der Migrationsbericht werde weiter an die Bundespolizei weitergegeben. Polizeigewerkschafter Ostermann kontert: „Das stimmt einfach nicht.“ Deutschland sei weiter „Zielland Nummer eins“. Die meisten kommen aus Afghanistan, Syrien und Nordafrika, oft sind es junge Männer.

Neben der Balkanroute, die über Slowenien, Österreich und Tschechien in Bayern und Sachsen endet, verschärft sich auch die Situation an der Grenze zur Schweiz immer weiter. Allein hier registrieren Grenzschützer derzeit fast 1.000 illegale Einreisen pro Woche. Bei den Aufgegriffenen handelt es sich meist um junge Afghanen, die via Bus von Österreich in die Schweiz kommen und von den Behörden dort in Richtung Deutschland weitergeleitet werden. Die Schweizer Bundesbahn setzt dafür sogar Sonderzüge ein. Kritik aus Berlin lassen die Eidgenossen an sich abperlen. „Wir erlauben formell die Weiterreise“, sagte ein Sprecher der Polizei im Kanton St. Gallen der NZZ.

„Man hat den Eindruck, man will kein Problem haben“

Laut Dublin-Verordnung, der auch die Schweiz beigetreten ist, muß eigentlich das Land das Asylverfahren durchführen, das die Asylsuchenden zuerst erreichten. Von der Regierung in Bern heißt es dazu trocken: „Für Personen, die nicht mehr anwesend sind, kann kein Dublin-Verfahren durchgeführt werden.“ Grenzkontrollen gibt es wegen des Schengen-Abkommens ohnehin kaum noch.

Für die Kommunen in diesem Jahr bereits fast eine Million Ukrainer aufgenommen haben, sind das schlechte Nachrichten. Sie warnen bereits seit



Innenministerin Nancy Faeser (SPD): Sie will von Vergleichen zu 2015 nichts wissen

Wochen vor einem Kollaps des Systems. Jüngst verhängte beispielsweise Cottbus einen Aufnahme-stopp und steht damit nicht allein. Bei der Opposition in Berlin klingeln mittlerweile alle Alarmglocken.

„Unerlaubte Einreisen sind schon längst nicht mehr die Ausnahme, sondern werden zunehmend zum Regelfall. Stillschweigend werden sie von der Ampel-Regierung im Sinne ihrer radikalen linken Migrationsagenda geduldet“, kritisiert die Vizechefin der AfD, Mariana Harder-Kühnel. Sie spricht von einem „Kontrollverlust“. Die stellvertretende

Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Andrea Lindholz (CSU), fordert, der Bundespolizei unverzüglich wieder alle nötigen Daten zur Verfügung zu stellen.

Das Innenministerium will keine Parallele zu 2015 sehen. Schließlich lägen die Asylzahlen weit unter jenen dieses Jahres. Dabei klammert das Ministerium die mehr als 900.000 Ukrainer völlig aus, die bereits in Deutschland sind. „Man hat den Eindruck, man will kein Problem haben. Auch wenn es da ist, soll es keiner sehen“, kommentiert der Chef der Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz.

## Haß und Hetze kommen jetzt direkt vom Amt

**Bundesverfassungsschutz: Der Inlandsgeheimdienst betreibt auf Twitter aggressive Fake-Accounts und erklärt diese prompt zur Geheimsache**

HENNING HOFFGAARD

Das Thema hat für die Bundesregierung oberste Priorität: „Im Internet ist eine zunehmende Verrohung der Kommunikation zu beobachten. Aggressives Auftreten, Einschüchterung und Androhung von Straftaten nehmen zu. Dies kann dazu führen, daß sich Menschen vollständig aus dem öffentlichen politischen Diskurs zurückziehen.“

Deswegen beschloß bereits die vergangene Bundesregierung ein Gesetzespaket, um „mit allen Mitteln den freien Meinungs-austausch zu verteidigen“. Auch im Koalitionsvertrag der Ampel heißt es ganz unmißverständlich: „Wir stärken die Arbeit gegen Haß im Netz und Verschwörungsideologien.“ Was kaum jemand weiß, der Verfassungsschutz verbreitet selbst munter Haß und Hetze über Fake-Accounts in den sozialen Netzwerken.

Konkret geht es um „virtuelle Agenten“, deren

Aufgabe es ist, „selbst ein bißchen rechtsradikal zu spielen“, wie jüngst der Chef eines Landesamtes des Verfassungsschutz anonym der *Süddeutschen Zeitung* verriet. „Das ist die Zukunft der Informationsbeschaffung.“ Dabei gehe es um so viele Accounts, daß sich die verschiedenen Sicherheitsbehörden mittlerweile untereinander absprechen müssen, um sich nicht gegenseitig zu verfolgen. Ein Inlandsgeheimdienst, der die Stimmung erzeugt, vor der die Bundesregierung warn?

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess traute seinen Ohren nicht und schickte der Bundesregierung einen umfangreichen Fragenkatalog. Hess wollte unter anderem wissen, wie viele solcher Accounts es gibt, ob deren Beiträge bezug auf Parteien nehmen und inwiefern diese Beiträge in die Statistiken zur sogenannten und im Strafgesetzbuch nicht definierten „Haßkriminalität“ eingehen. Die Antworten liegen der JUNGEN FREIHEIT exklusiv vor. „Die Bundesregierung ist nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, daß eine Antwort

aus Gründen des Staatswohls nicht – auch nicht in eingestuft Form – erfolgen kann.“ Heißt im Klartext, die Informationen sind so brisant und geheim, daß die Antworten nicht mal in der Geheimschutzstelle des Bundestages hinterlegt werden, wie eigentlich üblich.

Sonst dürfen Abgeordnete in dem streng abgeschirmten Raum und ohne Mobiltelefon die Unterlagen, die als Verschlusssachen eingestuft wurden, zumindest persönlich einsehen. „Im Hinblick auf



Hess: Ampel mißachtet Oppositionsrechte

den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie hält die Bundesregierung die Informationen der angefragten Art für so sensibel, daß selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens nicht hingenommen werden kann.“ Immerhin stellt die Regierung klar, daß der Verfassungsschutz nicht seine eigenen Accounts beobachtet.

Für den AfD-Abgeordneten Hess hat die Antwortverweigerung System. „Seit Antritt dieser Koalition ist dieses Verhalten verstärkt zu beobachten, immer mit dem Verweis, daß bei einer Auskunft angeblich das Staatswohl gefährdet sei. Damit tritt die Regierung zentrale Oppositions- und Abgeordnetenrechte mit Füßen“, sagte er der JUNGEN FREIHEIT. Im Parlamentarischen Kontrollgremium des Bundestags würde die Regierung antworten müssen. Dort allerdings ist die AfD nicht vertreten, da ihre Kandidaten von den anderen Parteien nicht gewählt werden. „Auf diese Weise werden ebenfalls vitale und geradezu demokratiekonstituierende Oppositionsrechte verweigert“, kritisiert Hess.

## Köstlichkeiten auf Vorrat

So machen Sie Lebensmittel nicht nur länger haltbar, sondern verbessern auch noch deren Geschmack

■ **Vorräte selbst herstellen, Marmeladen einkochen, Gemüse einlegen, Essig aromatisieren, Würzsaucen zubereiten, Würste räuchern, Kräuter trocknen und Obst dörren: Kochen und Einmachen mit frischen, saisonalen Zutaten und viel Liebe, jedoch ohne industrielle Zusatzstoffe oder Konservierungsmittel – das garantiert schmackhafte und nachhaltige Produkte.**

Die besten Rezepte sowie vielfältige Hinweise zur Vorrats-haltung versammelt diese preisgünstige Sonderausgabe des Kochbuchklassikers, die in keiner Küche fehlen darf.

450 traditionelle und kreative Rezepte sind in diesem Grundkochbuch zur Vorrats-haltung versammelt. Dazu erfahren Sie viel Wissenswertes über den richtigen Gebrauch von Einkochgeschirr und -utensilien, die Lagerung und Haltbarkeit von Lebensmitteln und die optimale Erntezeit der verwendeten Produkte.

Nicht jeder Koch und jede Köchin hat das Glück, auf den reichen Rezeptschatz der Großmutter zurückgreifen zu können. Für all jene, denen die Chance der mündlichen Überlieferung alter Rezepte nicht gegeben ist, wurde das vorliegende Vorratskochbuch geschrieben. Ingrid Pernkopf und Willi Haider

kennen die alten Rezepturen nicht nur in- und auswendig, sondern sie leben die Vorratsphilosophie auch in ihrem eigenen Küchenalltag.

Alle Rezepte sind für den Hausgebrauch adaptiert und erschließen eine Fülle von Möglichkeiten, den täglichen Speisezetteln durch Selbsteingelegtes, Getrocknetes, Mariniertes oder auf andere Arten haltbar Gemachtes noch abwechslungsreicher zu gestalten und dabei auch noch besonders ernährungsbewusst zu leben.

Das Wichtigste an gelungener Vorrats-haltung bleiben jedoch – bei aller Wichtigkeit von Rezepten und Techniken – die gesunden Schätze der Natur, die Äpfel und Karotten, die Rhabarberstangen und Stachelbeeren, die Wurzeln und Knollen, die Gewürze von Knoblauch und Rosmarin bis Majoran und Minze, die Tomaten und Erdbeeren, die Pilze und Nüsse, kurzum: all das, was vor der sprichwörtlichen Haustür wächst. Dazu kommen dann noch gute Essige und Öle, eine Prise Salz sowie die nötige Menge Zucker, und zuweilen darf es auch ein Schuss von etwas Hochprozentigem sein. Der Fantasie sind dabei lediglich durch den zur Verfügung stehenden Stauraum in der Speisekammer Grenzen gesetzt.

Sonderausgabe  
nur 14,99 €\*  
statt 30,- €



Ingrid Pernkopf & Willi Haider: Die Vorratskammer gebunden • 384 Seiten • durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 986 600

**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



**Litauen: Sowjet-Obelisk  
in der Nacht abgetragen**

DAUGAVPILS. In der Nacht zum Montag, dem 31. Oktober, wurde der sowjetische Obelisk auf dem Slavas-Platz im lettischen Daugavpils (Dünaburg) zerstört. Nach Angaben des lettischen Fernsehens LTV hatten sich das ganze Wochenende über Menschen versammelt, um Blumen am Fuße des Denkmals niederzulegen und Fotos zu machen, nachdem sie vom Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Lettlands dazu aufgefordert worden waren. Daugavpils ist eine mehrheitlich russischsprachige Stadt. Nach den kürzlich veröffentlichten Daten des Zentralen Statistikamtes sind nur 20,9 Prozent der Einwohner von Daugavpils ethnische Letten. Laut TV begann die Polizei gegen 22 Uhr am Sonntag damit, die Menschen zu vertreiben, die sich dann in den umliegenden Straßen versammelten. Gegen Mitternacht sei schweres Gerät unter Protest und Steinwürfen auf die Polizei herbeigeschafft worden. Nach Angaben von LTV nahm die Staatspolizei insgesamt 37 Personen fest. Mitte Juli hatte die lettische Regierung entschieden, insgesamt 69 von der Sowjetunion in Lettland errichtete Denkmale bis zum 15. November dieses Jahres zu entfernen. Im Zuge des Abrisses der Rigaer Siegesssäule Ende August hatte der lettische Präsident Egils Zemtars in einer Ansprache erklärt, daß das 1985 errichtete Sowjet-Mahnmahl „eine ständige Erinnerung an unsere Besatzung und das damit verbundene Schicksal vieler Menschen“ sei. „Es ist ein Tag der Schande für Europa“, kommentierte Leonid Sluzki, Vorsitzender des Komitees für internationale Angelegenheiten des russischen Unterhauses, die Rigaer Denkmalbeseitigung. „Doch es ist unmöglich, die Erinnerung zu löschen. Diese Hysterie wird auf lange Sicht ein Ende finden, und sie werden sehen, daß ihre Beziehungen zu Rußland dann nie wieder die gleichen sein werden.“ (ctw)

**Hack von Liz Truss' Telefon  
sorgt für Dissonanzen**

MOSKAU. Der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow hat Berichte über einen Telefon-Hack der damaligen britischen Außenministerin Liz Truss als „Boulevard-Berichterstattung“ bezeichnet. „Leider bieten britische Medien derzeit nur wenige Berichte, die man ernst nehmen kann“, zitiert die Nachrichtenagentur Tass den 55-jährigen Ex-Diplomaten. Die Zeitung *Mail on Sunday* hatte am 29. Oktober berichtet, daß Truss' persönliches Mobiltelefon „von Agenten gehackt wurde, die im Verdacht stehen, für den Kreml zu arbeiten“. Der Hack wurde im Juli entdeckt, kurz bevor Truss in das Rennen um das Amt der Premierministerin eintrat. Den Quellen der Zeitung zufolge habe Premier Boris Johnson den Hack unterdrückt, weil er Truss daran hätte hindern können, Premierministerin zu werden. Die außenpolitische Sprecherin der Liberaldemokraten, Layla Moran, forderte die Regierung nach Angaben der BBC auf, eine Untersuchung über die Behauptung einzuleiten, daß das Telefon der ehemaligen Premierministerin Liz Truss während ihrer Zeit als Außenministerin gehackt worden sei. Die Regierung habe es abgelehnt, zu den von der *Mail on Sunday* berichteten Details Stellung zu nehmen, so die BBC. „Die Regierung verfügt über robuste Systeme zum Schutz vor Cyber-Bedrohungen“, erklärte ein Sprecher. Dazu gehörten regelmäßige Sicherheitsunterweisungen für Minister und Ratschläge zum Schutz ihrer persönlichen Daten und zur Eindämmung von Cyber-Bedrohungen. (ctw)

**Frisches Blut gesucht****USA:** Kurz vor den wichtigen Zwischenwahlen bangen die Demokraten um ihre Zukunft

LIZ ROTH

Das Wasser steht den Demokraten bis zum Hals. Die kommenden Zwischenwahlen am 8. November werden laut den jüngsten Umfragen ein deutliches Zeichen setzen und zeigen, ob das amerikanische Volk der Biden-Regierung weiter seinen Zuspruch gibt. Momentan sieht es allem Anschein nach so aus, als ob eine rote Welle kommen wird und die Republikaner sowohl das Repräsentantenhaus als auch den Senat mehrheitlich übernehmen werden. Selbst den pro-demokratischen Medienhäusern fällt es schwer, ein positives Bild über die Chancen ihrer Partei zu malen. Die *Washington Post* gestand ein, daß die Demokraten Schwierigkeiten haben, werden, Wahlbezirke wie Miami-Dade in Florida, einst blaue Hochburgen, halten zu können.

Eine Studie der Trafalgar Group von Mitte Oktober zeigt, daß 48,2 Prozent ihre Unterstützung den Republikanern geben und nur 42,4 Prozent sich für die Demokraten entscheiden werden. Weitere 9,4 Prozent waren zu dem Zeitpunkt noch unentschieden.

Die letzten Zahlen des Fernsehsenders CBS zeigen, daß die Republikaner mindestens 15 Sitze im Repräsentantenhaus gewinnen werden. Somit hätten sie 228 Sitze gegenüber 207 Sitzen der Demokraten. Auch im Senat sind Veränderungen zu erwarten. Die Republikaner müssen mindestens 51 Sitze erreichen, um das derzeitige 50:50-Unterschieden im Senat zu brechen.

Die Demokraten haben derzeit die Macht in der Kammer inne, da der Vizepräsident in diesem Fall die ausschlaggebende Stimme hat. Rick Scott, Vorsitzender des National Republican Senatorial Committee, sagte im Gespräch mit CNN vergangene Woche, die Republikaner würden ein Minimum von 52 Sitzen bekommen. „Wir werden alle 21 zur Wahl stehende Sitze behalten.“ Scott erklärte weiter, daß Herschel Walker in Georgia gewinnen werde, Mehmet Oz könne Pennsylvania und Adam Laxalt Nevada gewinnen. „Aber ich denke, wir haben allen Grund zu glauben, daß wir auch mit Blake Masters in Arizona und mit Don Bolduc in New Hampshire weiterkommen“, betonte Scott.

**Die Republikaner  
geben sich siegessicher**

„Das ist unser Jahr“, fügte er hinzu. „Die Demokraten können nicht mit dem antreten, was sie in den vergangenen zwei Jahren getan haben. Die Menschen mögen und wollen das nicht, was sie getan haben. Sie mögen die hohe Inflation nicht. Sie mögen nicht, daß die Benzin- und die Lebensmittelpreise gestiegen sind. Die Menschen mögen keine offenen Grenzen und keine hohe Kriminalität. Und genau dafür sind die Demokraten bekannt.“

Die Stimmung bei den Demokraten ist angespannt. Der Mehrheitsführer im Senat, Charles Schumer, wurde kürzlich dabei erappt, wie er in einem Gespräch mit Präsident Joe Biden seine Besorgnis über bestimmte Senatssitze zum Ausdruck brachte. „Der Staat, in dem es mit uns bergab geht, ist Georgia“, sagte Schumer zu Biden. „Es ist schwer zu glauben, daß sie sich für Herschel Walker entscheiden werden.“ Walker ist ein ehemaliger American-Football-Spieler, den Barack Obama bei einer Wahlveranstaltung vergangenes Wochenende einen „Promi-Kandidaten“ nannte. Die Lage für die Demokraten ist so prekär, daß sie auf Obamas Popularität hoffen, um noch einen Umschwung zu schaffen. Schumer und Biden sind alarmiert, denn nach einer katastrophalen Debatte für die



**US-Präsident Joe Biden am 31. Oktober vor dem Einsteigen in die Air Force One:** Glücklicherweise wirkt der Demokrat angesichts der schlechten Umfragewerte vor den „Midterms“ nicht

Demokraten in Pennsylvania sehen auch dort die Chancen schlecht aus.

Der Fernsehstar Mehmet Oz kandidiert für die Republikaner und hatte anfangs wenig Unterstützung. Sein Gegner, Vizegouverneur John Fetterman, hat durch einen Schlaganfall Mitte des Jahres, einen Teil seiner kognitiven Fähigkeiten verloren. „Er kann nichts dafür, aber dennoch bekommt er meine Stimme nicht. Es ist nicht seine Schuld, aber ich möchte, daß mein Senator in der Lage ist, Pennsylvania bestmöglich zu vertreten“, erklärte ein Wähler, der erst unentschieden war, nach der Debatte gegenüber dem Fernsehsender Fox News. Mittlerweile hat sich Oz einen Vorsprung von über drei Punkten erarbeitet.

Da die Aussichten für die Demokraten wenige Tage vor dem Wahltag immer düsterer werden, haben einige Kandidaten der Partei, die Gefährten laufen, ihre Rennen zu verlieren, begonnen, die Ablösung der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, des Mehrheitsführers im Senat, Chuck Schumer, und von Präsident Biden zu fordern. Und das, obwohl ihre Abstimmungsergebnisse weitgehend mit denen der Parteiführung übereinstimmen.

Kürzlich trat die demokratische Abgeordnete Elissa Slotkin aus Michigan in der Sendung „Meet the Press“ des linken Senders MSNBC auf und forderte eine vollständige Erneuerung der demokratischen Führung auf allen Ebenen. „Wir benötigen neues Blut, überall in der Demokratischen Partei, im Repräsentantenhaus, im Senat und im Weißen Haus“, sagte sie, woraufhin die 82-jährige Pelosi später in einer anderen Sendung des Senders antwortete, daß es „keinen Ersatz für Erfahrung“ gebe.

Für die Republikaner ist die Lage entspannt, und sie nutzen die letzten Tage vor den Zwischenwahlen, um Wähler in traditionellen demokratischen Staaten zu gewinnen. Die republikanischen Gouverneure Ron DeSantis aus Florida und Glenn Youngkin aus Virginia landeten am vergangenen

Wochenende in New York, um den Abgeordneten Lee Zeldin zu unterstützen, der versucht, die demokratische Gouverneurin Kathy Hochul in einem unerwartet engen Rennen abzulösen. Laut einem RealClearPolitics-Report liegt Zeldin in den Umfragen nur noch 7,3 Prozentpunkte hinter der amtierenden Gouverneurin.

**Großes Mißtrauen gegenüber  
der Stimmenausschüttung**

Auch im „blauen“ Connecticut hat der Republikaner George Logan eine reale Chance auf einen Sitz im Repräsentantenhaus. Laut einer Umfrage von CT Examiner/Fabrizio, Lee & Associates liegen Amtsinhaberin Jahana Hayes und Logan mit jeweils 45 Prozent gleichauf.

Die größte Sorge für die Konservativen ist ein sauberer Ablauf der Wahlen. Ein Netzwerk konservativer Basisgruppen hat Tausende von Wahlbeobachtern und Wahlhelfern rekrutiert, die am 8. November Wahllokale im ganzen Land besetzen sollen.

Die Aktivisten wollen vermeiden, daß sich das Mißtrauen gegenüber den Wahlergebnissen von 2020 wiederholt und haben in zehn umkämpften Bundesstaaten Arbeitsgruppen für die Wahlintegrität in den Bezirken eingerichtet, die Freiwillige in Wahlgesetzen und -verfahren schulen. Allein in Pennsylvania werden nach Schätzungen der Organisatoren am Wahltag mehr als zehnmal so viele Wahlbeobachter vor Ort sein wie bei den Wahlen 2020.

„Wir bemühen uns sehr, um sicherzustellen, daß unsere Wahlen transparenter und freier sind“, sagte Toni Shuppe, eine der Leiter der Bemühungen in Pennsylvania, laut *Washington Times*. „Das schlimmste Ergebnis, das wir haben könnten, wäre ein ähnliches wie bei der Wahl 2020, bei der die Wähler nicht darauf vertrauen, daß die Ergebnisse korrekt sind. Das ist das Letzte, was wir wollen.“

Grüße aus ...  
New York**Russische  
Abende**

Von Marc Brüning

Die Begrüßung des Wirts fällt kurz aus, verglichen mit der sonst üblichen in unserem Stammrestaurant Via Garibaldi: „Das ist verrückt, Deutschland begeht Selbstmord.“ Man kann jetzt offen darüber sprechen, denn der alteingesessene Albaner mit dem italienischen Flair hat sein Lokal verkauft, verläßt New York und zieht mit der Familie nach Florida, wie einige bereits vor ihm. Jedes Abendessen dort – und es waren viele in den vergangenen Jahren – wurde durch die Kommentare von ihm zur weltpolitischen Analyse garniert. So kam es, daß auch der Konflikt in Europa und die deutsch-russischen Beziehungen ein Thema wurden. Der Wirt A. ist klar im pro-russischen Camp zu verorten. Vor allem hätten die USA im Ukraine-Konflikt nichts verloren, so sein Credo.

„Willst du denn zurück nach Europa irgendwann?“ frage ich, nachdem ich meinen ersten Green Apple Martini konsumiert habe. „Nein, da gehe ich nicht zurück nachdem, was 1991 und danach passiert ist.“ Er spricht von seiner Erfahrung aus dem serbisch-bosnischen Konflikt.

Einige Tage später hing eine FBI-Notiz an der Tür, daß das Betreten des Restaurants nicht erlaubt sei.

Sein langjähriger Mitarbeiter aus Montenegro gesellt sich zu uns dazu. So richtig grün sind die beiden nicht miteinander. „Du hast keine Ahnung...“, höre immer wieder.

Ursprünglich war das Speiselokal ein argentinisches Steak-Restaurant, das seltsamerweise kaum zahlende Gäste aufwies, aber trotzdem in der Lage war, sich viele Jahre an der Hauptverkehrsstraße Broadway in White Plains zu halten. Nachdem der Argentinier dann verschwand, hatte der Gastronom A., der zunächst das Restaurant Via Veneto betrieben hatte, die Anmietung des Restaurants übernommen und komplett renoviert.

Danach ging es steil bergauf – bis 2022. Was zunächst wie ein weiteres erfolgreiches Jahr aussah, wurde der Ausstieg von A. Man kann nur vermuten, was geschah, aber der russische Abend und die Kommentierung desselben hatte bei unseren nächsten Besuchen recht wenig frequentiert war und andere Gäste erschienen, die wiederum die Latinos verschwinden ließen.

Eines abends offenbarte sich dann eine Gruppe der Strafverfolgungsbehörde, die sich um den Schutz der nationalen Sicherheit kümmert, und sprach an der Bar über Kriminalität in White Plains. Als ich belustigt den abseits sitzenden Wirt auf den Stand der deutsch-russischen Beziehungen ansprach, erwiderte er nur grimmig, daß es nichts mehr zu sagen gebe, aber Rußland würde den Krieg gewinnen. Einige Tage später hing eine FBI-Notiz an der Tür, auf der stand, daß eine Untersuchung stattfindet und das Betreten des Restaurants nicht erlaubt sei. Wiederum eine Woche darauf war das Restaurant wieder offen. Ich sah ihn ein letztes Mal, und er gab mir eine kurze Umarmung.



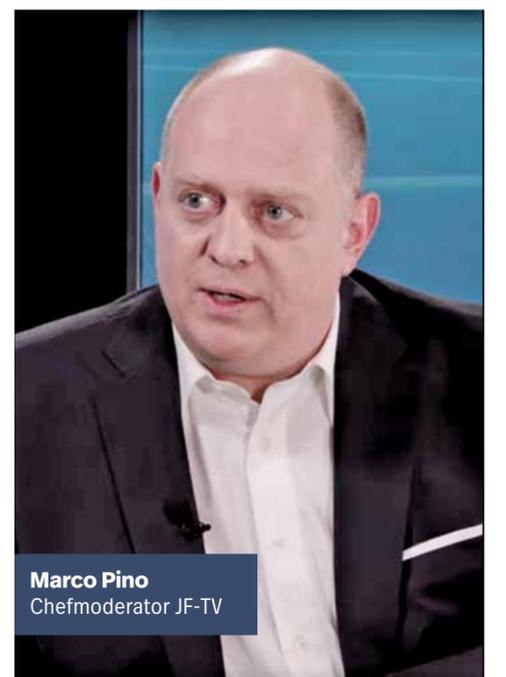
**Jörg Sobolewski,**  
JF-Autor, Mitarbeiter EU-Parlament

**JF TV**

**Das Erfolgsgeheimnis  
von VOX in Spanien**

**Jörg Sobolewski  
auf der Frankfurter  
Buchmesse 2022**

**jetzt auf jf.de/tv**



**Marco Pino**  
Chefmoderator JF-TV

# Jubel über weltfremde Versprechungen

**Brasilien:** Lula da Silvas sozialutopische Ideen könnten das Land in den Staatsbankrott führen

WOLFGANG BENDEL

Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva gewann die Präsidentschaftswahlen in Brasilien und zeigte sich euphorisch seinen Anhängern: „Von allen Siegen, die ich errungen habe, ist dies der schönste Sieg, denn wir haben den Autoritarismus und den Faschismus besiegt. Die Demokratie ist zurück in Brasilien. Die Freiheit ist zurück in Brasilien“, erklärte der Wahlsieger in einer ersten Stellungnahme, wobei er sich noch der Wahlkampfretorik bediente.

An anderer Stelle klang er dann etwas versöhnlicher: „Ich wurde gewählt, um 215 Millionen Brasilianer zu regieren. Ich werde ohne Unterschied für alle regieren. Ohne darauf zu achten, ob man reich oder arm ist. Ob man rechts oder links ist.“ Mit Blick auf das von ihm angestrebte Verbot, Waffen zu besitzen, sagte er: „Es ist an der Zeit, die Waffen niederzulegen, die niemals hätten geschwungen werden dürfen. Waffen töten. Und wir wählen das Leben.“ Zu dieser Aussage steht in gewissem Widerspruch, daß der Sieg Lulas in den Vierteln, die vom organisierten Verbrechen kontrolliert werden, besonders euphorisch gefeiert wurde.

**Vor allem das Militär lehnt den Sozialisten mehrheitlich ab**

Im zweiten Wahlgang erhielt Lula von der linken PT (Partido dos Trabalhadores – Partei der Arbeiter) 50,9 Prozent der Stimmen, während für Bolsonaro von der rechtsgerichteten PL (Partido Liberal) 49,1 Prozent der Wähler votierten. In absoluten Zahlen entfielen circa 60 Millionen Stimmen auf Lula und 58 Millionen auf Bolsonaro. Zwar gewann der amtierende Präsident gegenüber dem ersten Wahlgang etwa sechs Millionen Stimmen dazu, was aber trotzdem nicht reichte, um Lula zu überholen, der um circa zwei Millionen Stimmen zulegte.

Bolsonaro seinerseits hatte sich Montag und Dienstag, dem Redaktionsschluß dieser Zeitung, nicht zum Wahlausgang geäußert und seine Wahl-



Lula-Anhänger in Partylaune: Bald ist die Stimmung dahin – der Wahlsieger Lula da Silva steht vor zahlreichen Herausforderungen

niederlage weder eingestanden noch Lula zum Wahlsieg gratuliert. Seine Anhänger vermuten Wahlfälschungen und Manipulationen in großem Stil. Fernfahrer blockieren zahlreiche Überlandstraßen, da sie die Legitimität des Ergebnisses anzweifeln. Immer wieder gibt es Gerüchte über ein Eingreifen des Militärs in den nächsten Tagen. Gerüchte, die eher das Wunschdenken der Verbreiter wiedergeben, als daß sie besonders realistisch wären.

Lula steht vor zahlreichen Herausforderungen, die dem 77-jährigen alles abverlangen werden. Zunächst sieht er sich einem Kongreß gegenüber, der von den Parteien der Rechten und der Mitte dominiert wird. Denn wichtige Bundesstaaten wie São Paulo, Minas Gerais oder Rio de Janeiro erhielten bei den gleichzeitig stattfindenden Gouverneurswahlen konservative Gouverneure.

Vor allem das Militär lehnt Lula da Silva mehrheitlich ab und dürfte sein Veto gegen die geplante Internationalisierung des Amazonasgebietes einlegen. Ein Durchregieren, wie es von seinen Anhän-

gern erwartet wird, wird schwierig sein. Ein anderes Problem sind die viel zu hohen Erwartungen dieser Anhänger, die Lula selbst dann nicht erfüllen könnte, wenn er den Willen dazu hätte. Eine gewisse Enttäuschung scheint daher vorprogrammiert zu sein. Sollte es nicht so laufen wie geplant, wird man schnell nach Sündenböcken suchen, was die angespannte politische Situation im Land nur noch mehr vergiften würde.

**Der erfahrene Vizepräsident soll Stabilität garantieren**

Zusammen mit Lula wurde Geraldo Alckmin von der PSB (Partido Socialista Brasileiro) zum Vizepräsidenten gewählt. Alckmin ist ein politisches Schwergewicht und war acht Jahre Gouverneur des größten und wichtigsten Bundesstaates Sao Paulo gewesen. Zahlreiche Beobachter gehen von der Möglichkeit aus, daß Alckmin im Verlauf der

nächsten vier Jahre Lula ablösen wird. Ein Professor für Geisteswissenschaften aus Rio Grande do Sul erklärte mir gegenüber: „Ich wage zu sagen, daß Lula keine zwei Jahre an der Regierung bleibt.“

Gegen eine Dauerlösung Lula spricht nicht nur dessen hohes Alter und seine angeschlagene Gesundheit, sondern vor allem die Tatsache, daß er mit seinen sozialutopischen Ideen Brasilien an den Rand des Staatsbankrotts führen könnte.

Im Wahlkampf vorgetragene Versprechungen wie etwa, er werde garantieren, daß jede brasilianische Familie wöchentlich ein Kilogramm bestes Fleisch konsumieren können wird, sind weltfremd. Blicke nach Venezuela und Argentinien lassen erahnen, welche Richtung das Land in diesem Falle nehmen könnte.

Um dies zu verhindern, wurde ihm ein erfahrener Politiker wie Alckmin zur Seite gestellt, der im „Notfall“ die Amtsgeschäfte übernimmt. In der Politik geschieht nichts aus Zufall. Dies gilt besonders für ein Land der Größe und Bedeutung Brasiliens.

# Totgesagte leben länger

**Österreich:** Die konservativ-liberale ÖVP steckt in schweren Turbulenzen / Ermittlungen und stetig sinkende Umfragewerte setzen ihr zu

ROBERT WILLACKER

Als am 17. Mai 2019 die als „Ibiza-Video“ bekanntgewordenen Geheimaufnahmen von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und seinem ehemaligen Stellvertreter Johann Gudenus publik wurden, titelte das reichweitenstarke Boulevardblatt *Kronen Zeitung* am Folgetag: „FPÖ am Ende!“

Dreieinhalb Jahre später liefert sich die Freiheitliche Partei Österreichs in nahezu allen Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den Sozialdemokraten um Platz 1 im Land. „Totgesagte leben länger“ ist eine altegediente Volksweisheit, die insbesondere in der österreichischen Politik immer wieder Bestätigung findet. Es ist also Vorsicht geboten, wenn man aktuell die Zukunft der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) prognostizieren möchte, die sich derzeit in schweren Turbulenzen befindet.

Im Laufe der juristischen Aufarbeitung des Ibiza-Videos rückte zunächst das direkte Umfeld des damaligen ÖVP-Kanzlers Sebastian Kurz und später auch er selbst in den Fokus der Staatsanwaltschaft. Grund dafür waren Chatfunde der Wirtschafts- und Korruptionstaatsanwaltschaft (WKStA) auf dem Handy von Thomas Schmid, einer zentralen politischen Schaltstelle im Machtapparat der Kurz-ÖVP.

**ÖVP-Politiker Wolfgang Sobotka geißelt den „Vernichtungsfeldzug“**

Schmid hielt erst als Generalsekretär im Finanzministerium sowie später als Vorstand der ÖBAG – der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Republik – innenpolitisch zahlreiche Fäden in der Hand. Seine Chatnachrichten legten nahe, daß es hochrangigen ÖVP-Vertretern und ihrem Umfeld bei der Amtsausübung nicht in erster Linie um das

Wohl der Bürger, sondern vor allem um ihr eigenes Fortkommen gegangen sein dürfte.

Ob dabei auch Gesetze gebrochen wurden, ist derzeit noch Gegenstand von zahlreichen Ermittlungen und nicht abschließend geklärt. Zur Aufklärung trägt indes nicht nur das Handy von Thomas Schmid bei, sondern auch er selbst, teilte die Staatsanwaltschaft vergangene Woche mit: ohne das Wissen seines Anwalts und hinter dem Rücken der einstigen ÖVP-Getreuen habe Schmid bereits seit April dieses Jahres in mehr als einem Dutzend ganztägigen Befragungen umfangreich ausgesagt – er erhoffe sich Kronzeugenstatus, so die WKStA.

Die Korruptionsermittlungen dürften einen nachhaltigen Vertrauensschaden in der christlich-konservativen Wählerschaft bewirkt haben, denn auch wenn zahlreiche Protagonisten aus der Kurz-Ära das ÖVP-Schiff bereits verlassen haben, sinkt es in Umfragen unerbitlich weiter: um die 20 Prozent Wähleranteil attestieren ihr derzeit nahezu alle nam-

haften Demoskopen. Das entspricht Verlusten von rund 17 Prozentpunkten seit der Nationalratswahl im Jahr 2019. Ein Ende des Niedergangs ist nicht in Sicht. Bei solch einem Absturz werden unweigerlich Erinnerungen an die einst nahezu allmächtige, italienische Democrazia Cristiana (DC) wach, die in den 1990ern erst in einem Korruptionssumpf und dann in der Bedeutungslosigkeit versank.

In der ÖVP gibt man sich angesichts der angespannten Lage jedoch kämpferisch: „Beschuldigungen, die von einem Beschuldigten als Wahrheit genommen werden und gleich ein Urteil gesprochen wird. Ist das der Rechtsstaat, den wir wollen?“, kritisiert ÖVP-Generalsekretär Christian Stocker gegenüber der *Krone*. Besonders drastisch drückt sich der Erste Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka aus, wenn er im Interview mit dem Nachrichtenmagazin *profil* sagt, daß es sich bei den Vorgängen um einen „Vernichtungsfeldzug gegen die ÖVP“ handle.

## Schulungen für die freie Meinungsäußerung

CAMBRIDGE. Studenten der Universität Cambridge erhalten eine Schulung in freier Meinungsäußerung. Das neue Projekt unter der Leitung des Universitätsprofessors Arif Ahmed wurde ins Leben gerufen, um der auf dem Campus immer weiter um sich greifenden „Cancel Culture“ entgegenzuwirken. „Unabhängig vom Studienfach ist es ein wesentlicher Teil der universitären Ausbildung, daß man die Notwendigkeit der Toleranz gegenüber einem breiten Spektrum von Ansichten versteht, selbst gegenüber solchen, die man schockierend oder beleidigend findet“, erklärte Ahmed gegenüber *The Telegraph*. Dem Blatt zufolge sollen die Schulungen bei Erfolg auf andere Universitäten im ganzen Land ausgeweitet werden. Habe doch die Universitätsaufsichtsbehörde bereits davor gewarnt, daß die freie Meinungsäußerung auf dem Campus zu ersticken drohe, nachdem im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von Rednern und Veranstaltungen abgelehnt worden seien. Anfang Oktober war Ahmed von der Leiterin des Gonville & Caius College, Pippa Rogerson, gerügt worden, weil er die „polemische“ Autorin Helen Joyce eingeladen hatte, vor Studenten über die Gender-Ideologie zu sprechen. In einer E-Mail an alle Studenten hatte Rogerson mitgeteilt, daß sie die „beleidigende und haßerfüllte“ Rednerin boykottieren werde. Rund hundert Studenten, von denen einige maskiert waren, versammelten sich vor dem Vortrag und skandierten „Trans-Rechte sind Menschenrechte“ und schlugen Trommeln. Joyce übt Kritik daran, daß Männer und Frauen von Trans-Aktivistinnen „neu definiert“ werden, wobei Gesetze und Politiken „so umgestaltet werden, daß die selbstidentifizierte Geschlechtsidentität gegenüber dem biologischen Geschlecht bevorzugt“ werde. Laut *The Telegraph* hatte sich die „Free Speech Union“ (FSU) an den Vizekanzler von Cambridge gewandt und ihn gebeten, zu bestätigen, daß künftige Redner nicht „von hochrangigen Führungskräften denunziert und diffamiert“ werden. Die Universität Cambridge und die Hochschule liegen jedoch nicht reagiert, so das Blatt. (ctw)

## Italiens neue Regierung will Geburtenrate erhöhen

ROM. Nach dem Regierungswechsel in Italien wurde das bisherige Ministerium für Familie und Gleichberechtigung in Ministerium für Familie, Geburt und Chancengleichheit umbenannt. „Neben Schule und Universität gibt es eine weitere wichtige Bildungseinrichtung. Vielleicht die wichtigste. Und es ist die Familie. Die Keimzelle unserer Gesellschaft, die Wiege der Zuneigung und der Ort, an dem sich die Identität eines jeden von uns herausbildet. Wir wollen sie unterstützen und schützen; und damit auch die Geburtenrate, die im Jahr 2021 die bisher niedrigste Geburtenrate seit der Vereinigung Italiens verzeichnete“, hatte die neue Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in ihren Reden vor der Abgeordnetenkammer und dem Senat erklärt. Wir brauchen einen „großen Plan“, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell, betonte Meloni. Bereits im Wahlkampf hatte die 45-jährige einen Paradigmenwechsel im Steuersystem angekündigt, der die Familien berücksichtigt: den sogenannten „Familienquotienten“. „Wir werden das Kindergeld um 50 Prozent erhöhen, das auf diese Weise einen Höchstbetrag von 260 Euro pro Kind und Monat erreichen wird“, erklärte sie Ende August. (ctw)

■ Kommentar Seite 2

B M V  
Berliner Medienvertrieb  
Print und Online

**KLEINE DINGE MIT GROSSER WIRKUNG**

Kleinanzeigen in der JF · Herr Beck  
beck@berliner-medienvertrieb.de  
Telefon 030 - 86 49 53 - 67

Desiderius Erasmus Stiftung

**Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!**

Die Stiftungen der anderen, konkurrierenden Parteien erhalten insgesamt rund **670 Millionen € Steuergelder/Jahr** aus dem Bundeshaushalt. Im Haushaltsentwurf 2022 sind für die DES bisher rechtswidrig keine (!) Bundesfördermittel eingeplant.

Wir finanzieren uns als gemeinnützige, AfD-nahe Stiftung bis zum heutigen Tage ausschließlich aus Spenden, Schenkungen sowie durch unsere Mitglieder im Freundeskreis. Auch Erbschaften dürfen wir annehmen. Ihre Hilfe und Unterstützung ist wertvoll. Stellen Sie sich an unsere Seite!

Jetzt spenden: <https://erasmus-stiftung.de/spenden/>  
Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.  
Sparkasse zu Lübeck  
DE77 2305 0101 0160 4388 67  
BIC: NOLADE21SPL  
und/oder werden Sie Mitglied im Freundeskreis:  
<https://erasmus-stiftung.de/freundeskreis/>

Erika Steinbach

erscheint seit 1992 als Monatszeitschrift

**SCHIFFE-MENSCHEN-SCHICKSALE**

hat sich als Monatszeitschrift mit spannenden auf Tatsachen beruhenden Darstellungen und vielen Informationen einen sicheren Platz bei allen Schiffsfahrtinteressierten geschaffen. Erfahren Sie mehr über das Schicksal von Seglern, Tankern, Passagier-, Handels- und Kriegsschiffen aller Klassen, Epochen und Nationen, besonders über Hintergründe und Ursachen spektakulärer Schiffsuntergänge und -unglücke sowie über denkwürdige Ereignisse zur See in Friedens- und Kriegzeiten.

2 Beispiele von über 350 Ausgaben

Eine komplette Übersicht aller erschienenen Hefte sowie Bestellmöglichkeiten im Internet:

**SCHIFFE-MENSCHEN-SCHICKSALE.de**  
SMS Verlag für Marinegeschichte UG  
Bestell-Tel. 0171/74 66 000  
VerlagSchiffeMenschenSchicksale@gmx.de  
14180 Berlin · Postfach 33 21 50

Hamburgs Hafen als Trittstein für den roten Drachen

## An Chinas Kette

Chinas maritime Expansionsstrategie ist so simpel wie effektiv. Man nehme zwei von der kommunistischen Partei eng kontrollierte Staatskonzerne, Cosco und China Merchants Ports (CMP), an dem sich keine Ausländer beteiligen dürfen, und lasse sie weltweit modernisierungsbedürftige Häfen mit dem Versprechen neuer Investitionen, mehr Umsatz und Arbeitsplätzen systematisch übernehmen. Zuerst mit Minderheitsbeteiligungen an Terminals, dann bis zur Kontrolle des ganzen Hafens durch einen chinesischen Manager und seine Leute, seiner Logistik, den Lagerhäusern, den Bahnanlagen und der nicht so diskreten Einflußnahme auf die Zollabfertigung.

So war der Athener Hafen von Piräus bis 2008 ein Musterbeispiel staatssozialistischer Schlamperei. Nach der Griechenlandkrise verkaufte Athen auf EU-Anraten den ungeschliffenen Diamanten an den einzigen Interessenten – Cosco. Mit dem Segen der sozialistischen Tsipras-Regierung wurden Gewerkschaften entmachtet, die 1.700 Arbeiter ausgegliedert, der Hafen von chinesischen Baufirmen und Ingenieuren modernisiert. Piräus als logistisches Einfalltor für den Balkan bis Prag wurde zum viertgrößten Hafen Europas. Cosco-Kapitän Fu Gangfeng kontrolliert jetzt 100 Prozent. Athens Wohlwollen ist Peking gewiß.

Die strategische „Perlenkette“ beginnt im Südchinesischen Meer mit ihren Seefestungen auf Atollen, dem Tiefwasserhafen Kyankpyu in Burma. Sie verläuft über Sri Lanka zum für Tiefseeschiffe ausgebauten Hafen Gwadar in Pakistan. Weiter geht es an der ostafrikanischen Küste bis Südafrika. In dem Hafen Dschibuti am Eingang des Roten Meers unterhält China eine Freihandelszone und einen Marinestütz-

punkt mit 10.000 Mann. Auch 20 Prozent des Suez-Kanals und des Hafens von Port Said verinnahmt Cosco.

Im Mittelmeer folgen neben Piräus Beteiligungen in Istanbul, Malta und Genua. In dem völlig sorglosen Spanien hatte Cosco 2017 mehrheitlich die Hafengesellschaft Noatum übernommen (jetzt Cosco Shipping Ports). Valencia, Bilbao und die Containerterminals in Madrid und Saragossa fielen so den Chinesen zu. In Frankreich stieg CMP schon 2013 beim Hafenbetreiber „Terminal Link“ ein und sicherte sich Teile der fünf größten Häfen. Heute bedauert Frankreich diesen Kontrollverlust. Zu spät. Auch in Belgien und den Niederlanden hat China Fuß gefaßt.

Hier kommen der Terminal Tollarort und die Hamburger Hafengesellschaft ins Spiel. Einmal mehr erfolgt das chinesische Versprechen: Eine kontrollierende Beteiligung im Gegenzug für mehr Umsatz und Investitionen. So durchsichtig wird Hafen gegen Hafen, Regierung gegen Regierung mit immer neuen Forderungen ausgespielt. Fast alle haben es kapiert. Allen ist dies klar, nur einem nicht. „Sleepy Olaf“ im Kanzleramt drückte gegen Widerstände jene 25 Prozent an Tollarort für Cosco als Gastgeschenk für seinen China-Besuch durch.

Die kommerzielle Logik solcher Beteiligungen liegt in der bevorzugten Behandlung der eigenen Schiffe im häufigen Stau der Containerschiffe, wo Zeit sehr viel Geld wert ist. Strategisch sind Häfen wichtiger als Flughäfen und transkontinentale Güterzüge zusammen. Letztendlich bedingen die Seekriegsführung und überseeische militärische Einsätze die Kontrolle von Häfen, ihrer Technik und ihres Personals. Das sind Gemeinplätze der Krisenvorsorge, die im politischen Berlin verlorengangen scheinen.



von  
**Albrecht Rothacher**

„Allen ist die chinesische Strategie klar, nur einem nicht. 'Sleepy Olaf' wollte ein Gastgeschenk.“

BASF und Linde kündigen Teilrückzug aus Deutschland an

## Standortnachteil Energiepreis

Von Marc Schmidt

Acht der 40 Dax-Konzerne gehören zur Chemieindustrie. Auch kleine Firmen der Branche sprechen inzwischen offen über Arbeitsplatzabbau und Produktionsverlagerungen an sicherere und günstigere Produktionsstandorte. Investitionen in Deutschland erfolgen nur noch zur Senkung der Energieverbräuche und der Arbeitskosten. Neue Anlagen für energieintensive Produktionen werden an Orten mit besseren energiepolitischen Rahmenbedingungen errichtet: Amerika, die Golf-Region und China sind die Profiteure von Energiewende, Ukraine-Krieg und den Sanktionen.

Der größte deutsche Chemiekonzern BASF klagt über Mehrkosten bei Energie von 2,2 Milliarden Euro, was fast zehn Prozent des heimischen Umsatzes entspricht. Die drohende Erdgasrationierung im Winter würde die Abwanderung beschleunigen. Stehen energieintensive Anlagen einmal längere Zeit still, ist es in den meisten Fällen günstiger, die Produktion im Ausland mit neuen Investitionen hochzufahren, als die bestehenden, oft abgeschriebenen Anlagen am Hochlohnstandort Deutschland wieder anzufahren. Wirtschaftsminister Robert Habeck wurde zu Recht bei der Vorstellung

seiner unrealistischen Windkraftpläne dafür kritisiert, daß er das Wachstum des industriellen Energieverbrauchs nicht einkalkuliert hatte. Wenn die Folgen seiner Wirtschafts- und Sanktionspolitik wie befürchtet eintreten, behält der Grünen-Minister zumindest, was die Energiebedarfe anbelangt, ungewollt recht: Der deutsche Energieverbrauch wird durch die Deindustrialisierung der Ampel-Regierung in den kommenden Jahren tatsächlich sinken.

Der zu erwartende Niedergang in der chemischen wie metallverarbeitenden Industrie vertreibt nun auch das wertvollste Unternehmen im Dax, den 1879 gegründeten Linde-Konzern, aus Deutschland. 2018 mit dem US-Konkurrenten Praxair fusioniert, wurde zunächst nur der steuerliche Sitz nach Irland verlegt. Der größte Hersteller technischer Gase produzierte weiterhin in Deutschland, und Linde war einer der wenigen heimischen Profiteure der Krise. Doch die Zukunftsaussichten erscheinen düster: Die Konzernführung nimmt die Verluste eines Ausscheidens aus dem Handel an der Frankfurter Börse offenbar gelassen hin. Künftig ist Linde nur noch an der New Yorker Börse und im S&P-500-Index gelistet.

# Große Belastungen drohen

### Jahressteuergesetz: Anpassung der Immobilienwerte / Handlungsbedarf für Erblasser?

STEFAN KOFNER

Wirtschaftsmedien und der über 900.000 Mitglieder zählende Eigentümerverband Haus & Grund läuten im Verein mit Steuerberatungskanzleien und anderen seit Wochen die Alarmglocken. Verschiedene Regelungen im Jahressteuergesetz 2022 erzwingen eine deutlich höhere Bewertung von Wohnimmobilien, und darauf müßten zukünftige Erblasser im Zweifel noch rechtzeitig in diesem Jahr reagieren, um ihren Nachkommen Erbschaftsteuern zu sparen. Wen betreffen diese Änderungen und was kann man jetzt noch tun?

Ein Blick in die Statistik zeigt, daß wir hier nicht über Peanuts reden, sondern über die größte Welle an Vermögensübertragungen aller Zeiten. Das geerbte Vermögen in Deutschland hat sich innerhalb von zehn Jahren mehr als verdoppelt und betrug im vergangenen Jahr insgesamt 63,4 Milliarden Euro, davon 24 Milliarden Grundvermögen. Hinzu kommt noch verschenktes Vermögen im Umfang von 54,6 Milliarden Euro. Das Steueraufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungssteuer – der zweitwichtigsten Landessteuer – hat sich seit 2013 mit inzwischen fast zehn Milliarden Euro mehr als verdoppelt, wobei über 80 Prozent des Aufkommens auf die Erbschaftsteuer entfallen.

### Keine parallele Anhebung der steuerlichen Freibeträge vorgesehen

Die geplanten Verschärfungen bei der Wertermittlung können im Einzelfall die steuerlichen Immobilienwerte tatsächlich deutlich nach oben treiben. Das FDP-geführte Bundesfinanzministerium verweist jedoch auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der der Verkehrswert als Besteuerungsgrundlage bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer dient. Mit den Änderungen werde lediglich das Bewertungsverfahren an die aktuellen Marktverhältnisse angepaßt, und das sei eben verfassungsrechtlich zwingend. Das Problem ist allerdings: Der Anhebung der für die Steuerberechnung geltenden Immobilienwerte steht keine parallele Anhebung der Freibeträge gegenüber.

Diese reichen – abhängig vom Verwandtschaftsgrad – von 20.000 bis 500.000 Euro. Das geerbte Eigenheim bleibt jedoch unabhängig von seinem Wert steuerfrei, wenn der überlebende Ehepartner oder die Kinder die Selbstnutzung fortsetzen. Für die eigenen Kinder gilt allerdings eine Obergrenze von 200 Quadratmetern. In allen anderen Fällen unterliegen Immobilienwerte – mit knapp bemessenen Freibeträgen – der Erbschaftsteuer. Die Sätze liegen zwischen sieben und 50 Prozent, je nach Verwandtschaftsgrad und Wert des steuerpflichtigen Erwerbs. Angesichts des heutigen Immobilienpreinsniveaus besonders in den Metropolen und ihrem Umland sind die Freibeträge inzwischen so niedrig, daß vielen Erben große Belastungen drohen.

Die Bundesregierung hat in ihrem Gesetzentwurf die Immobilienwertermittlung in vier kritischen Punkten neu geregelt: Beim Ertragswertverfahren für Mietwohnimmobilien werden Bewirtschaftungskosten von den Mieterträgen abgezogen. Bisher waren dafür die Erfahrungssätze der Gutachterausschüsse maßgeblich und hilfsweise wurden pauschale Prozentsätze angewendet. Diese liegen abhängig von der Restnutzungsdauer zwischen 21 und 29 Prozent. Ab 2023 sollen nur noch feste Pauschalbeträge für Verwaltung, Instandhaltung und Mietausfallwagnis gelten, die in der Regel deutlich ungeringer sind. In der Folge steigt der „Jahresreinertrag“ und damit der entscheidende Ertragswert der Immobilie.

Die neuen Pauschalen sind erstens zu niedrig und zweitens zu wenig differenziert: Bei den In-



**Schlüsselübergabe fürs Eigenheim:**  
Wer langfristig vorsorgt, kann bei der Erbschaftsteuer viel sparen

standhaltungskosten (neun Euro je Quadratmeter) wird nicht nach dem Baujahr unterschieden. Diese Neuregelung betrifft alle vermieteten Immobilien und besonders Wohnungen mit hohen Mieten sowie alte Gebäude. Für das Ertragswertverfahren wird außerdem der unter anderem von Lage, Immobilienart und Restnutzungsdauer abhängige Liegenschaftszinssatz gebraucht. Je niedriger dieser Zins, desto höher fällt der Immobilienwert aus. Der Gesetzentwurf sieht ab 2023 für Regionen, in denen Liegenschaftszinssätze der Gutachterausschüsse fehlen, für Mietwohngrundstücke nur noch einen Zins von 3,5 statt fünf Prozent vor – und das in einem Umfeld mit steil ansteigenden Kapitalmarkttrenditen.

### Trotzdem nicht zu übereilten Entscheidungen hinreißen lassen

Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser sind für die Erbschaftsteuer grundsätzlich nach dem Vergleichswertverfahren zu bewerten. Liegen keine Vergleichswerte der örtlichen Gutachterausschüsse vor, wird das Sachwertverfahren angewendet. Dabei sind zukünftig die Regionalfaktoren der Gutachterausschüsse heranzuziehen, um den Baukostenunterschied im Raum gerecht zu werden. In Regionen mit hohen Baupreisen wird das die Sachwerte erhöhen. Der Bodenwert und der Gebäudesachwert ergeben den vorläufigen Sachwert des Grundstücks. Dieser ist mit einer Wertzahl (Sachwertfaktoren der Gutachterausschüsse) zu multiplizieren. Wo es keinen Sachwertfaktor gibt, wird die gesetzliche Vorgabe angewendet, wobei die Wertzahlen in dem Entwurf über das gesamte

Spektrum wesentlich angehoben wurden.

Bis auf die Neuregelung der Bewirtschaftungskosten betreffen diese Stellschrauben nur Regionen, in denen die entsprechenden Angaben der Gutachterausschüsse fehlen. Die jeweiligen Auswirkungen auf den steuerlichen Wert sind abhängig von den individuellen Eigenschaften der Immobilie. Und was ist jetzt zu tun? Bis zum Jahresende ist nicht mehr viel Zeit, um die vorzeitige Übertragung von Immobilien in die Wege zu leiten. Als erstes sollten Erblasser feststellen, inwieweit die erforderlichen Angaben von dem örtlich zuständigen Gutachterausschuß zur Verfügung gestellt werden.

Als nächstes müssen die Auswirkungen der pauschalierenden Vorgehensweise auf den steuerlichen Wert der Einzelimmobilie abgeschätzt werden. Außerdem müssen die Auswirkungen auf die steuerliche Belastung der Erben ermittelt werden (Freibeträge je nach Verwandtschaftsgrad, Selbstnutzung durch den Erben oder nicht). Es empfiehlt sich hier, den Rat eines qualifizierten Steuerberaters einzuholen, der den Handlungsbedarf abschätzen und die steuerliche Gestaltung einleiten kann.

Aber Betroffene sollten sich nicht aus Steuerpanik zu übereilten Entscheidungen hinreißen lassen. Die Chancen und die Risiken einer leibzeitigen Übertragung durch Schenkung müssen Sie für sich genau abwägen. Lieber einmal mehr drüber schlafen. In vielen Fällen ist die leibzeitige Übertragung mit vorbehaltenen Rechten wie Nießbrauch, Wohnungsrecht, Versorgungs- oder Pflegeleistung besser als die reine Schenkung.

Entwurf des Jahressteuergesetzes 2022:  
► [dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003879.pdf](https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003879.pdf)

jf.de/podcast

## Bei uns gibt es jetzt was auf die Ohren. Woche für Woche:

- Unser Thema der Woche.
- Dieter Stein im Gespräch.
- Interview der Woche.

Hören Sie rein.

Auf den gängigen Plattformen:



und auf [jf.de/podcast](https://jf.de/podcast)

Interessante Gesprächspartner, spannende Themen, kontroverse Debatten: Mit unseren Podcasts sind Sie immer gut informiert – und gut unterhalten.

**JUNGE FREIHEIT**  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

**JF Podcast**

**Ein 1,5 Tonnen schweres Beleuchtungssystem von Zeiss:** Wer den Kampf um die Digitalisierung gewinnen will, braucht diese Maschine

# Licht in Silizium

**Hochtechnologie:** Zwei deutsche Hersteller bieten dem Weltmarkt einzigartige Produkte / Wer darf sie haben?



FOTO: ZEISS, MANFRED STICH

PAUL LEONHARD

Es gibt noch gute Nachrichten aus Deutschland: Die Chiphersteller in aller Welt sind von Produkten „Made in Germany“ abhängig. Wenn es darum geht, immer mehr Transistoren auf einem Halbleiter zu platzieren, führt auf Jahrzehnte kein Weg an den Technologien von Trumpf und Zeiss sowie den „Wundermaschinen“, die die Niederländer bei ASML in Veldhoven bauen, vorbei. Es geht um Hochleistungslaser von Trumpf, die Zinntropfen auf 220.000 Grad erhitzen, und optische Spiegel von Zeiss, die einen Lichtstrahl von der Erde so präzise zum Mond lenken könnten, daß sie dort einen Golfball treffen.

Ein Politikum – weil Europa eine eigene Chipindustrie aufbauen will, um die Abhängigkeit von Asien zu reduzieren. Und weil die USA fürchten, daß die neue Generation der „Lichtmaschinen“ von ASML den Weg nach China finden könnte.

Auch warum Intel eine seiner neuen Chipfabriken bei Magdeburg errichtet, hat mit Trumpf, Zeiss und ASML zu tun. Denn teilen sich gegenwärtig vier Chiphersteller den Weltmarkt – jeweils einer

aus den USA und Taiwan sowie zwei aus Südkorea –, so kontrolliert ASML mit seinen Lichtmaschinen seinerseits den globalen Markt der Maschinen, die nötig sind, um Chips herzustellen – aktuell 80 Prozent. Und Trumpf und Zeiss liefern zusammen rund zwei Fünftel der Wertschöpfung an den gigantischen Maschinen von ASML. So einfach politische Beweggründe zu erklären sind, so kompliziert sind die technischen Prozesse, die in den beteiligten Laboratorien ablaufen. 20 Jahre Entwicklungszeit und rund neun Milliarden Euro Forschungsgelder stecken dahinter.

**Eine Maschine aus 100.000 Teilen, 3.000 Kabeln, 40.000 Schrauben**

EUV-Lithographie – die Abkürzung steht von „extrem ultraviolett“, also Licht mit extrem kurzer Wellenlänge – ermöglicht, Chips für modernste Smartphones und automatisiertes Fahren herzustellen. „Weltweit führende Fertigungstechnologie stärkt deutsch-europäische Position im globalen Halbleitergeschäft“, jubelte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, und Medien wie die FAZ staunten: „Drei weitgehend unbekannte Firmen entwick-

eln eine Wundermaschine, teilen ihr Wissen und forschen gemeinsam.“

Diese Gruppe habe Schlüsselkomponenten dieser Lichtmaschinen entwickelt. Die Zeiss-Spiegel leiten also das Laserlicht, das von Trumpf erzeugt wird, durch die ASML-Maschinen. Weil das extrem ultraviolette Licht sogar von Luft absorbiert werden kann, wird es in einer großen Hochvakuumkammer von einem Highpower-Laser erzeugt, der 50.000mal in der Sekunde auf Zinntropfen schießt. Der entstehende Plasmablit mit der Wellenlänge von 13,5 Nanometern wird von Spiegeln gebündelt und bis zum Wafer – Grundlage eines Rohchips – geleitet. ASML ist der Maschinenbauer, „der alle Komponenten integriert und eine Maschine hinstellt, die 180 Tonnen wiegt und über 100.000 Teile, 3.000 Kabel, 40.000 Schrauben hat und mehr als zwei Kilometer Schläuche verschlingt“, sagt Athanasios Kaliudis, Pressesprecher von Trumpf-Lasertechnik. Eine bis zu 300 Millionen Euro teure „Maschine der Superlative“.

Durch den Einsatz von ultraviolettem Licht können Milliarden von winzigen Strukturen auf dünnen Siliziumscheiben erzeugt werden. Auf einem kaum fingerkuppengroßen Mikrochip finden heute mehr als 15 Milliarden Transistoren Platz. Und mit

der als konkurrenzlos geltenden und durch über 2.000 Patente abgesicherten Schlüsseltechnologie lassen sich in diesem und dem nächsten Jahrzehnt weitaus leistungsfähigere, energieeffizientere und kostengünstigere Mikrochips herstellen – nur diese stark steigende Rechenleistung ermöglicht die erfolgreiche Digitalisierung.

Ende Oktober hat Trumpf seine Zahlen für das Geschäftsjahr 2021/22 vorgelegt: Der Umsatz ist um 20,5 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro gestiegen, der höchste in der 99jährigen Unternehmensgeschichte. Der Auftragseingang stieg um 42,1 Prozent auf 5,6 Milliarden Euro, die EBIT-Rendite auf 11,1 Prozent (468 Millionen Euro), die Zahl der Mitarbeiter um knapp 2.000 auf weltweit 16.554, in Deutschland um 815 auf 8.417. Der Jubel hält sich trotzdem in Grenzen. Man sei dank eines „konsequenten Krisenmanagements“ gut durch die Pandemie gekommen, habe die Lieferkettenengpässe „bestmöglich pariert“, teilte Vorstandsvorsitzende Nicola Leibinger-Kammüller mit, aber für die kommenden Monate bleibe „eine große Unsicherheit, wie sich die Engpässe in den Lieferketten, die hohe Inflation, steigende Material- und Energiepreise sowie Transportkosten auf unser Geschäft auswirken werden.“ Auch die geopolitischen Unsicherheiten wie der Krieg in der Ukraine oder die Spannungen zwischen den USA und China stimmen sie „nachdenklich“. Auch bei Trumpf ist eine wachsende Zurückhaltung der Nachfrage in vielen Märkten spürbar.

Aber nicht alle Umsatzanteilsverschiebungen dürften mit fehlender Nachfrage zu tun haben. Daß China als größter asiatischer Einzelmarkt hinter dem starken Wachstum des Vorjahrs zurückblieb (ein plus von 9,6 Prozent auf 575 Millionen Euro) könnte mit den US-Sanktionen zusammenhängen. Den meisten Umsatz erzielte die Trumpf-Gruppe mit den Niederlanden (838 gegenüber 461 Millionen Euro im Vorjahr), was dem starken Wachstum des Geschäftsfeldes EUV mit dem Kunden ASML geschuldet ist. Die USA (656 Millionen Euro) haben Deutschland (589) aktuell von Platz zwei beim Umsatz verdrängt.

ASML selbst machte mit seinen mehr als 32.000 Mitarbeitern im vergangenen Geschäftsjahr 18,6 Milliarden Umsatz und verkaufte 309 Lichtmaschinen. Peking hätte gern welche erworben, damit dessen Industriestrategie „Made in China 2025“, nach der 70 Prozent der im Land benötigten Halbleiter selbst produziert werden sollen, endlich Gestalt annimmt. Aber die USA wissen das zu verhindern, Medienberichten zufolge auch mit politischem Druck auf die holländische Regierung, den Verkauf der Lichtmaschinen an Chinesen zu verbieten.

## EZB verkündet weitere kräftige Zinserhöhung

FRANKFURT. Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat vorige Woche eine weitere Zinsanhebung um 0,75 Prozentpunkte verkündet. Damit steigt der Leitzins, zu dem sich Banken Geld bei der EZB leihen können, auf zwei Prozent. Die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität erhöhen sich auf 2,25 bzw. 1,50 Prozent. „Wir haben den heutigen Beschluß gefaßt und gehen davon aus, daß wir die Zinsen weiter anheben werden, um eine zeitnahe Rückkehr der Inflation auf das mittelfristige Zwei-Prozent-Ziel zu gewährleisten“, erklärte EZB-Präsidentin Christine Lagarde. Die Geldentwertung sei „deutlich zu hoch“ und werde „auch für längere Zeit über unserem Zielwert bleiben“, so die frühere Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF). „In den letzten Monaten führten stark steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise, Lieferengpässe und die nach der Pandemie wieder stärkere Nachfrage dazu, daß der Preisdruck an Breite gewann und die Inflation zunahm“, so Lagarde. Die EZB-Geldpolitik zielt nun „darauf ab, die Unterstützung der Nachfrage zu reduzieren und dem Risiko vorzubeugen, daß sich die Inflationserwartungen dauerhaft nach oben verschieben“. Im Oktober war die Inflation im Euroraum von 9,9 auf 10,7 Prozent gestiegen. (fis)

■ Kommentar Seite 2

## Droht „Überreaktion“ bei Inflationsbekämpfung?

BOSTON. Der US-Ökonom Kenneth Rogoff hat vor einer „Überreaktion“ der Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung gewarnt. „Es war sicher ein Fehler der Notenbanken, mit den Zinsanhebungen so lange zu warten, weil es ein bis zwei Jahre dauert, bis diese Schritte ihre volle Wirkung auf die Wirtschaft entfalten, das Wachstum und den Arbeitsmarkt dämpfen und damit die Inflation senken“, erklärte der Harvard-Professor im Wiener Standard. Aber nun bestehe die Gefahr, daß die Zentralbanken „auf diesen Fehler einen noch folgenreicheren folgen lassen, indem sie Zinsen zu sehr anheben im Glauben, damit ihre Glaubwürdigkeit wiederherzustellen zu können. In Wahrheit würden sie damit eine große Rezession auslösen“, meinte Rogoff. Er rechne mit einem „globalen Investitionsschub“: Durch den Konflikt mit Rußland werde viel Geld im Bereich fossiler Brennstoffe gebraucht, „selbst in Kernenergie wird investiert. Die USA und die Europäer rüsten zudem auf“, so der frühere IWF-Chefökonom. (fis)

► economics.harvard.edu/faculty/rogoff

# Wegducken und weiter geht's

**Nord Stream 1 und 2:** Auf die Anfrage von AfD-Fraktionsvize Holm zur Funktionsfähigkeit der Pipelines gibt die Bundesregierung zaghafte Auskünfte

HANNES BEIFANG

Die Nachricht sorgte in der vergangenen Woche für Aufsehen. Anders als bislang angenommen, ist auch der zweite Strang von Nord Stream 2, die B-Röhre, nicht mehr betriebsfähig. Grund dafür sind die Anschläge auf die beiden Pipelines Nord Stream 1 und 2 Ende September.

Das zumindest behauptet die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Anfrage des AfD-Fraktionsvize Leif-Erik Holm. Es sei „sehr wahrscheinlich, daß der Sabotageakt mit starken Explosionen negative Auswirkungen auf beide Pipelinestränge hatte und die grundsätzliche technische Verfügbarkeit somit aktuell nicht mehr gegeben ist“, heißt es in der Antwort von Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen. Seine Aussage stieß auch deswegen im In- und Ausland auf größeres Interesse, weil bis dahin weithin angenommen wurde, daß über die B-Röhre nach wie vor Gas geliefert werden könnte. Der russische Energieminister Alexander Nowak hatte Anfang Oktober im russischen

Staatsfernsehen gesagt, die zweite Röhre von Nord Stream 2 sei dafür noch „in technisch geeignetem Zustand“. Und auch Präsident Wladimir Putin bekräftigte Mitte Oktober das Angebot, Gas über die Pipeline zu schicken. Man müsse „nur den Hahn aufdrehen“, sagte er in Moskau.

Bezeichnenderweise hatte Staatssekretär Graichen zu dem Zeitpunkt die gleiche Ansicht vertreten. Am 11. Oktober hatte er auf eine Frage des AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Ehrhorn geantwortet, auf der Röhre B sei zwar ein Druckabfall registriert worden, der auf eine gezielte Druckreduzierung der russischen Seite hinweise. Dennoch gehe die Bundesregierung „davon aus, daß diese Röhre grundsätzlich technisch funktionsfähig ist“. Woher also der plötzliche Sinneswandel?

Die Frage bleibt unbeantwortet, denn die Bundesregierung macht in ihrer Antwort an Holm keine Angaben dazu, woher sie ihre neuen Erkenntnisse hat. Im Gegenteil: Sie verweist auf die Untersuchung zu den Anschlägen durch die Betreibergesellschaften, die noch gar nicht begonnen hätten, weshalb die Bundesregierung „zum aktuellen Zeitpunkt keine Aussagen zum Zustand

oder Möglichkeiten einer Reparatur geben“ könne. Mit anderen Worten: Offiziell weiß man nichts, geht aber davon aus, daß Lieferungen über die Röhre nicht möglich sind. Daß Berlin inoffiziell durchaus mehr weiß, legt dagegen eine Antwort auf eine weitere Anfrage Holms nahe, in der die Regierung Auskünfte zu den Hintergründen der Sabotageakte mit Verweis auf die sogenannte „Third-Party-Rule“ verweigert. Informationen, die man von befreundeten Nachrichtendiensten erhalten habe, seien so vertraulich und sensibel, daß ihr Bekanntwerden das deutsche Staatswohl gefährde, lautete die Begründung.

**Wie die Gasspeicher in Zukunft gefüllt werden sollen, bleibt offen**

Für Holm erweckt die ganze Angelegenheit den Eindruck, als wolle die Regierung das Kapitel Nord Stream am liebsten für immer schließen. „Es scheint so, als hoffe man in der Ampel geradezu, daß sich das Thema Gaslieferungen über Nord Stream mit den Anschlägen von selbst erle-

digt hat“, sagte er der JF. Sollte sich jedoch herausstellen, daß über die Leitung B durchaus noch Gas geliefert werden könnte, werde das Thema die Bundesregierung spätestens nach dem Winter wieder einholen, prophezeite der AfD-Abgeordnete. „Und dann wird sich sehr schnell die Frage stellen: Nord Stream 1 reparieren oder die intakte Röhre von Nord Stream 2 aufmachen.“ Die heikle Frage, die in der derzeitigen Diskussion um die deutsche Gasversorgung auffallend wenig thematisiert wird, lautet: Wie sollen die Gasspeicher in Zukunft gefüllt werden?

Als die Gaslieferungen über Nord Stream 1 Anfang September gänzlich gestoppt wurden, betrug der Füllstand der deutschen Gasspeicher 84 Prozent. Wenn sich die Gasreserven nun über den Winter durch den höheren Verbrauch wieder verringern und sich die Speicher leeren, ist völlig unklar, wie sie im Frühjahr wieder befüllt werden können. Denn die Nord-Stream-Pipelines stehen nicht mehr zur Verfügung oder sind von deutscher Seite unerwünscht, und für die Ersatzlösung Flüssiggas fehlen sowohl die Infrastruktur als auch ausreichende Lieferkontingente.

**WENN NIEMAND MEHR ÜBER DEN KRIEG IN SYRIEN BERICHTET, IST DANN AUTOMATISCH FRIEDEN?**

REPORTER OHNE GRENZEN

**Fraktion im Dialog**

**Antifa als oberstes Staatsziel?**

Wie unsere Verfassung antifaschistisch umgeschrieben wird!

**Dr. Karlheinz Weißmann**

Montag, 7. November, 19 Uhr

Hamburger Rathaus

Anmeldung unter:  
040 428 312 518 oder  
afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de

Alternative für Deutschland  
FRAKTION HAMBURG

Familie aus Sachsen sucht für ihren Sohn (Medizinstudent, 19 Jahre alt, NR, ruhig) eine kleine Wohnung oder ein Privatzimmer, gerne möbliert, in Potsdam.  
Potsdam2023@aol.com

**INFLATIONSAUSGLEICH + RENDITE 1**

Softwarefirma mit genialem Produkt bietet hoch lukrative Beteiligung ab 100 Teuro bei kurzer Laufzeit. Bewährt + Sicher + twindex@web.de

Wendelin Schlosser  
„Gedichte gegen Krieg und Gewalt“  
ISBN 978-3-8372-2638-6, Preis: 4 Euro  
Erschienen im August von Goethe Literaturverlag, 2022.

# Gipfeltreffen der Islamkritiker

**Unter Polizeischutz:** Eine prominent besetzte Konferenz erkennt einen dramatischen Wandel des moslemischen Fundamentalismus

COLLIN MCMAHON

**R**und um die Uhr wurde Schloß Leopoldskron von Sicherheitskräften bewacht. Zu groß war die Gefahr, daß die Konferenz über modernen Islamismus zur Zielscheibe von Angriffen wird. Besonders brisant: Das Treffen der versammelten Islamkenner und -Kritiker – darunter auch die Bestsellerautoren Ayaan Hirsi Ali und Hamed Abdel Samad sowie die Imamin Seyran Ateş aus Berlin – mußte streng geheim gehalten werden, um Attacken vorzubeugen. Für etliche der Gäste war das allerdings der leidvolle Normalzustand. Viele von ihnen leben schon seit Jahren unter Polizeischutz. „Als die Muslimbruderschaft in den 1920er Jahren gegründet wurde, waren sie Außen-seiter, verfolgt, verstoßen und sogar verboten“, sagte ein US-Terrorexperte, der seinen Namen nicht in der Zeitung sehen möchte. „Nun sind wir es, die verfolgt, verstoßen und manchmal sogar verboten werden.“ Ziel der Konferenz war es, die Dynamik der Marginalisierung von Islamkritik zu brechen. „In die Offensive gehen“ lautete das Motto.

Ayaan Hirsi Ali (52) zeigte sich beeindruckt von der Kulturlandschaft in Salzburg. „Es ist schwer sich vorzustellen, daß ein Volk, welches wie hier in Salzburg solche Schönheit hervorbringen konnte, vor 80 Jahren solche Greuelthaten begehen konnte“, sagte sie. Doch dies gebe ihr auch Hoffnung im Kampf gegen den radikalen Islam. Der Besuch von Kriegs- und Holocaustdenkmälern in Deutschland und Österreich stärke ihre Zuversicht, daß selbst die gefährlichsten Ideologien besiegt werden könnten. In den letzten zwei Jahrzehnten habe sie gehofft und geträumt, Gemeinsamkeiten mit Muslimen zu finden, gegen die Muslimbruderschaft und den IS. Dieses Wochenende sei ein Schritt in diese Richtung, so Hirsi Ali, die dem Problem der Islamisierung auffallend optimistisch begegnet. Dies liege in erster Linie an grundlegenden Veränderungen in der islamischen Welt, wo der politische Islam in Ländern wie Saudi-Arabien und den Golfstaaten auf dem Rückzug sei. Saudi-Arabien habe aufgehört, die Dawa (arabisch für Missionierung) in aller Welt zu finanzieren. Die Bedrohung durch den IS habe diese Länder davon abgebracht, den radikalen Islam und den Wahabismus weiter zu finanzieren. Außerdem merkten die Golfstaaten, daß sie nicht ewig von Erdöl leben können. Daher steige der Druck, sich zu modernisieren und zu öffnen.

## Unterwanderung der westlichen Welt ist die größte Gefahr

In Saudi-Arabien gebe es jetzt unter Mohammed bin Salman öffentliche Discos, Frauen dürften plötzlich Auto fahren und alleine ausgehen. Auch der Protest der Frauen im Iran markiere eine Zeitenwende, egal wie die Demonstrationen ausgingen. „Ich erhalte jetzt Einladungen aus Ägypten und Saudi-Arabien, von denselben Menschen, die mich vor wenigen Jahren noch umbringen wollten“, so Hirsi Ali. „Jetzt wollen sie mit mir den Islamismus bekämpfen.“ Während die islamischen Staaten sich immer mehr vom radikalen Islam abwendeten, sei der Schwerpunkt des politischen Islam jetzt im Westen, so die einhellige Meinung auf der Konferenz. Die Muslimbruderschaft und Wahabiten seien im Nahen Osten „kollabiert“, so Sam Westrop von Islamist Watch, deshalb wandere jetzt das finanzielle und organisatorische Zentrum dieser Gruppen nach Westen. „Der Islamismus wird zusehends zu einer Angelegenheit des Westens“, so Westrop. Neue Gruppen und neue Finanzierungsströme entstünden, etwa aus Katar, Pakistan oder der Türkei. Es sei deshalb ein Fehler, sich „obses-



**Gläubige nach dem Gebet im katarischen Doha:** Wie das Stadtbild, so gibt es auch in der islamischen Religion im Nahen und Mittleren Osten Tendenzen einer Modernisierung

siv“ auf die Muslimbruderschaft zu konzentrieren. Die Konferenz identifizierte die Unterwanderung der europäischen Institutionen als größte Gefahr zur Zeit. „Wenn ich mit Journalisten und Politikern rede, gibt es zwei Probleme: Sie verstehen ihre Verbindungen zur Muslimbruderschaft. Sie leugnen das Gebot zum Heiligen Krieg und behaupten, Dschihad bedeute nur, fleißig zu sein. Sie reklamieren Meinungsfreiheit für sich, bis man anfängt, den Islamismus zu kritisieren.“ Während es in Deutschland nicht mehr möglich sei, den Islamismus zu kritisieren, bekämen seine Videos in der islamischen Welt Millionen Aufrufe, so Abdel-Samad: „Junge Muslime dürsten nach einer anderen Perspektive.“ Das Problem im Westen sei, „daß Politiker immer eine Telefonnummer für den Islam haben wollen.“ Da kritische Moslems wie er und Seyran Ateş nicht mehr gehört würden, seien es die Radikalen, die an die Fördertöpfe und runden Tische eingeladen werden. Dabei seien diese

Organisationen „Trojaner“, die die Demokratie unterwandern. „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind“, habe Recep Tayyip Erdoğan gesagt. Die Anwältin und liberale Imamin Seyran Ateş der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin-Moabit beschreibt sich wahlweise als „lesbisch“ oder „bisexuell“ und wundert sich über den geringen Rückhalt der rot-rot-grünen Regierung in Berlin für ihren Ansatz, der doch ganz dem linken Weltbild entsprechen sollte. Während des „Pride Month“ habe sie vor ihrer Moschee die Regenbogenfahne aufgehängt und innerhalb von zwei Wochen „45 Seiten Morddrohungen“ erhalten, die sie an die Berliner Polizei gegeben habe. Passiert sei nichts. Morddrohungen sei Ateş gewöhnt, die seit 16 Jahren Polizeischutz bekommt. Ateş hat eine pro-LGBTQ-Stickerkampagne gestartet, „Liebe ist halal“, auf deutsch und arabisch, die sie in Deutschland und auch im Nahen Osten verteilte. „Das ist, wofür die Frauen im Iran kämpfen“, so Ateş. „Das Recht, über seinen eigenen Körper zu bestimmen. Das ist doch, was die Linken wollten – My body, my choice? Diese Islamisten töten Menschen, weil sie schwul sind, töten Frauen, die kein Kopftuch tragen. Da sollten die Linken doch dagegen sein?“

Politiker wollen moslemische Wähler nicht vergraulen

Menschenrechtsanwältin Seyran Ateş habe letzte Woche die Reinhold-Maier-Medaille der FDP erhalten, und insgesamt 34 Auszeichnungen, sei aber „frustriert“ von der Untätigkeit der Politik: Trotzdem fände jetzt die WM in Katar statt. Sowohl sie als auch Hamed Abdel-Samad hätten die Deutsche Islam-Konferenz verlassen, die 2006 vom damaligen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ins

Leben gerufen wurde, aber von Ditiş und Muslimbruderschaft unterwandert sei. Schäuble hätte ihr gesagt, ihre Ideen seien zwar interessant, „aber wie viele liberale Muslime gibt es überhaupt?“ Es gebe viele, in der Türkei und anderen islamischen Ländern, so Ateş. „Aber wie viele gibt es in Deutschland?“, so Schäuble. Da sei ihr klargeworden, daß es Schäuble nicht um Inhalte gehe, sondern um Wählerstimmen. „Sie glauben, sie gewinnen damit keine Wahlen, wenn sie uns unterstützen“, so Ateş. „Sie lügen, wenn sie sagen, sie hätten nichts gewußt.“ Ateş habe die Grünen und die SPD verlassen, „aber ich halte das heute für einen Fehler. Wir sollten in allen Parteien vertreten sein. Unsere Gegner sind es ja auch.“

Der US-amerikanische Historiker und Publizist Daniel Pipes (73) vom Middle East Forum kam gerade aus Dänemark, wo die regierenden Sozialdemokraten sich gegen Masseneinwanderung und Islamisierung stellten und damit einst an die Macht kamen. Die Lehre daraus – es gebe Dinge, die leicht, Dinge, die schwer und Dinge, die unmöglich sind. „Wir sollten uns auf die Dinge konzentrieren, die einfach sind“, so Pipes: Grenzen zu schließen, illegale Einwanderung zu verhindern und die staatliche Finanzierung islamistischer Vereine zu beenden.

Pipes, seines Zeichens der Spiritus rector der Konferenz, mokierte sich über den Wandel des Begriffes „Islamophobie“, der benutzt werde, um eine Diskussion unmöglich zu machen. „Als sie mich das erste Mal ‚islamophob‘ nannten, habe ich mich gewundert“, sagt Pipes, der Arabisch spricht und viele islamische Organisationen unterstützt. „Heute bin ich enttäuscht, wenn sie Listen von ‚Islamophoben‘ machen und ich stehe nicht drauf.“ Pipes zitierte Jordan Peterson: Der Begriff „Islamophobie“ sei „von Faschisten erfunden, von Feiglingen benutzt, um Idioten zu manipulieren“.



**Ayaan Hirsi Ali (2.v.l.) und Hamed Abdel-Samad (2.v.r.)** unter den Konferenzteilnehmern

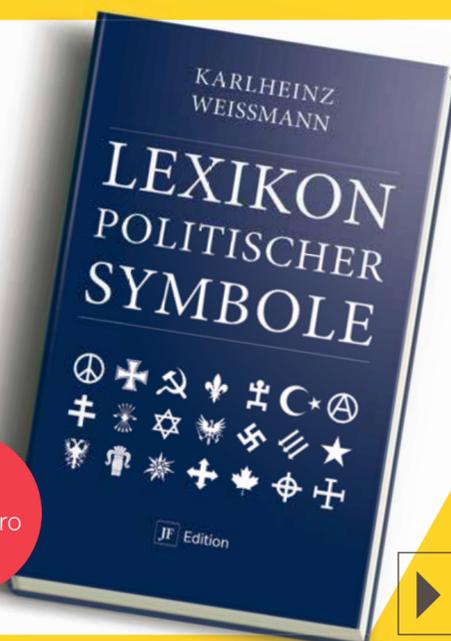
KARLHEINZ  
WEISSMANN



## Die große Macht politischer Symbole

Politische Symbole wirken. Ihre mächtige Bedeutung für Politik und Gesellschaft ist aber vielen ein Rätsel. Bis jetzt fehlte ein umfassendes Nachschlagewerk. Diese Lücke schließt das „Lexikon politischer Symbole“ von JF-Erfolgsautor Karlheinz Weißmann. Mit 1.700 farbigen Abbildungen

**NEU**  
59,90 Euro



Karlheinz Weißmann  
Lexikon politischer Symbole

628 Seiten, gebunden  
Format: 17 x 24 cm  
Best.-Nr. 94514

Bestellen Sie auf [jf.de/lexikon](http://jf.de/lexikon)  
oder nutzen Sie den Coupon  
auf Seite 21



Muezzin Mustafa Kader, Imam der Moschee, ruft in der Kölner Zentralmoschee Muslime zum Gebet: Jeden Freitag für maximal fünf Minuten

## Die Glocke schweigt

Warum die Kirchenführer sich mit der Verweltlichung abgefunden haben

KONRAD ADAM

Von den zahlreichen Pilgerwegen, die im Mittelalter zum Grab des Apostels Jakobus in Santiago de Compostella führten, lief einer der meistbegangenen durch die Auvergne, das Zentralmassiv im Herzen Frankreichs. Die Strecke über den Aubrac, einen Vulkanstumpf von mehr als 1.200 Metern Höhe, karg, unfruchtbar und arm an Wasser, galt als eine der gefährlichen Teilstrecken dieser langen und mühevollen Reise. Die nahezu baumlose Gegend bot im Sommer keinen Schatten, während in der kühlen Jahreszeit, zumal im Herbst dichte Nebel aufzogen, die jede Orientierung schwer machten. An solchen Tagen pflegte die Glocke der Kirche von Nasbinals, dem einzigen größeren Ort in dieser trostlosen Landschaft, bis in die Nacht hinein zu läuten, um den versprengten Pilgern das Ziel zu weisen.

Glocken erfüllten im Mittelalter viele und ganz verschiedene Zwecke. Sie riefen nicht nur zu den Gottesdiensten, die in jeder der zahlreichen Kirchen sowohl sonntags als auch unter der Woche regelmäßig gefeiert wurden, oft mehrmals täglich. Sie verkündeten und luden ein, warnen und unterrichteten die Bürger über alles Mögliche: es gab die Sturmglocke, die Feuerglocke und das Arme-Sünder-Glöcklein, das geläutet wurde, wenn der zum Tode Verurteilte seinen letzten Gang antrat. Hinzu kamen die vielen Kirchturmsuhren, die halb- oder viertelstündlich die Zeit ansagten und so „des Lebens wechselvolles Spiel“, wie es bei Schiller heißt, mit ihrer ewigen Musik begleiteten.

Heute sind die meisten Glocken verstummt; wenn überhaupt noch, dürfen sie nur tagsüber geläutet werden, und auch dann nur zu festgesetzten Zeiten. Der Straßenverkehr, die Luftfahrt, der Duddelfunk und andere Errungenschaften haben den Lärmpegel so hoch getrieben, daß er anderswo wieder gesenkt werden muß, und deshalb unterliegen auch die Glocken dem Emissionsschutzgesetz. Ihr

Beitrag zur öffentlichen Ordnung wird in Dezibel gemessen, und da bleibt nicht viel. Um aufzumerken, mitzuteilen und zu warnen, werden sie nicht mehr gebraucht, als Zeitansage schon gar nicht, da jedermann seine Armbanduhr, sein Handy oder ein Smartphone mit sich führt. Ähnlich wie die Kirchen selbst, deren tönende Botschafter sie einmal waren, sind die Glocken Opfer des Fortschritts geworden.

Der Ruf des Muezzin, der die Gläubigen zum Gebet auffordert, aber nicht. Ihn zuzulassen, ja zu fördern, gilt umgekehrt sogar als fortschrittlich, zumindest in Köln. Im Unterschied zum Glockengeläut, das dies und das bedeuten konnte, enthält der Gebetsruf ein Programm: das Bekenntnis, daß es nur einen Gott gibt, nämlich Allah, und daß Mohammed sein einziger Prophet sei – eine Ansage, die von den Gläubigen dann mit dem Ruf „Allahu Akbar“ beantwortet wird, jener Floskel, die strenggläubige Muslime auch dann im Munde führen, wenn sie zum Messer greifen, um Ungläubigen die Kehle abzuschneiden. Genauso, wie es der Koran, die Heilige Schrift, von ihnen verlangt.

Im Unterschied zum Glockengeläut enthält der Muezzinruf das Bekenntnis, daß es nur einen Gott gibt, nämlich Allah.

Ähnlich wie Judentum und Christentum nennt sich der Islam eine Schriftreligion. Was es damit auf sich hat, läßt sich der Erzählung des Kirchenvaters Augustin entnehmen, der einer Kinderstimme folgte, die ihm „Tolle, lege“ – Nimm und lies! – zugerufen hatte. Er nahm und las, die Bibel allerdings, nicht den Koran. Hätte er zum Koran gegriffen, hätte er vor allem eines gefunden: den ständig wiederholten Befehl zu strikter, unbedingter Folgsamkeit. Allah läßt keine Bedenken und kein Zögern gelten, kennt keine Einwände und keinen Widerspruch, auch da nicht, wo er verlangt, den Ungläubigen die Haut vom Leib zu ziehen. Wer dennoch aufmuckt, muß damit rechnen, niedergestochen zu werden, so wie es Salman Rushdie, dem Autor der „Satanischen Verse“, jüngst widerfahren ist. Warum eine Religion, die auf Befehl und Gehorsam setzt und auf sonst nichts, in Deutschland, ausgerechnet in Deutschland als Bereicherung betrachtet werden soll, hat bislang noch niemand erklären können.

Die christlich genannten Kirchen können das auch nicht, wollen es ja nicht einmal. Man solle

die Kirche im Dorf und die Moschee in der Stadt lassen, meinte ihr zuständiger Vertreter in jener Stadt, die früher einmal „das hille Köllen“ hieß. Wobei er freilich übersah, daß die Kirche auch am Sonntag leer ist, während die Moschee nicht nur am Freitag voll ist. Revolutionäre wie Cromwell oder Napoleon hatten die damals schon leeren Kirchen gern als Pferdeställe benutzt, heute dienen sie, sofern sie groß und alt und prächtig genug aussehen, als Touristen-Attraktionen. Und machen damit wahr, was der Pfarrerssohn Nietzsche vorausgesagt hatte, als er die Kirchen Mausoleen Gottes nannte.

Um ihr Mißgeschick zu erklären, hat sich unter den Kirchenführern das Wort Säkularisation eingebürgert. Was ihnen aber nicht viel hilft, da sie am allgegenwärtigen Weltentzauberungsprozeß ja nicht nur als Opfer, sondern auch als Täter kräftig beteiligt sind. Sie verwechseln staatstragendes mit regierungsfremdem Verhalten und bevölkern gemeinsam mit den Lobbyisten des öffentlichen Lebens, mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern, Selbständigen und Unselbständigen die Ethik- und die Rundfunkräte, besonders gern in führender Position. Für die ihnen zugeordnete Aufgabe: den Menschen beizustehen in den Wechselfällen des Lebens, bleibt da nur wenig Zeit. Auf die naive, aber unausweichliche Frage, die immer dann laut wird, wenn sich etwas Unfaßbares ereignet hat, auf die Frage nach dem Warum wissen auch sie keine Antwort, weshalb der psychologisch geschulte Betreuer den Priester längst ersetzt hat.

„Vivos voco, mortuos plango“ – Ich rufe die Lebenden, ich betraure die Toten – hatte Schiller als Motto seinem Lebenslied auf die Glocke vorgeschrieben. Dann aber, an dritter Stelle, läßt er das stolze „Fulgura frango“ folgen – Ich zerbreche die Blitze. Das war der Glaube, der Berge versetzt, von dem die Kirche in ihrer heutigen Gestalt aber nur noch träumen kann. Sie hat sich in einen Verwaltungsapparat verwandelt, der oben ausbaut, was er unten, an der Basis, in den Gemeinden einspart. Als auf der Glocke von Herxheim, einem pfälzischen Dorf, ein Hakenkreuz entdeckt worden war, wurde sie umgehend still gestellt, zum Schweigen gebracht. Daß ihr Klang eine Botschaft verbreiten könnte, die unabhängig ist von dem, was ihr die Machthaber aufgeprägt hatten, dieser Gedanke lag der Kirche fern. Sie traut sich nichts mehr zu, die Menschen deshalb auch nicht.

## Zerfallsprozeß eines Gemeinwesens

Attacken auf Kunstwerke: Selbstproduzierte Widersprüche überfordern die Klima-Extremisten der „Letzten Generation“

THORSTEN HINZ

Es liegt in der Natur der Sache, daß die sogenannten Klima-Aktivistinnen der „Letzten Generation“ sich nicht mehr damit begnügen, Bilderrahmen zu beschädigen. Die Zeit ist schnelllebig, die Halbwertszeit der Überraschungseffekte wird immer kürzer, die Aktionen brauchen eine Steigerung. Die Aggression richtet sich daher zunehmend direkt gegen die Gemälde. In Florenz traf es einen Botticelli, in London van Goghs „Sonnenblumen“, in Potsdam ein Bild von Claude Monet, in Den Haag Vermeers „Mädchen mit dem Perlenohrering“. Zum Einsatz kamen Kartoffelbrei, Tomatensuppe und Sekundenkleber. Vergangenen Sonntag wurde in der Alten Nationalgalerie in Berlin das Gemälde „Clown“ von Henri de Toulouse-Lautrec und die Wandbespannung mit einer Flüssigkeit beworfen.

Der Sachschaden ist stets beträchtlich, aber wenigstens sind die bisher attackierten Gemälde durch Plexiglas geschützt gewesen. Allerdings ist nicht jedes Museumsbild verglast. Und ob mit oder ohne Glas – der nächste innerhalb der Eskalationslogik denkbare Schritt wäre die Zerstörung der Leinwände. Die Museumsschätze sind nur sicher, solange die Menschen ihnen Respekt zollen und ihre Unantastbarkeit garantieren.

Zu den Akteuren zählen Apokalyptiker, Idealisten, Karrieristen, Spinner, Fanatiker und Leute, die verpfuschten Biographien einen höheren Sinn geben wollen. Alle schwimmen auf der Panikwelle, erzeugt von einem Psychokrieg, der sich abwechselnd die Klimaerwärmung und die Covid-Saison als Thema wählt.

Der propagandistische Dauerbeschuß führt zu irrationalen Reaktionen. „Wenn Menschen in Bolivien nicht mehr am Klimawandel sterben müssen, dann schieße ich dafür auf jedes einzelne Bild in einem deutschen Museum.“ Das sagte kein 16-jähriger Halbstarker, sondern ein dreimal so alter Doktor der Politikwissenschaft, der bis 2021 als Referent für Klimagerechtigkeit und internationale Politik bei einer Parteistiftung beschäftigt war, deren Finanzierung aus Steuergeld übriggelassen außer Frage steht.

Eine an keine Norm gebundene Kampftruppe

Die Reaktionen aus Politik und Medien auf die Übergriffe fallen lau aus. Die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth meinte, „Attacken auf Kunstwerke (sind) aus meiner Sicht keinesfalls Aktionsformen, die hier etwas bewirken, ganz im Gegenteil“. Falls sie aber – aus der Sicht von Frau Roth – „etwas bewirken“ würden, wären sie dann gerechtfertigt? Im rot-rot-grün regierten Berlin sperrte die Polizei für die

Autobahn-Blockierer der „Letzten Generation“ sogar eine Straße ab, um „für die Autofahrer (zu) signalisieren, daß hier ein Polizeieinsatz stattfindet“. Der Staat identifizierte sich also mit der Aktion.

Es ist daher keine Anarchie, die hier stattfindet, sondern eine geduldete und kontrollierte Außergesetzlichkeit. Daß der Staat auch anders kann, zeigt sich im brutalen Vorgehen gegen Demonstranten, die gegen die Corona-Willkür protestieren. Die „Letzte Generation“ hingegen wird als nützlich erachtet. Ihre Aktionen unterstützen die vernunftwidrige „Energiewende“ und absorbieren zugleich Protestenergie, die sich andernfalls gegen die EZB-Politik, den unterlassenen Grenzschutz oder gegen die Rußland-Sanktionen richten könnten. Die Kräfte, die den Staat in Besitz genommen haben, dulden eine an keine Norm gebundene Kampftruppe, die ihrerseits rechtstreue Mitbürger terrorisiert. So ein Fall tritt gewöhnlich ein, wenn ein Gemeinwesen sich im Zerfall befindet oder ein mehrheitlich abgelehnter Ausnahmezustand als neue Realität etabliert werden soll.

Alternative Energien beenden die Landschaftszerstörung nicht

Die Attacken auf die Werke der europäischen Malerei knüpfen – sei es bewußt oder unbewußt – an den Ikonoklasmos, den Denkmal-Sturm im Zuge der „Black Lives Matter“-Bewegung an. Sie richten sich gegen eine „weiße“ Kunst, darüber hinaus aber auch auf die Kunst als Prinzip.

Die Kunstrealität ermöglicht dem Betrachter eine Weise der Wirklichkeitserfahrung, die über die reale Wirklichkeit hinausgeht. Sie schafft ihm eine Distanz, aus der er die Welt und sein Selbst anders und besser verstehen lernt. Darin ist der „Letzten Generation“ ja zuzustimmen, daß es mit der Verschmutzung und Vernichtung der Natur nicht weitergehen kann. Die Landschaftsbilder von Monet oder van Gogh mahnen den reflektierenden Betrachter jedoch auch, daß der Einsatz alternativer Energien die Landschaftszerstörung überhaupt nicht beendet. Um Platz für Windräder zu schaffen, werden uralte Wälder abgeholzt, wird die Natur weiter verplant, parzelliert, durchrationalisiert. Die Windparks vor den Küsten beschränken den Horizont und nehmen dem Betrachter das Gefühl der Grenzenlosigkeit. Max Webers „stahlhartes Gehäuse“, das der Kapitalismus um die Menschen legt, wird noch ein bißchen undurchdringlicher. Weil die selbstproduzierten Widersprüche sie überfordern und sie nicht mit ihnen konfrontiert werden wollen, empfinden die sogenannten Klimaretter die Kunst folgerichtig als feindlich.

Lange Zeit war es stillschweigender Konsens, daß große Kunstwerke einer höheren Ordnung angehören. Wer keinen Zugang zu ihnen fand, der schwieg eben. In der Massendemokratie darf jeder sich zuständig fühlen. Vor 90 Jahren konstatierte der Philosoph und Psychiater Karl Jaspers, daß das Massenzeitalter in der Gefahr eines „existentiellen Plebejertums“ stehe. „Die Instinkte des Massenmenschen vereinigen sich, wie schon öfters, gefährlicher als je, mit religionskirchlichen und politisch absolutistischen Instinkten, um die universale Nivellierung in der Massenordnung mit einer Weihe zu versehen.“ Ist dieser Prozeß erst vollendet, kann es nur noch darum gehen, die Kunstwerke vor den Nivellierungsinstruktionen zu retten.



Klima-Chaoten beschädigen im Potsdamer Museum Barberini ein Gemälde von Claude Monet

Folge niedriger Qualitätsstandards auf der Documenta

## Agitprop statt Kunst

Kulturliberales Programm zum Verlust der Mitte

## Politik gegen die Mehrheit

Mit „Mehr Europa, Klimaschutz, Migrationsfreundlichkeit und LGBTQ“ würde die Sozialdemokratie des Olaf Scholz die Herausforderungen dieses Jahrzehnts nicht bestehen können. Das ist keine allzu gewagte Prognose, doch fand die Redaktion des SPD-Theorieorgans *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (10/2022) offenbar keinen einheimischen Genossen, der die Empfehlung gewagt hätte, sich von diesen heiligen Kühen der „modernisierten“ Partei zu verabschieden. So mußte denn der niederländische Historiker, Sozialdemokrat und Regierungsberater René Cuperus in die Bütt, um von den deutschen Parteifreunden mehr Realitätsinn zu verlangen. Statt das „moderate Rheinische Modell des egalitären Wohlfahrtsstaats und der sozialen Marktwirtschaft“ zu verteidigen, für Cuperus die „Magie Europas“, ein von christ- und sozialdemokratischen Volksparteien geschaffenes

„Paradies“, aus globaler Perspektive betrachtet, treibe die SPD mit ihrer Politik für Randgruppen ihre Stammwähler rechten und linken „Populisten“ in die Arme. Mit einem derart „kulturliberalen Programm“ werde die SPD „die Mehrheit der Leute“ verlieren, endgültig zur „Akademikerpartei“ schrumpfen und nie wieder die Mitte besetzen können. Damit vollziehe sich für die „Soziale Demokratie“ nun auch in der deutschen Industriegesellschaft ein Verfallsprozeß, den europäische Schwesterparteien der SPD schon hinter sich und linksdrehende deutsche Christdemokraten vor sich haben. Das Resultat, „mein Alpträum“, zeichne sich gegenwärtig in den USA und Frankreich deutlich ab: „Fragmentierte, völlig polarisierte Gesellschaften ohne politische Mitte“. (dg)

► www.frankfurter-hefte.de

Für Cristina Nord, die seit 2019 das Berlinale Forum leitet, hat der „Antisemitismus-Skandal“ auf der diesjährigen Documenta eine wesentliche Schwäche dieser Kunstschau verdeckelt: den Mangel an Komplexität. Vor zwanzig Jahren sei man hier schon weiter gewesen. Damals stellte der Kurator Okwui Enwezor mit größter Selbstverständlichkeit an alle eingeladenen Künstler, gleich ob sie aus Ländern des globalen Nordens oder Südens kamen, den Anspruch, „komplex zu arbeiten“. Von solchen ehrgeizigen Ambitionen hätten Enwezors Nachfolger sich nach und nach verabschiedet, bis dann 2022 mit Konsequenz die plumpe, anti-israelische und antisemitische Schwarzweißmalerei der Agitprop-Kunst des indonesischen Kollektivs Taring Padi in der Kasseler Ausstellung gezeigt werden durfte. Kritiker hätten daher zu Recht vorgebracht, daß sowohl die Juden verletzenden als auch die bäuerlich-vormo-

derne, heterosexuelle Lebensweisen verklärenden Szenen des Wimmelbildes „People's Justice“ vom „Zusammenbruch der analytischen Kategorien“ zeugten. Dazu käme es zuverlässig immer dann, wenn Problemlagen so komplex werden, daß man die begriffliche Arbeit weitgereinigt und stattdessen nach künstlerisch „einfachen Lösungen und Darstellungsformen“ suche. Da nach der, wie Nord findet, „rassistisch eingefärbten“ medialen Skandalisierung des Taring Padi-Beitrags antisemitische Motive auch bei anderen Ausstellungsobjekten identifiziert wurden, dürfte die „schöne Idee“ dieser Documenta, in den globalen Süden weisende Bilder einer Zukunft jenseits wissenschaftlich-technischer Vernunft zu vermitteln, dauerhaft diskreditiert sein (*Merkur*, 10/2022). (wm)

► www.merkur-zeitschrift.de

Bischof fordert Zerstörung  
des „Judensau“-Reliefs

HANNOVER. Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister (60) hat sich für die Entfernung und Zerstörung der aus dem Mittelalter stammenden „Judensau“-Plastik an der Fassade der evangelischen Stadtkirche Wittenberg ausgesprochen. „Man sollte sie nicht nur entfernen, sondern radikal vernichten, zerstören und kaputt machen“, sagte Meister am Sonntagabend in der Marktkirche in Hannover. Er reagierte damit auf den Vorschlag des Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein, derartige Skulpturen ins Museum zu stellen. Beide diskutierten am Vorabend des Reformationstages bei der Veranstaltung „Was gesagt werden muß. Judentum und Reformation.“ Zuvor hatte der Wittenberger Gemeindefürsorgeleiter in der vorigen Woche nach jahrelangem Streit beschlossen, daß die judenfeindliche Schmähplastik an Martin Luthers Predigtkirche nicht entfernt werden, sondern als Mahnstätte und Lernort erhalten bleiben soll. „Als wenn wir sonst nicht genug Lernorte hätten“, kommentierte Bischof Meister diese Entscheidung. Bereits Mitte Juni hatte der Bundesgerichtshof (VI ZR 172/20) entschieden, daß das Sandsteinrelief bleiben darf (JF 26/22). (tha)

Claudia Roth will Bibelzitat  
auf Schloß überblenden

BERLIN. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) hat von ersten Plänen berichtet, mit denen sie gegen die christliche Inschrift auf der Kuppel des Berliner Stadtschlosses vorgehen will. Derzeit werde geprüft, ob sich das Bibelzitat mit „alternativen, kommentierenden und reflektierenden Texten“ temporär überblenden lasse, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag. Das Vorhaben sei „Teil der programmatischen Bemühungen zur Auseinandersetzung mit der Symbolik von Kuppel, Kreuz und Inschrift“, wird in dem Schreiben ausgeführt. Die Regierung plädiert dafür, Elemente der Rekonstruktion des Berliner Schlosses zu „kontextualisieren“. Derzeit werde über einen Text auf einer Informationsafel abgestimmt, der über den historischen Hintergrund der Entstehung der Kuppel und „die Haltung der Akteure des Humboldt-Forums“ Aufschluß geben soll. Anstoß der Diskussion sind die christliche Inschrift unterhalb der Kuppel sowie das Kreuz auf deren Spitze. Kritiker, darunter Kulturstaatsministerin Roth, stoßen sich an dem Bibelzitat: „Es ist in keinem anderen Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Daß in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind.“ Die Bundesstiftung des Humboldt-Forums hatte sich im Oktober 2021 von dem Bibeltext distanziert. (zit)

## Sprachpranger

## Beyond Gender Advice GmbH

Von der Düsseldorfer Unternehmerin Victoria Wagner gegründete Kommunikationsfirma, mit der „Kund:innen während ihrer individuellen Diversitätstransformation als Ideengeberin, Strategieberaterin und Kommunikatorin“ begleitet werden

## Im Widerlager des Imaginären

## Noch eine Krise: Vom Niedergang literarischer Bildung im digitalen Zeitalter

DIRK GLASER

Ist erst das Reich der Vorstellung revolutioniert, so hält die Wirklichkeit nicht aus. Ein tiefes Wort Hegels. Beginnen doch alle kleinen und erst recht alle „Großen Transformationen“ der Weltgeschichte tatsächlich zuerst in den Köpfen der Menschen. Jede Zeitenwende setzt daher eine Bewußtseinswende voraus. Etwa eine von der Art, die Europas Bildungsplaner und Hochschulpolitiker Ende der 1990er einleiteten, als sie fast gleichzeitig beschlossen, die nationalen Schulsysteme des Kontinents zu vereinheitlichen (PISA) und den „Bologna-Prozess“ in Gang zu setzen, eine transnationale Hochschulreform, die die akademische Ausbildung „harmonisieren“ sollte, indem sie das Gros der Studiengänge auf die Bedürfnisse globalisierter Arbeitsmärkte ausrichtete.

Die Folgen der damit initiierten, seit zwanzig Jahren sich vollziehenden Umwälzung des Reiches überkommener Vorstellungen, Traditionen und Werthaltungen laufen auf nicht weniger als den Kulturbruch eines „Abbaus des Menschlichen“ (Konrad Lorenz) hinaus, wie ihn der Osnabrücker Literaturdidaktiker Christian Dawidowski am Beispiel der Germanistik in seinem zwar knappen, aber zeitdiagnostisch scharfsinnigen Rückblick auf die jüngste Entwicklung eines Faches illustriert, dessen Bedeutung unter dem Druck von PISA und Bologna fortwährend geschrumpft ist.

## Zweckfreie Lektüre aus Neugier ist aus der Mode gekommen

Dem angloamerikanischen Herkunftskontext gemäß haben, wie nicht wenige Kritiker behaupten, PISA und Bologna das Ziel, Bildung zugunsten sehr spezieller „Kompetenzen“ abzuschaffen, die zur ökonomisch nützlichen Lösung eng begrenzter „Probleme“ qualifizieren. Für den Deutschunterricht in der Schule wie für das Lehramtsstudium hat das eine tiefgreifende Konsequenz. „Literarische Bildung“, seit Wilhelm von Humboldts neuhumanistischer Schul- und Universitätsreform über alle historischen Umbrüche hinweg seit 200 Jahren ein Medium der Persönlichkeitserziehung, ist nach Dawidowskis empirisch unterfüttertem Urteil heute weitgehend ersetzt durch anspruchlose, nicht zuletzt an die Schülerschaft mit „Migrationshintergrund“ adressierte „Lesetechniken“, die Lektüre auf die „Entnahme jener Informationen“ reduzieren, „die den Anschluß an das reibungslose Funktionieren des kapitalistischen Systems“ ermöglichen.

Für dieses „informativische Lesen“ genügt die sprunghafte Durchsicht von Texten, die für den Rezipienten ausschließlich einen Gebrauchswert haben. Ein „vertieftes, existentielles, bildendes Lesen“, das dem Humboldtschen Ideal der literarisch gestützten Charaktererziehung, der weite Wissenshorizonte eröffnenden Ausbildung autonomer, aber gemeinschaftstauglicher Individualität gemäß wäre, ist hingegen im Deutschunterricht der Berliner Republik nicht weiter vorgesehen. Die Lektüre umfangreicher Texte aus dem Kanon von Walther von der Vogelweide bis Thomas Mann ist somit nicht erforderlich. Auch Goethes „Faust“ ist daher seit einiger Zeit verzichtbar. Zuletzt lautete diesem Stück deutscher Weltliteratur das Münchner Kultusministerium das Totenglöckchen: Vom Schuljahr 2024/25 an ist es nicht mehr „Pflichtlektüre“ an bayerischen Gymnasien.

Es ist kaum verwunderlich, wenn Dawidowski in diesem Kontext mit Zahlen belegen kann, daß „zweckfreie Lektüre“, Lesen aus Freude und Neugier, aus purer Lust, die Welt vom „Widerlager des Imaginären“ (Robert Musil) aus zu verstehen, inzwischen aus der Mode gekommen ist, da bei



**Büchergipfel:** Bei Schülern und Lehramtsstudenten überwiegt das „pflichtbasierte Lesen“, um einen Abschluß zu erlangen

der erdrückenden Mehrzahl der Schüler und Lehramtsstudenten „pflichtbasiertes“ Lesen überwiegt. Es ist für sie ein Mittel zur Erreichung formaler „Abschlüsse“, die das Tor zum erwünschten Sozialstatus öffnen sollen. Umfragen zu solchen Bildungseinstellungen liefern darum überraschungsfreie Resultate. 60 Prozent der Schüler gelten als „pragmatisch leistungsorientiert“. Soll heißen, sie tun nur das Nötigste, um das zu erreichen, was verlangt wird. Der hohe Elterndruck steht dahinter, Lesen spielt in ihrem Leben sonst keine Rolle, es gibt kein persönliches Interesse weder an Deutsch noch an anderen Schulfächern. Lediglich eine innerlich motivierte Minderheit von zwölf Prozent,



**Christian Dawidowski:** Literarische Bildung, Reclam Verlag, Dillingen 2022, broschüriert, 133 Seiten, 6,80 Euro

darunter stärker vertreten „Mädchen mit Migrationshintergrund“, stuft eine Studie als „bildungsbegeisterter“ ein.

Bei den in diesem System erzogenen Lehramtsstudenten steht es um die Motivation natürlich nicht besser. Auch darum, so argumentiert der Literaturwissenschaftler Markus Steinmayr (Duisburg-Essen), bewege sich das germanistische Studium immer weiter weg von fachwissenschaftlicher Grundlagenausbildung, um stattdessen „politischen und medialen Trends“ zu huldigen, die dort „fröhlich Urständig feiern: Postcolonial und Gender Studies“. Ein Fachstudium der deutschen Sprache und Literatur sei für die jetzige Studentengeneration künftiger Deutschlehrer offenbar „nicht mehr so attraktiv, weil es nicht auf die Marktängigkeit der Absolventen zielt“ (FAZ vom 31. August 2022). Bildung ist darum, wie eine Allensbacher Studie schon 2011 ermittelte, auch für die meisten Eltern primär etwas, was „bessere berufliche Chancen“ und „Aufstiegsmöglichkeiten“ verspricht. Nur ein Siebtel der Befragten hielt Kenntnisse der deutschen Literatur, der Philosophie und Religion für einen „unbedingten Teil“ von Bildung, während 42 bis 60 Prozent (je nach sozialer Schichtung) darunter „arbeitsmarktaugliche Computerkenntnis“ verstand.

## Digitale Systeme ersetzen einen Großteil geschriebener Sprache

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche, nach dem prähistorischen Übergang von der Oral- zur Schriftkultur und nach deren Ablösung durch den Buchdruck im 16. Jahrhundert, „der größte medienbezogene Umbruch der Menschheitsgeschichte“, kommt dem „informativischen Lesen“ weit entgegen. Mittelfristig scheint die alte Kulturtechnik des Lesens für Dawidowski sogar überflüssig zu werden, weil bald niemand mehr Gedrucktes vor Augen hat. Den Großteil der geschriebenen Sprache dürften digitale Systeme ersetzen, Sprach- und Vorleseassistenten, Grafiken, Instruktionsvideos und Icons. Zum Recherchieren zumindest nicht allzu komplexer Sachverhalte würde dann überhaupt keine Schrift mehr benötigt. Die Jugend habe heute schon den größten Teil ihres Alltags ins Netz ausgelagert und die von ihr genutzten Medien, das Smartphone als dritte Hand, die tief im Ohr versenkten Kopfhörer, gleichen Körperteilen.

Der durchschnittliche Hochschulabsolvent verbringt heute weniger als 5.000 Stunden mit Lesen, dafür 10.000 Stunden mit Videospielen, 20.000 Stunden vor dem Fernseher. Die Zeiten, als die Mahnung von Professoren noch Gehör fand, ein Tag ohne Lektüre sei für den Studenten der Germanistik ein verlorener Tag, liegen Lichtjahre zurück.

Eine so massive Mediensozialisation verändere, wie Neurophysiologen nachgewiesen haben, nachhaltig unsere Gehirnstrukturen. Dawidowski verzichtet hier auf das Schlagwort von der „digitalen Demenz“ (Manfred Spitzer), beruft sich aber auf die 2019 veröffentlichte „Stavanger-Erklärung“ von 150 Leseforschern, die den Zusammenhang zwischen schlechten Schulleistungen, schwindender Lesefähigkeit und hohem Medienkonsum belegt. Ein solcher „politisch gesteuerter Wandel des Bildungssystems“ bedroht für ihn die Demokratie. Was er freilich nur andeutet, wenn er die von PISA und Bologna verursachte „Lesekrise“ in Beziehung setzt zur eskalierenden Krise der Realitätswahrnehmung und den dadurch induzierten Verfall politischer Urteilskraft – in breiten Bevölkerungsschichten, wie gerade die Niedersachsen-Wahl bewiesen hat, ebenso wie bei den „Eliten“ der grandiosen Energiewende.

Doch der mitunter so kulturpessimistisch klingende Autor endet versöhnlich: Eine hochgradig differenzierte Leistungsgesellschaft benötige nun einmal ein Schulsystem, das „Persönlichkeitsbildung“ nicht fördert. Denn weder bei der Lektüre von Goethes „Faust“ noch bei der Interpretation von Paul Celans „Todesfuge“ würden „Kompetenzen“ entwickelt, die in irgendeiner Weise Nützlichkeit in einer technifizierten Massengesellschaft beanspruchen könnten.

## Dorn im Auge



Von Christian Dorn

An der Schönhäuser Allee klebt eine junge – laut ihrem Flyer „feministische“ – Frau, absurderweise gerüstet mit Corona-Maske, ihre Werbung als Beziehungs- und Sexualberaterin an die Fußgängerampel. Da nur ihr geheimnisvolles Augenspiel zu sehen ist, drehe ich mich, nachdem ich den Zettel überfliegen habe, noch einmal in die Richtung um, in die sie entschwunden ist – und sehe, wie sie mich tatsächlich hinter einem Mauervorsprung neugierig mit ihrem Blick fixiert. Eine Szene, wie aus einem Musikvideo der 1980er Jahre. Ich löse mich dennoch, da ich ohnehin lernen muß, mehr „loszulassen“, und laufe über die Kreuzung, wo mir ein junges Paar entgegenkommt. Der Mann zu seiner Begleiterin, augenscheinlich noch erfüllt von der Erscheinung, berichtet außer Atem: „Ich bin eben gerade dem Chef des Zentrums für Politische Schönheit begegnet.“

Dialogfetzen des jungen Paares – sie: „You are racist!“  
Er beschwichtigend:  
„I know, I am.“

Kunst kommt natürlich von Können. Als ich später durch die Senefelder Straße schlendere, kann ich mir vorstellen, wie einfach eine mediale Kunst-Installation herzustellen wäre, würden einfach alle an einer bestimmten Stelle geäußerten Dialogfetzen der Passanten hintereinander geschnitten, etwa die des jungen Paares – sie: „You are racist!“ Er beschwichtigend: „I know, I am.“ Doch es ist nur eine Momentaufnahme. Tatsächlich ängstigt mich die Wirklichkeit. Mit jedem Schritt, den ich vor die Tür setze, beschleicht mich immer mehr das Gefühl eines heraufziehenden Totalitarismus, wofür vor allem die freiwilligen Maskenträger in der Öffentlichkeit sorgen. Obwohl, in Teilen Asiens wäre das gar nicht so anormal. Dementsprechend erschiene die Maskenpflicht in Deutschland eigentlich als ein Akt kultureller Aneignung. Zweifellos gilt dieses Verdikt für den – diesmal pink gefärbten – Irokesen-Schnitt von Sascha Lobo, den ich am Sonntagmorgen vor dem Café um die Ecke sitzen sehe. Offenbar ist er auf der (Gender-)Hut, der neuen Form von Geflügelgruß. Schließlich kommt auch Kim de l'horizon nicht ungeschor'n davon. Doch was ist dieser Gratismus schon gegen die Realität einer islamischen Diktatur im Iran, ganz zu schweigen von der unvorstellbaren Brutalität des Krieges in der Ukraine?

Der polnische Handwerker, der mir bereits im Februar den Krieg in der Ukraine exakt zwei Wochen zuvor prophezeit hatte, ist sich auch diesmal sicher: Putin sei so krank im Kopf, wie er mir gegenüber gestikuliert, daß der mindestens die „schmutzige“, wenn nicht gar die Atombombe werfen werde. Tatsächlich spielt der Krieg vor der Haustür. Aufklärung verspricht das Ukrainische Filmfestival (www.uffberlin.de), das unter der Losung „Defeating the darkness“ steht. Im seit Jahren geschlossenen Kino Colosseum laufen die Streifen „Butterfly Vision“ (von Maksym Nakonechnyi) und „Klondike“ (von Maryna Er Gorbach), die wie eine Metapher wirken angesichts der annoncierten Neugeburt einer Nation. Ihre Protagonistinnen sind ebenso starke wie eigensinnige Frauen, die wahre Kriegskinder auf die Welt bringen, etwa die Drohnenpilotin aus „Butterfly Vision“, die in der Gefangenschaft vergewaltigt und geschwängert worden war. Trost-Los.

## Zeitschriftenkritik: G/Geschichte

## Reconquista, Kubakrise, Geiseldrama

WERNER OLLES

Kampf um Spanien“ lautet das Schwerpunktthema der aktuellen Ausgabe der Monatszeitschrift *G/Geschichte* (November 2022). In nur wenigen Jahren eroberten die Mauren, ein Völkergemisch aus Arabern und Berbern, fast die gesamte Iberische Halbinsel. Nur in Asturien leisteten die Christen heftigen Widerstand. Zum Schutzpatron des Kampfes gegen die Mohammedaner avanciert der Apostel Jakobus, der bis heute als „Matamoros“, als Maurentöter verehrt wird. In der zweiten Invasion eroberten die fundamentalistischen Almoraviden Andalusien und schlugen 1086 das Heer von König Alfons VI. Die von 718 bis 1492 dauernde Reconquista brachte jedoch auch Helden und große Heerführer hervor wie Don Rodrigo de Vivar, der als El Cid in die spanische Nationalgeschichte einging. 1065 von König Sancho zum Bannerträger des Reiches erhoben, triumphierte er schließlich vor den Toren Valencias, das nach einjähriger Belagerung kapitulierte. Das Ende des

islamischen Spaniens und der Reconquista kommt 1492 mit der Eroberung Granadas durch Isabella von Kastilien und Ferdinand von Aragon.

In einem weiteren Beitrag ruft das Heft die Kubakrise ins Gedächtnis ihrer Leser. Im Oktober 1962 drohte ein Atomkrieg zwischen den USA und der UdSSR. US-Präsident Kennedy und der sowjetische Parteichef Chruschtschow streiten über atomare Mittelstreckenraketen auf Kuba. Auf dem Höhepunkt des Konflikts befiehlt Kennedy am 23. Oktober 1962, Waffenlieferungen an Kuba durch eine Seeblockade zu unterbinden. Nach der gescheiterten Invasion Kubas durch von der CIA ausgerüstete Exil-Kubaner, entschieden die Sowjets, fast 50.000 Soldaten und 36 atomar bestückte Raketen mit einer Reichweite von 2.000 Kilometern nach Kuba zu verschiffen. Während Kubas Revolutionsführer Castro den atomaren Erstschlag gegen die USA fordert und Kennedys Militärberater empfehlen, Kuba zu bombardieren, gelingt es letztlich den mächtigsten Männern der Welt, in zähen Verhandlungen einen Kompromiß zu finden, der einen Nuklearkrieg verhindert.

An das Geiseldrama von Gladbeck im Jahr 1988 erinnert ein weiterer Magazinbeitrag. Nach einem mißglückten Bankraub nehmen die zwei Verbrecher zwei junge Frauen als Geiseln. Umringt von Schaulustigen und Sensationsreportern beginnt eine dreitägige Fluchtfahrt, die für eine Geisel tödlich endet, als ein Sondereinsatzkommando auf einer Autobahn zuschlägt. Das Geiseldrama war nicht nur ein Musterbeispiel für eine überforderte Polizeiführung, die sich auf endlose Verhandlungen einließ, anstatt Scharfschützen einzusetzen, vor allem aber eine Schande für die Medien, die sogar vor laufenden Kamera Interviews mit den Tätern führten.



**Kontakt:** Roularta Verlag, Böheimstr. 8, 86153 Augsburg. Das Einzelheft kostet 6,70 Euro, ein Jahresabo 104,20 Euro. [www.g-geschichte.de](http://www.g-geschichte.de)



## CD-Kritik: Darkthron – Astral Fortress

## Norwegens Festung

ALEXANDER GRAF

Es ist nicht jeder Band vergönnt, ihren Stil zu verändern und sich dabei doch treu zu bleiben, so daß sie für ihre Fans stets erkennbar bleibt. Den Norwegern von Darkthron ist das gelungen. Begonnen als Death Metal Band, waren die Nordlichter in den 1990ern stilprägend für den klassischen Black Metal. Auch ihre stilistischen Ausflüge in punkige und traditionelle Heavy-Metal-Gefilde vollzogen sie, ohne ihren ureigenen Klang zu verlieren. Mit „Astral Fortress“ liegt nun das 20. Studioalbum vor. Dabei zeigen die beiden Musiker, daß sie sich inzwischen in eigenen Sphären bewegen. Die sieben Stücke bieten stets rauhen, schnörkellosen, bisweilen rumpeligen Metal. Das ist ausdrücklich als Kompliment gemeint. Mit orthodoxem Black Metal hat das allerdings nicht mehr ganz so viel zu tun.

Auch zunächst ungewöhnliche, psychedelische Passagen und Klargesang wie in „The

Sea Beneath the Seas of the Sea“ stören nicht, sondern verleihen den Kompositionen, die teilweise zehn Minuten dauern, zusätzliche Tiefe.

Zumeist schleppen sich die Stücke im mittleren Tempo mit sägenden Gitarren dahin, über denen feine, mal melancholische, mal majestätische Melodien thronen. Vor dem geistigen Auge ziehen menschenleere Wald- und Winterlandschaften dahin.

Die beiden kauzigen Nordmänner zeigen, daß sie sich um keinerlei Genrespielregeln mehr scheren. Mal klingen die Stücke nach alten Bathory, mal nach neueren Satyricon; aber zu jeder Zeit nach Darkthron. Hier führt eine Band ihre eigene Legende würdevoll weiter.



**Darkthron**  
Astral Fortress  
Peaceville Records 2022  
[www.peaceville.com/bands/darkthron](http://www.peaceville.com/bands/darkthron)

# Politische Symbole wollen propagiert werden

Zeichenkunde: Warum das Vertrauen in die Kraft der Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold eher gering ausfällt

KARLHEINZ WEISSMANN

Jede kämpferische Bewegung sucht nach einem möglichst einprägsamen, wenn man so will: charismatischen, Symbol. Oft versteht sie ihr Symbol ausdrücklich als Gegen-Symbol, das man zeigt, um seine Bereitschaft zum Widerstand und zur Durchsetzung gegen den Feind auszudrücken. Umgekehrt werden diejenigen Kräfte, die sich im Besitz der Macht befinden und den Status quo verteidigen, Gegen-Symbole möglichst unsichtbar machen oder ausschalten wollen. Hier spielt das Selbstgefühl der Herrschenden eine Rolle, die keine Infragestellung – auch keine symbolische – dulden. Eine Empfindlichkeit, die auch etablierte Demokratien kennen, wenn es um ihre Hoheitszeichen geht. Man nehme als Beispiel das in Dänemark geltende Verbot, andere Nationalflaggen als den Danebrog vor Privathäusern aufzuziehen, oder den erheblichen gesetzlichen Aufwand, mit dem der Flag Code der USA das Sternenbanner nicht nur vor Schändung und Entwürdigung schützt, sondern auch den rituellen Umgang mit „Old Glory“ definiert.

## Teile der Geschichte des „deutschen Dreifarb“ fehlten

Noch deutlicher wird das Gemeinte, wenn es um Symbolverbote geht. Das betrifft im deutschen Fall nicht nur das Hakenkreuz als Chiffre der NS-Ideologie, sondern eine immer länger werdende Liste von teils verwandten, teils ganz anderen Zeichen. Erstausgangspunkt dabei nicht nur eine Rigidität bei der Verfolgung, die man sonst nur aus autoritären Regimen kennt, sondern auch die Annahme einer Suggestionskraft der in Frage stehenden Symbole, denen man offenbar zutraut, eine längst tote Weltanschauung auf magische Weise ins Leben zurückzurufen. Verglichen damit ist das Vertrauen in die Macht der eigenen Symbole eher gering. Was einerseits damit zu tun hat, daß die Politische Klasse der Bundesrepublik mit deren Verächtlichmachung groß geworden ist, andererseits auf die irriale, aber verbreitete Vorstellung zurückgeht, daß es per se „gute“ und per se „böse“ politische Symbole gebe.

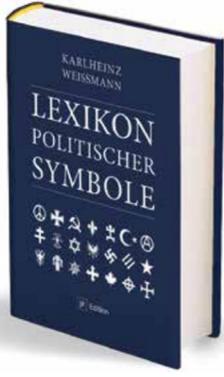
Deutlich wurde das angesichts der Debatte des vergangenen Jahres über ein Verbot der alten Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot. Deren Verwendung durch sogenannte Reichsbürger und eine bunte Schar von Corona-Gegnern hat in etablierten Kreisen für Unmut gesorgt. Allerdings war man zu der Überzeugung gekommen, daß die Unterdrückung allein nicht genügen werde und suchte parallel dazu eine Art politisch-korrekten Patriotismus zu kreieren.

Dessen symbolischer Fokus sollte Schwarz-Rot-Gold sein, und prompt brachte die Bundeszentrale für politische Bildung eine Sonderausgabe des Buches „Flagge zeigen! Warum wir gerade jetzt Schwarz-Rot-Gold brauchen“ von Enrico Brissa in Umlauf.

Bestimmend für das Verfahren Brissas war die didaktische Reduktion. Dazu blendete der Protokollchef des Deutschen Bundestages Teile der Geschichte von Schwarz-Rot-Gold aus und verzeichnete andere so, daß der Leser unmöglich einen sachgerechten Eindruck der Entwicklung gewinnen konnte. Man fand also Hinweise auf den Ursprung des „deutschen Dreifarb“ in Befreiungskriegen und Urburschenschaft, die Bedeutung für den Vormärz, das Hambacher Fest und die Revolution von 1848/49. Aber es fehlte schon der Versuch einer Wiederbelebung durch das Haus Habsburg im Vorfeld des Krieges von 1866 und jede Erklärung für das Weiterleben als zentrales Symbol der Großdeutschen, der Liberalen, aber auch der Völkischen am Ende des 19. Jahrhunderts. Lücken, die wohl weniger auf Unkenntnis als auf die Absicht zurückzuführen waren, Irritationen beim Leser zu vermeiden. Weshalb man auch Hinweise auf den Mißbrauch von Schwarz-Rot-Gold durch die Gegner Deutschlands und den organisierten Landesverrat während des Ersten Weltkriegs so vergeblich sucht wie Informationen darüber, daß der entscheidende Grund für die Einführung als Nationalflagge 1919 der – von den Siegermächten verteilte – Anschluß Deutsch-Österreichs war.

Man kann zur Erklärung letztlich darauf hinweisen, daß der Staat wie jede politische Partei die Möglichkeiten der Symbol-Propaganda nutzt. Was aber auch bedeutet, daß die Auskünfte, die von interessierter Seite über den Ursprung, die Genese und die Bedeutung eines Symbols geliefert werden, nicht immer Vertrauen verdienen, eher im Gegenteil. Auch darum erscheint es dringlich, eine verlässliche Basis für die Meinungsbildung in dieser Frage zu erhalten. Das ist häufig schwerer, als man vermuten sollte. Denn fundierte Informationen finden sich verstreut und sind nur schwer in den größeren Zusammenhang einzuordnen. Ein Defizit, das sich vor allem durch das Fehlen spezialisierter Forschung erklärt. Robert Langdon – Professor der Symbolologie an der Universität Harvard – ist nicht nur der einzige Vertreter seines Faches, sondern – was schwerer wiegt – eine fiktive Figur, der Phantasie des US-Thriller-Autors Dan Brown entsprungen. Auch aus diesem Grund hofft der Verfasser, mit seinem „Lexikon politischer Symbole“ eine Lücke zu füllen.

**Karlheinz Weißmann:** Lexikon politischer Symbole. JF-Edition, Berlin 2022, gebunden, 628 Seiten, 59,90 Euro



Oskar Kokoschka, Italienerin (Bildnis Elisabeth Reiter), 1909 (oben); Heinrich Maria Davringhausen, Herrenbildnis, 1922

Paula Modersohn-Becker, Mädchenbildnis mit gespreizter Hand vor der Brust, Öl auf Leinwand, 1905

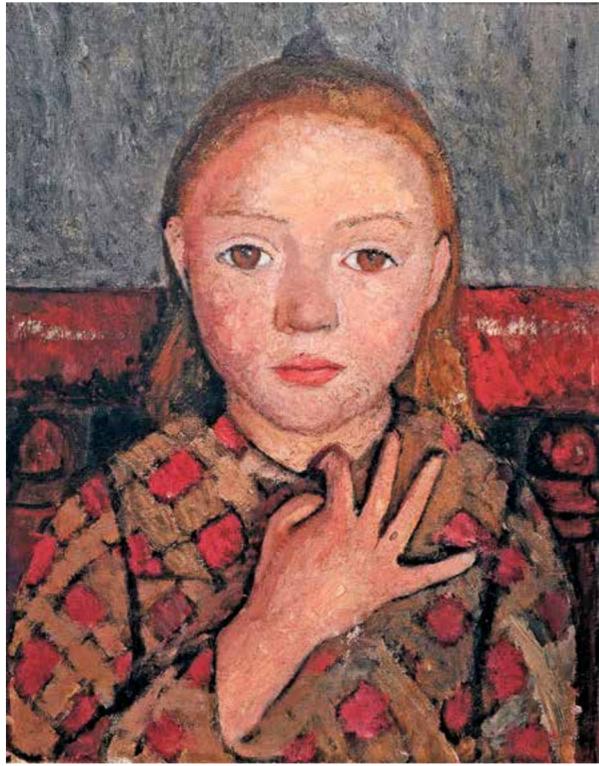


FOTO: AUSSTELLUNG / VON DER HEYDT-MUSEUM WUPPERTAL

# Es fehlt der rote Faden

Kunstaussstellung: In der Schau „Fremde sind wir uns selbst“ wirkt die Zusammenstellung der Exponate arg konstruiert

CLAUS-M. WOLFSCHLAG

Im Jahr 2002 kam eine deutsche Filmkomödie von Peter Thorwarth mit dem Titel „Was nicht paßt, wird passend gemacht“ in die Kinos. Zwanzig Jahre später könnte man diesen auch als Motto für eine Kunstaussstellung im Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum nutzen.

Werke unterschiedlichster Künstler und Epochen werden thematisch verbunden. Das muß keinesfalls uninteressant sein, doch der rote Faden wirkt in Wuppertal arg konstruiert. Offiziell heißt die Schau „Fremde sind wir uns selbst“, und es soll darin erfahrbar gemacht werden, „wie sich gesellschaftliche und soziale Rollenvorstellungen in Bildern vom Menschen einschreiben und wirken“. Das klingt in manchen Ohren angesichts der aktuellen medialen Überfütterung mit ähnlich klingenden Verlautbarungen wie ein vorsichtiger Bezug auf die Gender-Ideologie. Und die stark präsenten fotografischen Selbstbildnisse der Südafrikanerin Zanele Muholi werfen zudem Fragen nach Rücksichtnahmen auf den postkolonialen Diskurs auf. So spielten ihre Selbstbildnisse „auf subtile Weise mit geschlechtsspezifischen Konventionen und zielen (...) auf die Auflösung repressiver Narrative“.

Der Titel der Schau, so verlaublich die Ausstellung, sei einem Buch Julia Kristevas aus dem Jahr 1990 entliehen. Im selben Maße, in dem wir einander fremd sind und uns gegenseitig beargwöhnen, seien wir auch uns selbst fremd, lautet die These. Die Erkenntnis dieser Weisheit sei der Schlüssel zum Umgang mit dem Anderssein. Nun mag etwas daran sein, indes handelt es sich dabei auch um Schönwetterphilosophie, die Konflikte unterschiedlicher Wertemuster ebenso ignoriert wie das Momentum der Gefahr.

Der durch derlei potentielle Verrenkungen im Sinne des linken Zeitgeistes bereits abgeschreckte Besucher kann allerdings aufatmen. Die Schau ist in Wirklichkeit inhaltlich brav, und man kann in Ruhe die ein oder andere Perle entdecken, wenn man nicht allzuviel Wert auf deutlich erkennbare Zusammenhänge legt.

## Soziale und kulturelle Rollenmuster, Identität und Intimität

Ein Raum widmet sich „Formen der Inszenierung“ und behandelt unsere unterschiedlichen Situationen angepaßten sozialen und kulturellen Rollenmuster. Identität sei also nicht statisch, sondern fließend, wird erklärt. Ein anderer Raum zeigt bewußt Körper ohne Gesichter. In Folgeräumen werden Akte präsentiert, denen das Prädikat „selbstbewußt“ verpaßt wurde, und Blicke der Versunkenheit, die sich nach einem außerhalb des Bildraums befindlichen Ziel ausrichten. Zuletzt geht es um Nähe und den Schutz vor allzu direkter Intimität.

So breit die Thematik, so vielfältig ist die gezeigte Kunst. Neben Fotografie der Gegenwart sieht zahlreiche Ölgemälde vom Anfang des 20. Jahrhunderts ausgestellt. Mit Paula Modersohn-Becker, Wilhelm Lehmbruck, Oskar Kokoschka, Edvard Munch, Adolf Erbslöh und Auguste Herbin sind darunter einige Hochkaräter versammelt.

Die Ausstellung „Fremde sind wir uns selbst. Bildnisse von Paula Modersohn-Becker bis Zanele Muholi“ ist bis 29. Januar 2023 im Wuppertaler Von der Heydt-Museum, Turmhof 8, täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, zu sehen. ▶ <https://von-der-heydt-museum.de/>

## Filmkritik



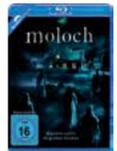
Moloch

# Archaischer Glauben

Von Werner Olles

Nach dem Tod ihres Mannes zieht die junge Witwe Betriek (Sallie Harmssen) mit ihrer kleinen Tochter zu ihren Eltern Roeloff (Fred Goessen) und Elske (Anneke Blok), die in einer abgelegenen Gegend in den Niederlanden am Rande eines Moores und einer Marschlandschaft leben. In der Abgeschiedenheit ihrer alten Heimat will die Musikerin ihr Leben neu ordnen. Doch schon bald wird ein alter, exzentrischer Einwohner, der sich als Hobby-Archäologe betätigt, tot aufgefunden, kurz nachdem er bei seinen Grabungen auf eine mumifizierte Frauenleiche stieß.

Dies ruft eine Gruppe professioneller Archäologen auf den Plan, die unter der Leitung von Jonas (Alexandre Willaume) sehr zum Unwillen der Alteingesessenen ihre Ausgrabungen beginnen. Während Betriek mit Jonas eine Affäre beginnt, taucht ein unheimlicher Mann im Haus ihrer Eltern auf und versucht Elske zu töten, was Roeloff in letzter Sekunde verhindern kann. Doch dann häufen sich seltsame Ereignisse vor Ort, und eine uralte Legende, die mit heidnischen Bräuchen und Kulturen in Zusammenhang steht, scheint wieder aufzuleben ...



**DVD/Blu-ray:** Moloch. Splendid Film/WVG 2022, Laufzeit etwa 99 Minuten

1973 begründete der britische Regisseur und Schauspieler Robin Hardy mit seinem wegweisenden Klassiker „The Wicker Man“ ein neues Subgenre: „Folk-Mystery“ beziehungsweise „Folk-Horror“. 2006 erschien ein völlig mißglücktes Remake von Neil LaBute, und 2011 drehte Hardy eine enttäuschende Fortsetzung seines Originals. In den letzten Jahren erschienen Robert Eggers' „The Witch“ (2016), vor allem aber Ari Astors von der Kritik hochgelobte und mit Auszeichnungen überhäufte Folk-Horrorfilme „Hereditary“ (2018) und „Midsommar“ (2019).

Der niederländische Regisseur Nico van den Brink legte nun in diesem Jahr mit „Moloch“ sein Langfilmdebüt vor, eine Mischung aus Folk-Mystery und Folk-Horror, dessen düstere Atmosphäre um eine fluchbeladene Familie und eine bewußt von der Zivilisation zurückgezogen lebende Dorfbewohner im Prinzip altmodischen Grusel zelebriert. Doch eigentlich geht es in „Moloch“ um uralte Mythen, verborgene Wahrheiten, Legenden, Geheimnisse und Riten und um die Interpretation und Inszenierung eines archaischen Glaubens. An die erwähnten großen Vorbilder reicht der Film zwar nicht ganz heran, verzichtet aber dafür auf vordergründige Schocks und setzt stattdessen auf eher subtilen Schrecken.

## TERMINE

**ALKERSUM**  
Bis 27.11.2022: Insektengedächtnis. Ausstellung im Museum Kunst der Westküste, Hauptstraße 1. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr. Info: 046 81 / 747 40-0, <https://mkdw.de>

der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945-1990“ in der Gedenkstätte, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Do, Di bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42, [www.smb.museum](http://www.smb.museum)

Bis 08.01.2023: Donatello. Erfinder der Renaissance. Ausstellung in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Do, Di bis 20 Uhr. Info: 030 / 266 42 42, [www.smb.museum](http://www.smb.museum)

Bis 09.02.2023: Alltag an Schienen. Fotografien aus der DDR von Burkhard Wolny. Ausstellung im Deutschen Technikmuseum, Trebbiner Straße 9. Täglich außer montags 9 bis 17.30 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 90 25 40, <https://technikmuseum.berlin>

Bis 19.02.2023: Johann Gottfried Schlegel. Die Schmetterlinge. Ausstellung in der Alten Nationalgalerie, Bodestraße 1-3. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 030 / 266 42 42, [www.smb.museum](http://www.smb.museum)

**BERNRIED**  
Bis 13.11.2022: Brücke + Blauer Reiter. Ausstellung mit rund 200 Exponaten im Buchheim-Museum, Am Hirschgarten 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 081 58 / 99 70-0, [www.buchheim-museum.de](http://www.buchheim-museum.de)

**BONN**  
Bis 08.01.2023: Heimat. Eine Suche. Ausstellung im Haus der Geschichte, Museumsmeile, Willy-Brandt-Allee 14. Täglich außer montags 9 bis 19 Uhr, Sa./So. 10 bis 18 Uhr. Info: 02 28 / 91 65-400, [www.hdg.de](http://www.hdg.de)

15.11.2022: Alexander W. Bauersfeld, ehemaliger politischer DDR-Häftling, eröffnet mit einem Vortrag die Ausstellung „Mauer. Gitter. Stacheldraht. Politische Verfolgung in

Helmut-Kohl-Allee 4. Täglich außer montags 10 bis 19 Uhr, Mi, bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 91 71-200, [www.bundeskunsthalle.de](http://www.bundeskunsthalle.de)

Bis 27.06.2023: Aufbruch in die Moderne. Sammlungspräsentation August Macke und die Rheinischen Expressionisten. Ausstellung im Kunstmuseum, Helmut-Kohl-Allee 2. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr; Mi, bis 21 Uhr. Info: 02 28 / 77-6260, [www.kunstmuseum-bonn.de](http://www.kunstmuseum-bonn.de)

**BREMEN**  
Bis 06.11.2022: Manns-Bilder. Der männliche Akt auf Papier. Ausstellung in der Kunsthalle, Am Wall 207. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr; Di, bis 21 Uhr. Info: 04 21 / 329 08-0, [www.kunsthalle-bremen.de](http://www.kunsthalle-bremen.de)

**CHEMNITZ**  
Bis 20.11.2022: Des Pudels Kern. Illustrierende Form in der Kunst. Ausstellung im Museum Gunzenhauser, Falkeplatz. Täglich außer montags 11 bis 18 Uhr, Mi, bis 14 bis 21 Uhr. Info: 0371 / 488 70 24, [www.kunstsammlungen-chemnitz.de](http://www.kunstsammlungen-chemnitz.de)

**DRESDEN**  
Bis 22.01.2023: Der letzte Romantiker. Albert Venus. Ausstellung im Residenzschloß, Taschenberg 2. Täglich außer dienstags 10 bis 18 Uhr. Info: 03 51 / 49 14 20 00, [www.skd.museum](http://www.skd.museum)

Bis 16.04.2023: Reise ins Jenseits. Ägyptische Grabkunst aus der Dresdner Skulpturensammlung. Ausstellung im Zwinger, Theaterplatz 1. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 03 51 / 49 14 20 00, <https://gemaeldegalerie.skd.museum>

**FRANKFURT AM MAIN**  
Bis 22.01.2023: Vor Dürer. Kupfer-

stich wird Kunst. Ausstellung mit etwa 130 Blättern im Städtel Museum, Schaumainkai 63. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Do, bis 20 Uhr. Info: 069 / 60 50 98 200, [www.staedelmuseum.de/de](http://www.staedelmuseum.de/de)

**GÖRLITZ**  
Bis 26.02.2023: Porzellanland Schlesien. Ausstellung im Schlesischen Museum, Brüderstraße 8. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, Fr.-So. bis 18 Uhr. Info: 035 81 / 87 91-0, [www.schlesisches-museum.de](http://www.schlesisches-museum.de)

**HAMBURG**  
Bis 31.12.2022: Impressionismus. Deutsch-französische Begegnungen. Ausstellung mit rund 80 Werken in der Lichtwerk-Galerie der Kunsthalle, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do, bis 21 Uhr. Info: 040 / 42 81 31-200, [www.hamburger-kunsthalle.de](http://www.hamburger-kunsthalle.de)

Bis 15.01.2023: Atmen. Ausstellung mit mehr als 100 Werken in der Kunsthalle, Glockengießerwall 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do, bis 21 Uhr. Info: 040 / 42 81 31-200, [www.hamburger-kunsthalle.de](http://www.hamburger-kunsthalle.de)

Bis 19.02.2023: Nach Italien. Eine

Reise in den Süden. Ausstellung im Niedersächsischen Landesmuseum, Willy-Brandt-Allee 5. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 05 11 / 98 07-866, [www.landesmuseum-hannover.de](http://www.landesmuseum-hannover.de)

**IPHOFEN**  
Bis 06.11.2022: Marilyn – Die Frau hinter der Ikone. Ausstellung mit rund 200 Objekten aus Marilyn Monroes Privatleben und Karriere im Knauf-Museum, Am Marktplatz. Täglich außer montags 10 bis 17 Uhr, So, ab 11 Uhr. Info: 093 23 / 31-0, [www.knauf-museum.de](http://www.knauf-museum.de)

**KÖLN**  
Bis 22.01.2023: Grüne Moderne. Die neue Sicht auf Pflanzen. Ausstellung mit rund 130 Exponaten im Museum Ludwig, Heinrich-Böll-Platz. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 02 21 / 221 261 65, [www.museum-ludwig.de](http://www.museum-ludwig.de)

**LÜNEBURG**  
Bis 29.01.2023: Romantische Augen-Blicke. Gemälde und Zeichnungen deutschstämmiger Kunst des 19. Jahrhunderts. Ausstellung im Ostpreussischen Landesmuseum, Heiligegeiststraße 38. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 041 31 / 759 95-0, [www.ostpreussisches-landesmuseum.de](http://www.ostpreussisches-landesmuseum.de)

**MAINZ**  
Bis 15.01.2023: High Tech Römer – Das Phänomen römischer Erfindungen im Landesmuseum, Große Bleiche 49-51. Täglich 10 bis 17 Uhr, Di, bis 20 Uhr. Info: <https://landesmuseum-mainz.de>

**MERAN**  
Bis 06.01.2023: Make it new. Ausstellung zu dem Dichter Ezra Pound im Palais Marming Museum, Piazza Duomo 6. Täglich außer montags

10.30 bis 17 Uhr, So, bis 13 Uhr. Info: [www.palaismarming.it](http://www.palaismarming.it)

**MÜNCHEN**  
Bis 28.02.2022: Emil Nolde. Meine Art zu malen ... Ausstellung in der Pinakothek der Moderne, Barer Straße 40. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr, Do, bis 20 Uhr. Info: 089 / 23 18 60, [www.pinakothek.de/emil-nolde](http://www.pinakothek.de/emil-nolde)

**POTSDAM**  
Bis 15.01.2022: Wolfgang Matheuer. Der Nachbar, der will fliegen. Ausstellung im Minsk Kunsthaus, Max-Planck-Straße 17. Täglich außer dienstags 10 bis 19 Uhr. Info: 0331 / 23 60 14-699, <https://dasminsk.de>

Bis 15.01.2023: Stan Douglas. Potsdamer Schrebergärten. Fotoausstellung im Minsk Kunsthaus, Max-Planck-Straße 17. Täglich außer dienstags 10 bis 19 Uhr. Info: 0331 / 23 60 14-699, <https://dasminsk.de>

**ROSENHEIM**  
Bis 11.12.2022: Eiszeit – Mensch. Natur. Klima. Ausstellung (JF 41/22) im Lokschnuppen, Rathausstraße 24. Täglich außer montags 10 bis 18 Uhr. Info: 045 41 / 86 07 20, [www.lokschnuppen.de](http://www.lokschnuppen.de)

**RATZBURG**  
Bis 06.11.2022: Natur und Umwelt. Kritische Lithographien und Zeichnungen von A. Paul Weber. Ausstellung im A. Paul Weber-Museum, Dornhof 5. Täglich außer montags 10 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr. Info: 0 45 41 / 86 07 20, [www.weber-museum.de](http://www.weber-museum.de)

**SAARBRÜCKEN**  
Bis 12.02.2023: Zu Tisch! Die Kunst des guten Geschmacks. Ausstellung im Saarländischen Museum, Schloßplatz 16. Täglich außer montags 10 bis 18



**Sammelbild der Firma Liebig, Insektenfressende Pflanzen – 4. Fliegenfalle, 1932:** Ausstellung „Grüne Moderne. Die neue Sicht auf Pflanzen“ mit rund 130 Exponaten im Museum Ludwig in Köln (bis 22. Januar 2023)

Alle Angaben ohne Gewähr

Fehlt hier Ihr Veranstaltungshinweis? Ankündigungen schicken Sie bitte per Fax (030 / 865 22 53-14), E-Mail ([redaktion@jungefreiheit.de](mailto:redaktion@jungefreiheit.de)) oder Brief (Hohenzollerndamm 27a, 10713 Berlin) an die JF-Terminalstelle.

Suchtexperten warnen vor  
Cannabis-Legalisierung

MÜNCHEN/HAMBURG. Christliche Suchtexperten warnen vor der Legalisierung von Cannabis. Hintergrund: Die Bundesregierung hat in der vergangenen Woche ein „Eckpunktepapier“ zur Entkriminalisierung der Droge verabschiedet. Danach sollen Cannabis und der Wirkstoff Tetrahydrocannabinol (THC) nicht mehr als Betäubungsmittel eingestuft werden. Erwachsene sollen bis zu 30 Gramm Cannabis straffrei kaufen und besitzen dürfen. Der Verkauf soll in „lizenzierten Fachgeschäften“ erlaubt sein, möglicherweise auch in Apotheken. Auch der Eigenanbau soll in begrenztem Umfang erlaubt werden. Für 18- bis 21-Jährige wird eine Begrenzung des erlaubten THC-Anteils erwogen. Der praktische Leiter der Drogenarbeit des Münchner Vereins „Christliche Drogenarbeit“, Michael Hann, erklärte gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea, es sei „eine große Lüge, daß sich durch die Legalisierung etwas verbessern würde“. Es sei gefährlich, den Zugang zu der Droge zu erleichtern. „Wenn man Menschen an einen Rausch gewöhnt, verleitet man sie zu immer weiterem Drogenkonsum.“ Der Staat versage gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen. So würden zwar der Besitz und Konsum von Cannabis verfolgt, gleichzeitig könne man aber im Internet problemlos synthetische Drogen kaufen, die eine viel stärkere Wirkung und ein starkes Suchtpotential hätten. Nach den Worten des christlichen Buchautors Markus Finkel („Legal Highs“, herausgegeben vom Verein Christliche Drogenarbeit München), der selber 17 Jahre lang drogenabhängig war, wird Cannabis in der gegenwärtigen Diskussion verharmlost. Die Droge führe zu einer starken psychischen Abhängigkeit und verändere die Psyche langfristig. So führe sie zu Antriebslosigkeit und Konzentrationsschwierigkeiten. Durch die geplante Entkriminalisierung mache der Staat sich selbst zum „legalen Dealer“, ohne den Schwarzmarkt zu beseitigen. Die Drogenhändler, die heute Cannabis verkaufen, würden wahrscheinlich auf gefährlichere Drogen umsteigen. Die Gründerin der christlichen Drogenhilfe „Lebenswende“ in Frankfurt am Main, Hertha-Maria Haselmann, kritisierte, durch die Legalisierung würden Menschen zum Cannabis-Konsum ermutigt. „Es ist und bleibt aber eine Einstiegsdroge.“ Cannabis beinträchtigt die geistige Leistungsfähigkeit und verführe junge Menschen zu einem Lebensstil, der im sozialen Absenkeende. Der Vorsitzende der Christlichen Polizeivereinigung, der Erste Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg), erklärte, nach Beobachtungen der Verkehrspolizei nähmen immer mehr Menschen unter dem Einfluß von Cannabis am Straßenverkehr teil. Vielen sei die damit verbundene Gefahr nicht bewußt. „Eine Legalisierung von Cannabis wäre das falsche Signal und wird zweifellos die Sicherheit auf Deutschland Straßen gefährden“, so Clas. Darüber hinaus kritisierte er, die Bundesregierung blende bei ihren Plänen die eklatanten Fehlentwicklungen in den Niederlanden aus. Dort dürfen sogenannte „Coffeshops“ bereits seit Mitte der 1970er Jahre Cannabis für den Eigenbedarf verkaufen. Die damit gemachten Erfahrungen sollten eine Warnung sein: „Relativ niedrige Strafen für Drogendelikte sowie eine falsche Toleranz gegenüber weichen Suchtmitteln haben die Niederlande zu einem Eldorado der Betäubungsmittelkriminalität werden lassen.“ Nach Schätzungen der europäischen Polizeibehörde Europol gebe es in den Niederlanden rund 1.500 kriminelle Organisationen. Hinzu komme ein regelrechter Drogentourismus. „Wollen wir das jetzt auch in Deutschland etablieren?“ (idea/JF)



FOTO: RANDOLPH/ALAMY

## Dreiunddreißig Tage

Kino: Der Spielfilm „Wir sind dann wohl die Angehörigen“ erzählt minutiös den Entführungsfall des Hamburger Mäzens Reemtsma aus dem Jahr 1996 nach

DIETMAR MEHRENS

Johann, wir müssen jetzt gemeinsam ein Abenteuer bestehen.“ Es sind sorgsam gewählte Worte, mit denen Ann Kathrin Scheerer (Adina Vetter) ihrem Sohn Johann (Claude Heinrich) beizubringen versucht, daß sein Vater, ihr Mann Jan Philipp Reemtsma, entführt worden ist. Sie hat am Hauseingang ein Bekennerscheiben gefunden. Die Entführer verlangen 20 Millionen Mark für die Freilassung des vermögenden Hamburger Großbürgers. Die Polizei wird eingeschaltet. Doch schon bald ist sich Johanns Mutter nicht mehr sicher, ob das so eine gute Idee war. Denn noch am selben Vormittag verwandeln sich ihre Gemächer in ein hochtechnisiertes Einsatzzentrum der sogleich gebildeten Soko von Polizeikommissar Rainer Osthoff (Fabian Hinrichs).

Zwei „Angehörigenbetreuer“ kümmern sich rührend um Johann und seine Mutter. Die zieht trotzdem lieber den Familienanwalt Schwenn (Justus von Dohnányi) hinzu. Zwischen Familie, Entführern und Polizei entbrennt ein zermürbender Nervenriegel, der über einen Monat dauern wird. Ann Kathrin setzt durch, daß Schwenn das Geld übergibt. Doch als es endlich losgeht, braucht die Polizei zu lange für die technische Aufrüstung des Fahrzeugs, mit dem es zur Geldübergabe gehen soll. Die Entführer macht die Verzögerung mißtrauisch. Sie tauchen nicht auf.

Im Zentrum steht der 13jährige  
Sohn des Entführten

Hans-Christian Schmid ist ein Regisseur der leisen Töne und der subtilen Figurenzeichnung. Die Präzision seiner Regiearbeiten ist an kleinen Details abzulesen: Zu Ostern, eine Woche nach der Entführung, läuft im Haus der Angehörigen ein Fernseher mit Nachrichten. Es ist von der Kirche die Rede und vom Glauben, der Menschen befähigt, Schwierigkeiten zu bewältigen, vor denen sie sonst kapitulierten. Ann Kathrin sieht einer solchen Kapitulation entgegen.

Schon in seinem ungewöhnlichen Jugenddrama „23“ (1998) sowie der Verfilmung des Skandalsbuchs „Crazy“ von Benjamin Lebert zwei Jahre später bewies Schmid ein sicheres Gespür für die

psychologisch exakte Beschreibung jugendlicher Befindlichkeiten. Das ist in „Wir sind dann wohl die Angehörigen“ nicht anders. Der gebürtige Alttöttinger rückt den 13jährigen Johann ins Zentrum des Geschehens. Ihm gehören die ersten Szenen des Films, die den ganz normalen Alltag eines Heranwachsenden schildern. Das nervige Latein-Pauken für eine anstehende Klassenarbeit, die Proben mit der eigenen Schülerband, der Rückzug von der erdrückenden Erwachsenenwelt in die eigenen vier Wände, wo er mal schnell „Lautlos im Weltall“ (1972) in den Videorecorder einlegen und so dem Druck entfliehen kann: kurze, symptomatische Szenen charakterisieren Johanns Welt.

Angehörige und Polizei haben  
unterschiedliche Interessen

Der aus der dritten Staffel der deutschen Netflix-Produktion „Dark“ sowie als jugendlicher Udo aus „Lindenberg – Mach dein Ding“ (JF 4/20) bekannte Claude Heinrich bringt die von Schulstreß und Selbstfindungspein bereits vor dem eigentlichen Drama ins Wanken gebrachte seelische Balance des jungen Johann sehr authentisch auf die Leinwand. Durch die Schreckensnachricht von der tödlichen Bedrohung für seinen Vater beginnt für den 13jährigen ein innerer Spießrutenlauf, an dem Heinrich seine Zuschauer vornehmlich durch Gesten und Mimik, jedoch nur selten durch zum Ausdruck kommende Emotionen teilhaben läßt.

Johann Scheerer, der Autor des gleichnamigen, auf persönlichen Erinnerungen basierenden Buches, das 2018 beim Piper-Verlag erschien, zeigte sich im Interview beeindruckt vom Spiel des inzwischen 16jährigen Nachwuchstalents: „Diese Sprachlosigkeit zu zeigen und das Publikum spüren zu lassen bekommt Claude eben mit wenigen Gesten und Gesichtsausdrücken hin.“

Dem Autor lagen zum Zeitpunkt des ersten Treffens mit Regisseur Hans-Christian Schmid bereits etliche Angebote für eine Verfilmung vor. Doch erst Schmid, dessen Filmen er eine beeindruckende „emotionale Präzision“ bescheinigt, konnte ihn mit seinem Konzept einer Fokussierung auf die Angehörigen und einer weitestgehenden Ausblendung der Krimi-Elemente des Entführungsfalls überzeugen. Der Reemtsma-Sproß schlepft die traumatischen Erinnerungen an das Verbrechen seit den dramatischen Vorfällen von 1996 mit sich herum. „Die

Entführung meines Vaters“, sagt er im Interview, „hat im deutschsprachigen Raum große Wellen geschlagen. Die Presse berichtet im Grunde bis zum heutigen Tag darüber, und sobald Menschen davon hören, sieht man förmlich die Assoziationsblasen über ihren Köpfen aufgehen; die haben dann immer mit Vorstellungen von viel Geld oder irgendeinem besonders spektakulären Verbrechen zu tun, und sobald es diesen Moment gibt, erschwert es eine zwischenmenschliche Unterhaltung ungemein. Ich trage nun einen anderen Nachnamen als mein Vater, aber durch das Internet ist seit Jahren, fast seit Jahrzehnten da gar keine wirkliche Trennung mehr möglich.“

Hans-Christian Schmid macht außer den Familienangehörigen des Entführungsoffers auch noch andere zu Protagonisten: Polizisten. Das zusammen mit Michael Gutmann entwickelte Drehbuch betont einen Aspekt, der in der Buchvorlage unterrepräsentiert ist: den „unauflösbaren Widerspruch“, wie Schmid es nennt, „zwischen den Interessen der Angehörigen und denen der Polizei. Johann und seine Mutter wollten unbedingt, daß bereits die erste Geldübergabe klappt. Die Polizei will das auch, doch sie hat auch einen Ermittlungsauftrag und sieht in den Übergaben ihre einzige Chance, den Tätern nahe zu kommen. Es wird also observiert, was wiederum die Übergaben gefährdet. Dieser Widerspruch wurde insbesondere für Ann Kathrin Scheerer zu einer unerträglichen Belastung“, erläutert der Regisseur, dem eine besonders eindringliche filmische Rekonstruktion der Ereignisse rund um das Verbrechen gelungen ist.

Zwar wurden für das Drehbuch auch mit den damals zuständigen Beamten Gespräche geführt; dennoch ist dem Film ein gewisses Mißtrauen gegenüber den Staatsdienern abzuspüren. Das könnte einerseits an dem linken Milieu liegen, dem die Familie Reemtsma traditionell zugetan ist (kurz kommen im Film Jan Philipp Reemtsmas Verbindungen zur Hamburger Hausbesetzerszene vor); andererseits öffnet sich aber auch die Tür für eine ganz neue, brandaktuelle Lesart des unter Covid-Hygienevorschriften entstandenen Films: die einer staatlichen Exekutivgewalt, die übergrifft, selbstherrlich und borniert-paternalistisch auftritt.

Kinostart ist am 3. November 2022

▶ <https://wir-sind-dann-wohl-die-angehoerigen.film/>

**Filmfamilie des Entführten:** Auf dem Sessel die Ehefrau Ann Kathrin Scheerer (Adina Vetter) und ihr Sohn Johann (Claude Heinrich)

Patriotischer  
PredigerPublizistik: Peter Hahne  
zum siebzigsten Geburtstag

HELMUT MATTHIES

Was für eine Lebensleistung: Vierzig Jahre Karriere bei Hörfunk und Fernsehen! Mehrfach wurde er zu einem der beliebtesten Moderatoren gekürt. Und als ob das noch nicht ausreichte, ist er auch noch der evangelische Journalist und Theologe mit den am meisten verkauften Büchern: fast neun Millionen. Peter Hahne ist ein Unikat – und als Patriot auf das Datum seiner Geburt besonders stolz: auf den 9. November, der an den Mauerfall erinnert.

An jenem Tag vor 70 Jahren ist er im westfälischen Minden geboren worden. Er studierte Theologie, sein Herz aber gehört dem Journalismus. Seine Vorbilder sind Gerhard Löwenthal und Axel Springer. Schon mit 23 Jahren moderierte er in Saarbrücken beim Saarländischen Rundfunk. 1985 holte ihn das ZDF nach Mainz. 13 Jahre wirkte er als Moderator beim „heute journal“ und bei den „heute“-Hauptnachrichten, bis er stellvertretender Leiter des ZDF-Hauptstadtstudios wurde.

Ende 2009 hatten sich die CDU/CSU-Ministerpräsidenten darauf geeinigt, daß er dort an die Spitze rücken sollte. Das verhinderte Angela Merkel – nicht nur weil sie dort eine Frau haben wollte (Bettina Schauenstein). Wie Hahne berichtet wurde, sei er der Kanzlerin auf die Nerven gegangen, weil er zu häufig gemahnt habe, die CDU müs-

FOTO: PICTURE ALLIANCE / GESIS/FOTOFESTS  
Jubilär Peter Hahne

se das „C“ wieder ernst nehmen. Als sein Idol Franz Josef Strauß 1988 stirbt, hat er bei seiner Kommentierung der Trauerfeier im ZDF mit Tränen zu kämpfen. Markus Söder hält er dagegen für den größten Opportunisten der Republik und Alice Weidel für die beste Rednerin des Bundestages. Weil er in seinem einst bürgerlichen Berliner Wohnbezirk viel Kriminalität von Ausländern erlebt, warnt er vehement vor den Folgen der Einwanderungspolitik seit 2015. Die Corona-Maßnahmen attackiert er als maßlos überzogen. Inzwischen hätte er trotz großer Beliebtheit vermutlich weder bei ZDF noch ARD eine Chance auf einen Sendeplatz. Seine Bühne sind jetzt vor allem die erfolgreichen alternativen Medien: *Tichys Einblick*, die JUNGE FREIHEIT und Radio Kontrafunk, das am kommenden Sonntag auch einen Gottesdienst mit seiner Predigt zur Erinnerung an den Mauerfall ausstrahlt.

Apropos Gottesdienst: Auch kirchlich machte Hahne Karriere, gehörte er doch von 1991 bis 2009 zur Leitung der EKD, dem Rat. Viele Jahre ist er das bekannteste Ratsmitglied gewesen. Je länger er freilich um Interna wußte, um so kirchenkritischer wurde er. So plädiert er für die Abschaffung der Kirchensteuer und empfiehlt Konservative, die über den Kurs der EKD klagen, auszutreten und das Geld ihrer Gemeinde oder evangelikalen Werken zu spenden.

DER  
ALLERLETZTE  
VORHANG

Wenn er es gut mit uns meint, kann der Gevatter Tod auch höflich sein. Die Hoffnung auf ein gutes Ende teilen wir wohl alle miteinander. Sie ist gewiß kein Privileg von Berühmtheiten, die auf den Bühnen dieser Welt ihre Rollen gespielt oder vor Abertausenden ihre Lieder gesungen haben. Sich buchstäblich am Rande des Grabes wissend haben David Bowie und Leonard Cohen ihren Fans letzte Lieder hinterlassen, und auch Bob Dylan weiß, daß selbst seine »Never Ending Tour« endlich ist

VON THOMAS JANSSEN

Mehr erfahren Sie im aktuellen  
CATO-Magazin.

Bestellen Sie sich CATO bequem nach Hause.  
Einzelheft für regulär 15,20 Euro  
6 Ausgaben bekommen Sie für nur 79 Euro im Jahr.  
Weitere Details und Angebote  
[www.cato-magazin.de/bestellen](http://www.cato-magazin.de/bestellen)  
Telefon 030. 81 09 67 80

Jetzt  
am Kiosk  
oder direkt  
online

**CATO**  
wunsch und Wirklichkeit  
No. 6 | 22



Klimamodelle sind verführerisch, basieren aber auf unbewiesenen Annahmen

# Falsch gerechnet

Von Michael Limburg

**V**iele hochintelligente, kluge Leute in Wissenschaft, Wirtschaft, wie auch und insbesondere in der Politik, glauben wirklich, daß sich das Klima „schützen“ ließe. Für „eine bessere Klimaschutzpolitik“ warb zum Beispiel auch der Wirtschaftsprofessor Ulrich van Suntum in dieser Zeitung (JF 35/22). Damit steht er bei weitem nicht allein. Viele nehmen landauf, landab diese Begriffe an, weil man wohl meint, damit würde es für den vielgelobten Mann auf der Straße leichter verständlich und vor allem erträglich, die schweren Eingriffe in sein Leben und seine Freiheit zu akzeptieren, wenn man diesen falschen aber positiv besetzten Begriff verwendet. Doch CO<sub>2</sub> ist kein Gift. Und dessen „Treibhauswirkung“ existiert nur in dafür konstruierten Klimamodellen.

All jene, welche es auf diese Weise versuchen, lassen sich von den gebetsmühlenartig wiederholten, aber trotzdem falschen Argumenten, warum von Menschen freigesetztes (anthropogenes) Kohlenstoffdioxid das Weltklima erwärmen sollte, leider täuschen. Daher kommen sie wegen falscher, aber akzeptierter Voraussetzungen zu ebenso falschen Schlußfolgerungen. Obwohl sie durchaus plausibel argumentieren und dann denklösig nach dem Wenn-dann-Verfahren vorgehen.

Und es wird auch nicht besser, wenn zwar gewisse Zweifel an der vermuteten Klima-Wirkung des CO<sub>2</sub> benannt werden, etwa wenn man auf die extrem geringe Menge des CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre von derzeit 420 ppm hinweist, – es sind heute nur etwa vier Moleküle CO<sub>2</sub> auf 10.000 Moleküle in der Luft vorhanden, und vor 150 Jahren waren es vielleicht nur drei Moleküle, das heißt heute ist es ein Molekül mehr, und davon wiederum ist nur ein Bruchteil dem Menschen zuzuordnen – dann aber gleichzeitig auf „die Chemie“ verweist, bei der kleine „Veränderungen große Wirkungen, oder sogar verhängnisvolle Kettenreaktionen auslösen“ könnten. Viele meinen in diesem Zusammenhang die Wirkung von Gift.

**Kohlenstoffdioxid ist nicht nur ungiftig, jedenfalls weit über Konzentrationen von 8.000 ppm hinaus, sondern ist auch noch chemisch sehr inaktiv.**

Das klingt sehr plausibel, ist aber falsch. Denn während Gifte fast immer über eine Verstärkerfunktion wirken und etwa zu einer Lähmung der Herzmuskeln führen, ist Kohlenstoffdioxid nicht nur ungiftig, jedenfalls weit über die Konzentrationen von 8.000 ppm (das war übrigens der zulässige Grenzwert in den Raumfähren des Mondprogrammes) hinaus, sondern ist auch noch chemisch sehr inaktiv – fast so wie ein Edelmetall. Es kann also in keiner Weise chemisch wie ein Gift reagieren, wohl aber wirkt es extrem segensreich als Pflanzennahrung. Dabei nutzen alle Bäume, sämtliche Sträucher und jedes Kraut, sowie Moose die Energie der Sonne, um das CO<sub>2</sub> der Atmosphäre aufzubrechen und daraus den Kohlenstoff für die Bildung ihrer Körpermasse zu verwenden. Wir kennen diesen segensreichen Prozeß, bei dem die Pflanzen den viel reaktiveren Sauerstoff abatmen, als Photosynthese.

Und es ist auch unbestreitbar nachgewiesen, daß dank des CO<sub>2</sub>-Anstiegs in den letzten 50 Jahren die Erde um mehr als die Fläche der USA nicht nur grüner wurde, son-

dern auch die Ernteerträge kräftig stiegen. Es konnte viel mehr Land als davor landwirtschaftlich genutzt werden. Sogar Wüstengebiete am Rande der Südsahara ergrünten.

Das ist allein dem CO<sub>2</sub>-Anstieg zu verdanken, dessen Ursache nach wie vor ziemlich ungeklärt ist, da der CO<sub>2</sub>-Kreislauf, aus dem sich letztlich sowohl die atmosphärische Konzentration als auch sämtliche Pflanzen – und damit unsere Ernährungsgrundlage – speisen, nur mit einer statistischen Unsicherheit von bestenfalls plus/minus zehn Prozent bekannt ist. Dieses große Unwissen wurde wieder einmal schlagartig bewußt gemacht, als die weltweite Corona-Lockdown-Politik zu einem bisher noch nicht dagewesenen Emissionseinbruch führte, dieser aber im Anstieg der CO<sub>2</sub>-Konzentration, auf jetzt etwa 420 ppm, nicht die geringste Delle hinterließ. So sind die Fakten, das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre betreffend.

Aber es wird noch unangenehmer für die etablierte Klimawissenschaft. Auch die Angaben früherer CO<sub>2</sub>-Konzentrationen sind unbestimmt, weil unbestimmbar. Da niemand – entgegen allen Beteuerungen – vor 1960 die weltweiten CO<sub>2</sub>-Konzentrationen in genügender Auflösung, zeitlich wie räumlich, messen konnte, sind nur sehr grobe Vergleiche mit den früheren Konzentrationen möglich. Viel zu ungenau, um auch nur ungefähre Korrelationen zu entdecken.

Trotzdem werden, und das oft ganz bewußt, Äpfel mit Birnen verglichen. Denn die überwiegend aus Eisbohrkernen im pflanzenleeren Grönland oder der trockensten Wüste der Welt, der Antarktis, gewonnenen CO<sub>2</sub>-Daten sind in ihrem zeitlichen Verlauf extrem stark geglättet. Auflösungen von einem Jahr oder auch nur wenigen Jahren sind damit nicht darstellbar, obwohl das immer wieder – weil man „Modelle“ laufen läßt – behauptet wird. Denn die Luftbläschen im Eis sind um viele Jahre bis Jahrzehnte jünger als das sie umgebende Eis. Und zusätzlich nagen diverse Prozesse sowohl an ihnen als auch am Wasser, wie unter anderem der polnische Alpinist Zbigniew Jaworowsky überzeugend nachgewiesen hat. Proxymessungen an Blattstomata, das sind die Spaltöffnungen an der Unterseite der Blätter, die auch den CO<sub>2</sub>-Gehalt indirekt anzeigen, deuten auf ähnlich steile Anstiege und Abfälle wie heute, aber auch höhere Spitzenwerte als die aktuellen Eisbohrkernmessungen hin.

Wenn man dann noch weiß, oder wissen könnte, daß die vom Weltklimarat (IPCC) gesammelte Klimawissenschaft es bis heute nicht geschafft hat, auch nur einen einzigen Beweis, eine einzige nachprüfbare Beobachtung für die Behauptung, daß CO<sub>2</sub> das Klima also unsere Atmosphäre erwärmt, präsentieren konnte, sondern sich allein auf modifizierte Wetter-Computermodelle verläßt, dann wird klar, daß es keinen vernünftigen Grund für den Menschen gibt, für das Klima CO<sub>2</sub> „einzusparen“ beziehungsweise die Emissionen zu senken.

Das geben die führenden Klimawissenschaftler – wenn auch vermutlich ungenau – zu. So meinte der ehemalige Leiter des britischen Wetterdienstes und einer der ehemaligen IPCC-Leitautoren John Mitchell: „Es ist nur möglich, die Erwärmung im 20. Jahrhundert auf menschliche Eingriffe zurückzuführen, wenn man numerische Modelle des Klimasystems verwendet.“

Zumal die Wetter-/Klimamodelle alle nach demselben Prinzip funktionieren, welches der Klimatologe Christian-Dietrich Schönwiese so klar und schonungslos darlegte: „Wir machen keine Vorhersagen, sondern bedingte, szenariengestützte Projektionen ... Und Projektion heißt Wenn-dann-Aussagen; wenn ich in das Modell hinein stecke, der Mensch macht das und das und die Natur macht quasi nichts, sie wird also weitgehend vergessen,

bei diesem Blick in die Zukunft, dann wird die Temperatur so und so ansteigen.“

Hinzu kommt noch, daß die Modelle zwar die – nur hypothetische – Wirkung des CO<sub>2</sub> stark übertreiben, aber trotzdem selbst für die starken Emissionsabsenkungen um 55 Prozent bis 2030, welche die EU im „Fit for 55“ Plan erzwingen will, nur eine winzige Temperaturabsenkung von sage und schreibe vier Tausendstel Kelvin bis zum Ende des Jahrhunderts berechnen. Das hat der Wirtschaftsstatistiker Björn Lomborg kürzlich berichtet.

**Die Modelle übertreiben die hypothetische Wirkung des CO<sub>2</sub> stark. Aber heftige Emissionsabsenkungen rechnen sie in winzige Temperaturverringerungen um.**

Aber er hat noch mehr berechnet. Die EU-Pläne werden die Volkswirtschaften in der EU bis 2030 bis zu fünf Billionen Euro kosten. Daß das keine bloße Theorie ist, erfahren wir aktuell auf brutalste mögliche Art. Das wären 10.000 Euro pro Kopf. Also auch von der Seite der gläubigen Klimajünger kommt nur nutzlose, extrem teure Verschwendung heraus. Mit Geld, das wir nicht haben, und wenn wir es uns noch leihen können, lieber in unsere Energieversorgung stecken müssen. Das würde bedeuten, daß wir zurück zur Kohleförderung und -verstromung müssen, zurück zur Kernenergie, durch Weiterbetrieb und Wiederinbetriebnahme auch der bisher stillgelegten Kern- und Kohlekraftwerke, Aufhebung des Verbotes der Schiefergasförderung in diesem Lande, und, und, und.

Aber vor allem würde es das Beenden aller Maßnahmen bedeuten, die unter den irreführenden Titeln „Klimaschutz“ und „Energiewende“ laufen. Inklusiv des Rückbaues von Wind- und Solarparks sowie der Beendigung der „Vermaisung“ von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, und Wiederzuführung dieser Flächen und weiterer für die Erzeugung von Ernährungspflanzen.

Da aber die segensreiche Wirkung des CO<sub>2</sub> auf den Pflanzenwuchs, insbesondere bei verschiedenen Getreidearten, völlig unbestreitbar ist, wünsche ich mir, daß Wirtschaftsexperten ein praktikables, überprüfbares internationales Bonussystem entwickeln würden, statt des jetzigen, nur Wohlstand vernichtenden, Malus-Systems, bei dem die Produktion von CO<sub>2</sub> bei gleichzeitig optimaler Ressourcenschonung belohnt würde. Denn da das CO<sub>2</sub> eine unverzichtbare Pflanzennahrung ist, sollte es das Bestreben sein, dieses in der Atmosphäre zum Wohle der gesamten Flora und damit auch der Fauna anzureichern. Jedes ppm mehr ist gut. Fiele nämlich die CO<sub>2</sub> Konzentration unter 200 ppm, begännen die Pflanzen zu verhungern. Und wir mit ihnen. Das kann keiner wollen.



**Michael Limburg**, Jahrgang 1949, ist Diplomingenieur für Elektrotechnik. Er ist Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE).

## Extremisten gegen Faulhaber

Der Münchner Kardinal Michael Faulhaber erhob unerschrocken gegen die NS-Machthaber das Wort / Heutigen historischen Scharfrichtern reicht das nicht

KONRAD LÖW

**B**raune Rabauken brüllten im Herbst 1938 in Münchens Straßen, als sie seitens der Partei auf „zwanzig Massenkundgebungen“ – so die Presse und so auf Plakaten – aufgefordert worden waren, „gegen das Weltjudentum und seine schwarzen und roten Bundesgenossen“ zu demonstrieren. Ihr Ruf „an den Galgen, den er längst verdient“ war an eine ganz spezielle Person gerichtet. Wer soll an den Galgen? Der Mob verschwiegen den Namen des Hauptverhafteten nicht. „Jetzt ist's genug mit der Faulhaberei“. Womit hatte Faulhaber den Pöbelzorn erregt? Auch darauf antwortete der Mob mit einem Schmähdgedicht: „Die alte Judenschande ist endlich ausgefegt. Die schwarze Lügenbande wühlt weiter unentwegt. Du, deutsches Volk, sag, muß das sein, daß dich bespuckt das schwarze Schwein!“

Faulhaber stand dem Los der Juden nicht gleichgültig gegenüber

Diese Haßgesänge waren vor 85 Jahren während des Judenpogroms vor dem bischöflichen Palais in München vernehmbar, als sich die Anführer des Pöbels anschickten, den Worten sogar Taten folgen zu lassen. Das Schlimmste konnte verhindert werden. Doch die Fassade wurde schwer ramponiert. 1945 hat sich das Blatt gewendet. Die Schreier und Täter von damals sind nicht mehr oder halten still, und die Zielscheibe des Hasses, Michael Kardinal Faulhaber, wurde, als er 1952 starb, weltweit geachtet und geehrt – insbesondere von untadeligen Zeitzeugen.

Nun aber gibt es Nachgeborene, die sich für berufen halten, anhand neuer Maßstäbe die Vergangenheit neu zu beurteilen, meist auch unter

Mißachtung erheblicher Tatsachen, so zur Zeit in Würzburg, wo eine Initiative versucht, eine Umbenennung des Kardinal-Faulhaber-Platzes herbeizuführen, den Unterfranken, der in der Mainstadt, wo er seine Prägungen erhielt und an der dortigen Universität 1895 zum Doktor der Theologie promoviert wurde, zwar nicht am Galgen aufzuhängen, aber sein Andenken mit seinem Namen abzuhängen (siehe Kasten). Dabei werfen dem streitbaren Münchner Kardinal seine Kritiker nicht nur seine nationale Haltung vor, mit der er während des Krieges sogar den Krieg gegen die Sowjetunion rechtfertigte („Für das teure Vaterland aber wollen wir auch dieses Opfer bringen, wenn es nun notwendig geworden ist zu einem glücklichen Ausgang des Krieges und zur Überwindung des Bolschewismus), sondern versteigen sich zu der Feststellung, daß seine Haltung zur Judenverfolgung „ambivalent“ gewesen sein soll.

Da erscheint es geboten, jede der Parteien, die als Täter oder Opfer beteiligt waren, zu Worte kommen zu lassen, was im vorgegebenen Rahmen nur mit jeweils wenigen Texten möglich ist, die aber im Ergebnis übereinstimmen. Hören wir zunächst namhafte Juden, dann die mörderischen Machthaber von damals selbst und schließlich den, der entehrt werden soll. Alfred Neumeyer, Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde von 1919 bis 1941, im Exil: „Ich gratulierte mit dem Rabbiner Dr. Baerwald dem Kardinal Faulhaber in München, der sich den Juden stets freundlich erwiesen hatte, zu seinem 60. Geburtstag.“

Ludwig Marcuse: „Der fünfundsiebzigjährige Kardinal Faulhaber hielt an den vier Advents-Sonntagen und am Silvesterabend des Jahres 1933 in der Münchner St. Michaelskirche Predigten, die in dem Satz gipfelten: 'Dem Vaterland ist mit aufrechten Jüngern des Evangeliums besser gedient als mit krieglustigen Altgermanen.' (...) Denke ich zurück an das Glück, das ich empfand, als ich diese Predigten las, so wird mir klar, was das Wort



Faulhaber bei der Wiederaufstellung der Marienstatue in München nach dem Ende des Krieges: Guter Hirte zwischen Trümmern

noch kann – nachdem wir so lange gelernt hatten, was es nicht kann. Es kann einen Sieg gegen eine überlegene Macht anzeigen, der um so größer ist, wenn er nicht im Märtyrertum endet.“

Schon diesen Texten ist zu entnehmen, daß Faulhaber den Juden und dem Judentum nicht gleichgültig gegenüberstand. Als auf Hitlers Geheiß im Juni 1938 die Hauptsynagoge in München abgerissen werden mußte, war Karl Oestreich im Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde. Er erinnerte sich: „Am nächsten Morgen rief ich das immer hilfsbereite katholische Ordinariat München an und verkaufte die erst einige Monate vorher eingebaute Orgel um nahezu den Gestehtungspreis.“ Kein Kenner der Materie kann bezweifeln, daß hier „Ordinariat“ gleichbedeutend mit Faulhaber ist.

Über diese Einstellung wußten die schier omnipotenten Machthaber Deutschlands Bescheid, und zwar von Anfang an. Hitler in einem Interview, noch bevor er in Berlin das Sagen hatte: „Kardinal Faulhaber. Ein großer Mann, klug, aufrecht, national und monarchistisch gesinnt. Aber Kardi-

nal, verstehen Sie? Kardinal und Erzbischof, und darum verpflichtet, die Anweisungen des Vatikans zu befolgen, sprich, der Juden. Der Vatikan ist das Zentrum der internationalen jüdischen Verschwörung gegen die Befreiung der germanischen Rasse.“

Selbst seinen Referenten konnte Faulhaber vor dem KZ nicht retten

Nicht nur Hitler wußte, wo Faulhaber stand, auch Hitlers willige Vollstrecker in all den folgenden Jahren. Der Geheimen Staatspolizei verdanken wir die nachfolgende Aufzeichnung. Sie betrifft Gertrud Luckner, in Israel längst als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt. Die folgende Aufzeichnung stammt vom 30. September 1942. Luckner verkehrte bei den einzelnen Bischöfen in Deutschland so frei, wie es noch in keinem anderen Fall gewesen sei. Geradezu selbstverständlich, daß Luckner auf Schritt und Tritt bewacht, ihre Post geöffnet wurde. Sie leite ein „Hilfskomitee für getaufte Juden“

und empfangen aktuellste politische Nachrichten aus dem Ausland. Auch erfahren wir: „nach kurzem Aufsuchen des Hotels ging sie um 10.30 Uhr erneut in das Palais des Erzbischofs Faulhaber, wo sie den ganzen Tag verbracht hat.“ Von ihm erhielt sie einen größeren Geldbetrag, den sie einem Priester für das KZ-Theresienstadt zukommen lassen sollte. Am 25. März 1943 kam, womit täglich zu rechnen war: die Verhaftung der „Dr. Luckner“. Die Begründung stellt der Kirche und ihren Mitstreitern, auch Faulhaber, ein bemerkenswertes Zeugnis aus: „Die bisherigen Ermittlungen haben somit einwandfrei ergeben, daß die katholische Kirche in Deutschland in betonter Ablehnung der deutschen Judenpolitik systematisch die Juden unterstützt, ihnen bei der Flucht behilflich ist und keine Mittel scheut, ihnen nicht nur die Lebensweise zu erleichtern, sondern auch ihren illegalen Aufenthalt im Reichsgebiet möglich zu machen. Die mit der Durchführung dieser Aufgaben betrauten Personen genießen weitestgehende Unterstützung des Episkopates. (...) Es kann m. E. ohne Bedenken als Tatsache unterstellt werden, daß die bislang von hier festgestellten Fälle, in denen Juden kirchlicherseits der staatlichen Judenpolitik entzogen wurden, nur einen Bruchteil dessen darstellen, was die Kirche auf diesem Gebiet zustande gebracht hat.“ Am 26. Mai 1943 wurde Luckner auf Befehl des Reichssicherheitshauptamtes wegen ihrer „projüdischen Betätigung und Verbindungen mit staatsfeindlichen Kreisen“ (Faulhaber) in Schutzhaft genommen, am 5. November 1943 in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gebracht, wo sie bis zum Tage ihrer Befreiung, 3. Mai 1945, ausharren mußte.

Wer diese Bekundungen aufmerksam gelesen hat, kann schwerlich monieren, daß Faulhaber nicht zugunsten einzelner Personen intervenierte. Er mußte hinnehmen, daß sein Referent Johannes Neuhäuser über vier Jahre in NS-Lagern eingesperrt war, gleichsam als Geisel an seiner Statt. Ihm dürfte auch bekannt gewesen sein, daß der mutige Protest der holländischen Bischöfe Massendeportationen ausgelöst hatte. Daher warnte Pius XII. in einer Ansprache an seine Kardinäle: „Jedes Wort, (...), jede Anspielung muß mit allergrößtem Ernst erwohnen und gewichtet werden, im eigenen Interesse derjenigen, die leiden, damit ihre Lage nicht noch schwerer und unerträglicher gemacht wird als vorher.“



Im Jahr 1935 weiht Kardinal Faulhaber Missionsfahrzeuge auf dem Münchner Flughafen: Arbeit für die Kirche in unsicheren Zeiten

Prof. Dr. Konrad Löw, Jahrgang 1931, ist Politikwissenschaftler und hat unter anderem in München, Bayreuth und Nürnberg gelehrt.

### i Die „Causa Faulhaber“

Nach 70 Jahren wird der Kardinal-Faulhaber-Platz vor dem Mainfranken-Theater mitten im Würzburger Zentrum umbenannt. Dafür hat sich eine Mehrheit des Stadtrates aus Grünen, SPD, Linkspartei und FDP ausgesprochen. Die Verordnungen stimmten mit 27 zu 14 Stimmen einem entsprechenden Antrag des FDP-Politikers Joachim Spatz zu. AfD und CSU stimmten gegen die Vorlage. Mit ihrem Votum setzten sich die Stadtvertreter über die einstimmige Empfehlung einer Expertenkommission hinweg, die betreffenden Namensschilder mit Hilfe von Hinweistafeln zu kontextualisieren.

Würzburg hatte erst im Sommer eine Gruppe von Historikern, Juristen und Theologen öffentlich über den Umgang mit dem Namen des Platzes beraten lassen. Der mit der Edition von Faulhabers Tagebüchern betraute Direktor des Münchner Zentrums für Zeitgeschichte, Andreas Wirsching, argumentierte damals, Faulhaber habe die Widerstandskraft der katholischen Kirche zwar überschätzt und sich deshalb stellenweise mit Kritik am Nationalsozialismus zurückgehalten, aber das Hitler-Regime niemals

aktiv unterstützt. Der Regisseur und Autor Leo Hiemer zeichnete auf einer Veranstaltung des Würzburger Denkmalvereins „Denkort Deportationen“ dennoch ein schlechtes Bild von dem Kardinal. Dieser hätte zu seiner Zeit durchaus mehr für die von den Nazis verfolgten Juden tun können. Bischof Franz Jung aus dem Bistum Würzburg zeigte sich unterdessen enttäuscht von dem Faulhaber-Votum. „Ich bedauere die Entscheidung des Würzburger Stadtrats, den Kardinal-Faulhaber-Platz umzubenennen, und halte sie für falsch.“ Gerade in einer Universitätsstadt wie Würzburg sei das Beiseiteschieben wissenschaftlicher Expertise aus politischen Gründen fragwürdig. „Das Bistum wird Kardinal Michael Faulhaber als einer der bedeutendsten Persönlichkeiten der katholischen Kirche in Deutschland im 20. Jahrhundert auch weiterhin ein ehrendes Gedenken bewahren.“

Die dritte Bürgermeisterin der Stadt, Judith Jörg (CSU), will nun darüber abstimmen lassen, den Platz künftig nach der ehemaligen bayerischen Landtagspräsidentin Barbara Stamm (CSU) zu benennen. (fw)

Migrationsforschung mit starker politischer Schlagseite

## Kühne Verallgemeinerungen

**S**eit Jahrzehnten verändert Migration die Gesellschaftsstrukturen in Europa massiv. Im Jahr 2020 wies nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung jede vierte Person in Deutschland einen „Migrationshintergrund“ auf. Auch die Max-Planck-Gesellschaft setzt ihren wissenschaftlichen Ruf gern politisch dafür ein, um diese Entwicklung hin zur „bunten Einwanderungsgesellschaft“ zu legitimieren. So untersuchten Stefan Gruber und Gregor Sand am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik die Frage, wie sich die Entscheidung, das Heimatland zu verlassen, im Lauf eines Lebens auf Menschen psychisch auswirkt (*Max Planck Forschung*, 3/2022). Ausgewertet wurde dafür der

Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe, der unter anderem Auskunft gibt über die Zufriedenheit von 8.000 älteren Migranten, die zumeist vor Jahrzehnten ausgewandert sind. So wie das von Gruber und Sand ausführlich porträtierte bildungsbürgerliche Spätaussiedlerpaar, er Pole, sie aus der deutschen Minderheit in Oberschlesien, das 1986 ihrer sozialistischen Trübsesse entflohen. Aus deren – o Wunder – gelungenen Eingliederung schlußfolgert das Forscherduo, daß leichter Zugang zu Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen und Staatsbürgerschaft generell den Erfolg von Integration auch nichteuropäischer Migranten garantiere. (dg)

► [www.mpg.de/maxplanckforschung](http://www.mpg.de/maxplanckforschung)

Die aktive Unterentwicklung des Landes vorangetrieben

## Kubas Ruhe vor dem Sturm

**F**ür Gerd Koenen, den Historiker des Kommunismus, gibt es auch unter der verjüngten, 2021 etablierten Staats- und Parteiführung der sozialistischen Republik Kuba keine Hoffnung auf demokratisch-rechtsstaatliche Verhältnisse. Die Bilanz der „Kubanischen Revolution“ falle durchweg negativ aus. Seit Fidel Castros Machtgreifung im Jahr 1959 habe die Insel eine Million Menschen, den Großteil ihrer alten Eliten und ihres Mittelstands, ein Zehntel der ursprünglichen Bevölkerung, durch Flucht Richtung USA verloren. Die mittlerweile über 60 Jahre andauernde Geschichte des kubanischen Sozialismus, der sich aus „vielen gerechten Motiven und viel Enthusiasmus“ gespeist habe, bedeute

im Resultat nicht nur eine brachiale sozialökonomische Entdifferenzierung und Vergrößerung der Gesellschaft (*Aus Politik und Zeitgeschichte*, 39/2022). Castros Politik sei vielmehr auf „aktive Unterentwicklung“ dieses im lateinamerikanischen Vergleich relativ entwickelten Landes hinausgelaufen, das zeitweise tatsächlich zur buchstäblichen „Zuckerplantage“ degenerierte, die Vater Castro betrieben hatte. Und die scheinbare Ruhe, unter der die Insel heute nach dem Aufbruch im Sommer 2021 liegt, dürfte die vor einem Sturm sein, der sich erneut zum weltpolitischen Konflikt auswachsen könnte. (ob)

► [www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz](http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz)

### Historisches Kalenderblatt

**5. November 1757:**  
Preußische Truppen schlagen bei Roßbach im Siebenjährigen Krieg die doppelt so starken Franzosen und deren verbündete Reichsarmee. Dieser erste große Sieg über Frankreich seit 1640 verschaffte Friedrich II. hohes Ansehen vieler Deutscher.

Gen-Variante sorgte für  
höhere Pest-Immunität

LONDON. Der zwischen 1346 und 1353 grassierende „Schwarze Tod“ gilt als die möglicherweise folgenschwerste Pandemie in der Geschichte der Menschheit: In manchen Regionen Europas fiel jeder zweite Einwohner dem Bakterium *Yersinia pestis* zum Opfer. Besonders Regionen in Frankreich, Skandinavien, Süddeutschland oder Mittelitalien waren betroffen, während Polen kaum tangiert war. Allerdings überlebten selbst in den Infektionsepidemiezentren viele Infizierte. Das veranlaßte ein Wissenschaftlerteam unter Luis B. Barreiro von der University of Chicago, 516 DNA-Proben von Menschen aus England und Dänemark, welche vor, während oder nach der Seuchewelle gestorben waren, auf genetische Auffälligkeiten hin zu untersuchen. Dabei fanden die Forscher tatsächlich mehrere immunbezogene Gen-Varianten, die für höhere Mortalitätsraten oder aber größere Widerstandskraft sorgten. Eine davon, genannt ERAP2rs2549794, steigerte die Überlebenschancen um rund vierzig Prozent und taucht deshalb nun auch deutlich häufiger im Erbgut der jetzt Lebenden auf als im Gen-Pool der Bevölkerung der Zeit vor 1346 (*Nature*, 43/22). Die Anpassung des menschlichen Immunsystems an die Pest hat jedoch gleichermaßen zu Nachteilen geführt. So neigen Träger der Resistenzgene heute stärker zu Autoimmunerkrankungen, weil ihre Abwehr quasi hyperaktiv reagiert. (ts)  
► [www.nature.com](http://www.nature.com)

Japanischer Ausharrer tötete  
noch über dreißig „Feinde“

HEIDELBERG. Als das Kaiserreich Japan am 2. September 1945 kapitulierte, erfuhren viele verstreute kleinere Einheiten der Tenno-Armeen nichts davon oder hielten entsprechende Nachrichten für feindliche Propaganda. Das führte dazu, daß manche Soldaten sich noch jahrzehntelang weiter im Krieg wählten. Einer dieser sogenannten Holdouts (Ausharrer) oder Straggler (Zurückbleiber) war Leutnant Onoda Hirō, der Ende 1944 mit dem Auftrag auf die kleine und dicht bewaldete Philippinen-Insel Lubang kam, dort den Guerilla-Krieg gegen eventuell anlandende Amerikaner zu organisieren. Onoda kapitulierte erst im März 1974, als ihm sein früherer Vorgesetzter persönlich den Befehl dazu erteilte. Das Pflichtbewußtsein des Offiziers wurde später vielfach idealisiert, dabei hatte der in den fast drei Jahrzehnten nach Kriegsende über dreißig Menschen auf Lubang ermordet und um die einhundert verletzt sowie tausendfachen bewaffneten Raub begangen (Online-Ausgabe von *Spektrum der Wissenschaft* vom 19. Oktober 2022). Trotz dieser Gewaltakte gegen Zivilisten amnestierte der philippinische Diktator Ferdinand Marcos Onoda. Dieser kehrte zunächst nach Japan zurück, lebte dann aber nach 1975 größtenteils in Brasilien. Lubang besuchte er 1996 noch einmal, wo er einer Schule in seiner Versteckregion 10.000 Dollar spendete. (ts)  
► [www.spektrum.de/news](http://www.spektrum.de/news)

## Erste Sätze

England nennt sich mit Stolz eine Demokratie.

Karl Heinz Abshagen: *König, Lords und Gentlemen. Einfluß und Macht der englischen Oberschicht*, Stuttgart 1938

Fackel im  
WüstenwindKriegswende im Herbst 1942: Der britische Sieg in Ägypten  
und die alliierten Landungen in Nordwestafrika

DAG KRIENEN

Im Frühjahr und Sommer 1942 hatten die Achsenmächte Italien und Deutschland im Mittelmeerraum noch größere Erfolge erzielt. Den Höhepunkt hatte die Einnahme Tobrucks im Juni und der sich anschließende Vorstoß der unter dem Kommando Erwin Rommels stehenden deutsch-italienischen Panzerarmee nach Ägypten gebildet (JF 25/22). Diesen hatten jedoch die Briten bei El Alamein zum Stehen gebracht. Rommel unternahm im Juli und Anfang August noch zwei Durchbruchversuche, die vor den britischen Stellungen scheiterten. Danach gingen auch die Achsenmächte zu einem defensiven Stellungskrieg über und verschanzten sich wie die Briten hinter einem raffiniert angelegten System von Minenfeldern und stark befestigten Stützpunkten. Doch arbeitete die Zeit nun gegen sie.

Der Verlust von Tobruk im Juni 1942 hatte zu einer Klärung der strategischen Prioritäten zwischen US-Präsident Roosevelt und dem britischen Premier Winston Churchill und ihren Stäben geführt. Man einigte sich darauf, daß zunächst der Mittelmeerraum den Schwerpunkt ihrer militärischen Anstrengungen in Europa bilden sollte. Der Mittlere Osten einschließlich Ägyptens würde weiterhin in die Verantwortung der Briten fallen, diese allerdings massiv mit Waffen aus amerikanischer Produktion verstärkt werden. Zugleich drängte Churchill erfolgreich auf eine Landung in Nordwestafrika, das damals unter der Kontrolle Vichy-Frankreichs stand, um die Achsenmächte in Afrika in die Zange zu nehmen.

General Montgomery fürchtete  
sich vor dem „Wüstenfuchs“

Den ersten Schlag sollte die britische Armee in Ägypten führen. Rommel bewertete schon im September die Versorgungslage der deutsch-italienischen Panzerarmee an der El-Alamein-Front als „äußerst kritisch“. Die verabsäumte Invasion auf Malta rächte sich nun. Zwar scheiterten im Juli noch alle Versuche der Briten, dorthin Nachschubgeleitzüge durchzubringen. Auch der im August von Gibraltar nach Malta geleitete Konvoi (Operation Pedestal) erlitt durch die Angriffe deutscher und italienischer Flugzeuge, U- und Schnellboote schwerste Verluste an Kriegs- und Frachtschiffen. Doch gelang es 5 von 14 Frachtern durchzukommen, darunter auch ein Tanker mit 10.000 Tonnen Treibstoff.



US-General George Patton in Algerien 1942: Die Alliierten fürchteten Rommels Militärgenie

Flugzeuge und U-Boote waren nun wieder in der Lage, von Malta aus gegen die Nachschubgeleite der Achse vorzugehen. Hatten im Juli 1942 von 97.794 Tonnen verschifften Gütern der Achsenmächte noch 91.491 Libyen erreicht, waren es im August von 77.224 Tonnen nur noch 51.655 und im Oktober von 83.695 Tonnen nur noch 46.738.

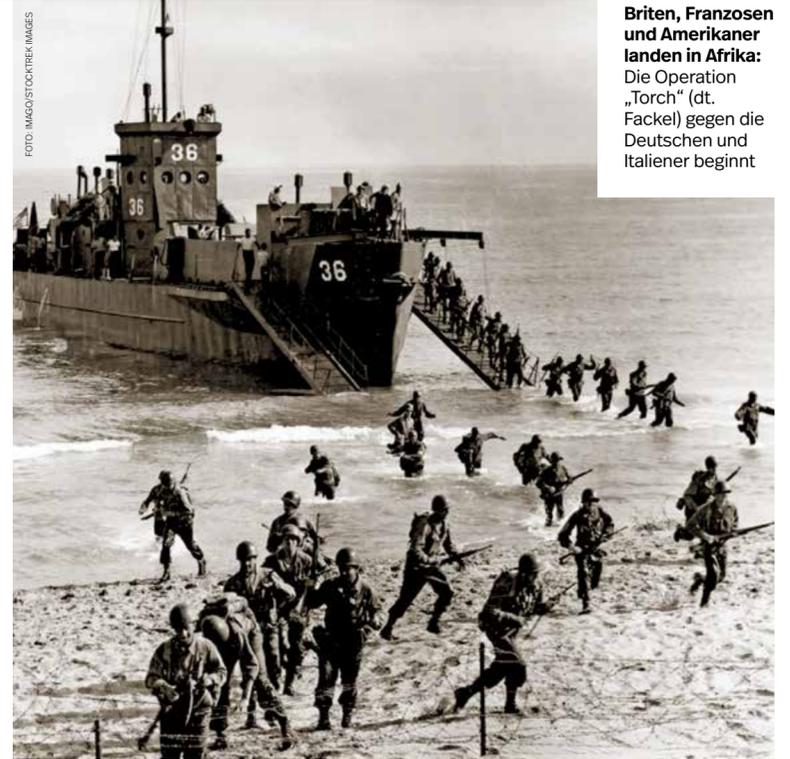
Zwar wurde Rommels Armee durch die Zuführung einiger ursprünglich für die Invasion Malts vorgesehener Verbände auf dem Luftwege personell leicht verstärkt, die aber keine ausreichende Fahrzeugausstattung besaßen. Die Verpflegungsstärke der Panzerarmee betrug am 23. Oktober gut 100.000 Mann, einschließlich Kranker, Verwundeter und rückwärtiger Dienste. Die effektive Gefechtsstärke betrug nur rund 60.000 Mann.

Demgegenüber konnte der neue Oberbefehlshaber der britischen 8. Armee, Bernard Montgomery, seine Streitmacht auf eine Gefechtsstärke von rund 195.000 Mann erhöhen und die Stärke und Qualität seiner Panzerverbände durch den Zulauf von modernen amerikanischen Sherman-Panzern stark vermehren. Am 23. Oktober verfügte er über 700 schwerbewaffnete sowie 420 schnelle und leichte Kampfpanzer an der Front sowie 1.200 in Reserve und Reparatur.

Demgegenüber besaß die Panzerarmee Afrika nur 250 einsatzbereite deutsche und 300 italienische Kampfpanzer, darunter nur 120 deutsche mit Langrohrkanonen. Der Rest der deutschen und praktisch alle italienischen Panzer konnte es mit den 700 schweren Kampfpanzern der 8. Armee nicht aufnehmen. Das galt auch für die meisten Panzerabwehrwaffen der Italiener. An Luftstreitkräften verfügten die Achsenmächte in Nordafrika über 150 einsatzbereite deutsche und 200 italienische Flugzeuge, die Western Desert Air Force über 530 einsatzbereite Maschinen, darunter 420 Jagdflugzeuge und Jagdbomber, die den meisten der eingesetzten italienischen Jagdflugzeugmodelle überlegen waren.

Und noch einen weiteren Vorteil genossen die Briten: sie konnten aufgrund des Knackens der deutschen Funkschlüssel die deutschen Operationsabsichten frühzeitig erfassen. Doch trotz all dieser Vorteile plante Montgomery, anders als seine Vorgänger, keine mobile Panzer-, sondern eine systematisch durchgeführte Abnutzungsschlacht, bei der die personell und materiell weit überlegenen Empire-Truppen schrittweise in das deutsche und italienische Stellungssystem einbrechen und es systematisch zerschlagen sollten.

Am Abend des 23. Oktober begann die Operation Lightfoot, der Großangriff der 8. Armee, der zunächst durch deutsch-italienische Gegenangriffe



noch eingedämmt werden konnte. Die sich entwickelnde Abnutzungsschlacht konnten die unterlegenen Deutschen und Italiener aber mangels Nachschub von Treibstoff und Munition nicht gewinnen, während die 8. Armee sich trotz großer Verluste ein „beharrliches Durchfressen“ durch die Achsenstellungen leisten konnte. Am 2. November plante Rommel den Rückzug der gesamten Panzerarmee aus der El-Alamein-Stellung, wurde durch einen Haltebefehl Hitlers aber zunächst noch gehindert. Als jedoch britischen Panzern am 4. November ein Durchbruch sowohl durch die Stellungen des Deutschen Afrikakorps als auch bei der italienischen Panzerdivision Ariete gelang, ordnete er den Abbruch der Schlacht und den allgemeinen Rückzug an.

Wider Erwarten gelang es den verbliebenen motorisierten Verbänden der Achse, sich vom Feind zu lösen und der Vernichtung zu entgehen. Der inhaltende Widerstand der unmotorisierten italienischen Infanterie trug dazu bei. Zum anderen fürchtete Montgomery weiterhin Rommel als Genie des beweglichen militärischen Manövers und verzichtete auf kühne Vorstöße zur endgültigen Vernichtung des Feindes zugunsten eines langsamen, systematischen und risikolosen Vorrückens.

Die über nur wenige einsatzbereite Panzer verfügende, stark abgekämpfte deutsch-italienische „Panzerarmee“ mußte sich bis Ende November nicht nur aus Ägypten, sondern auch aus der italienischen Kyrenaika (Ost-Libyen) zurückziehen. Der verfügbare Treibstoff reichte nie aus, um zu einer beweglichen Kriegführung mit größeren Gegenangriffen überzugehen. In Tripolitanien konnte sie sich zeitweise in schwer zu umfassenden Stellungen

(Marsa-El-Brega, Buerat) etwas länger halten. Am Ende mußte Rommel jedoch auch Tripolis (am 22. Januar 1943) aufgeben und sich Anfang Februar hinter die tunesische Grenze zurückziehen. Die dort von den Franzosen vor 1939 gebaute befestigte Mareth-Linie bot dort einen gewissen Rückhalt.

Tunesien – letzter Brückenkopf  
Deutschlands in Afrika

Zwischenzeitlich hatten Briten und Amerikaner im November die im Sommer 1942 verabredete Landung von Heereskräften in Französisch-Nordafrika in Marokko sowie bei Oran und Algier in Algerien durchgeführt („Torch“ = Fackel). Landungen weiter ostwärts in Tunesien oder gar Libyen waren von den alliierten Stäben als zu gewagt beurteilt worden. Drei gemischte Kampfgruppen landeten am 8. November 1942 jeweils rund 20.000 Mann an Kampfgruppen (Amerikaner, Briten und Frei-Franzosen) an. Sie stießen zu Lande nur auf geringen Widerstand, während sich die französische Marine nach Kräften zur Wehr setzte, gegen die alliierte Übermacht aber keine Chance hatte. Hier war noch der hinterhältige Angriff der Briten auf die französische Waffenstillstandsflotte im Juli 1940 bei Mers-El-Kebir in schlechter Erinnerung. Am 10. November befahl jedoch der französische Marinechef und Oberbefehlshaber in Nordafrika, Admiral Darlan, allen Widerstand einzustellen.

Auf deutscher und italienischer Seite war eine solche Landung erwartet worden. Das bislang unter der Kontrolle der Vichy-Regierung stehende Südfrankreich und die Insel Korsika wurden ab dem 11. November von deutschen und italienischen Truppen besetzt (Operation Anton). Schon zwei Tage zuvor waren deutsche Fallschirmjäger nach Tunesien geflogen worden. Die in Algerien angelandeten alliierten Truppen stießen, als 1. britische Armee firmierend, rasch nach Westen vor, trafen aber bereits am 17. November kurz hinter der tunesischen Westgrenze auf deutsche Vorhuten. Tatsächlich gelang es den Achsenmächten, ihren zunächst nur improvisierten Verbänden weitere Verstärkungen zuzuführen, darunter die deutsche 10. Panzerdivision aus Südfrankreich, und bis zum Jahresende eine durchlaufende Frontlinie im Westen Tunesiens aufzubauen und zu stabilisieren. Mit dem Eintreffen von Rommels „Panzerarmee“ an der tunesischen Südostgrenze war es den Achsenmächten Anfang Februar 1943 damit zunächst noch einmal gelungen, einen scheinbar verteidigungsfähigen Brückenkopf in Afrika zu bilden.

## Operation „Torch“, alliierte Landung in Marokko und Algerien



## Unsere nächsten Veranstaltungen:



Michael Klonovsky

**Im Abgang ein Hauch von Schwefel**

Reaktionäres vom Tage.  
Acta diurna 2020-2021

Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
9. November 2022, 19 Uhr

Foto: © Privat



Karlheinz Weißmann

**Lexikon politischer Symbole**  
Die Bedeutung für Politik  
und Gesellschaft

Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
16. November 2022, 19 Uhr

Foto: © JF



Bazon Brock

**Autorität durch Autorschaft**  
Gegen die Diktate des  
Kulturalismus

Abendkasse: 10 € / 5 €

**Vortrag mit Diskussion**  
7. Dezember 2022, 19 Uhr

Foto: © Privat



Fritz Söllner

**Die Krise als Mittel zur Macht**

Wie Krisen für politische  
Ziele genutzt werden

Abendkasse: 10 € / 5 €

**Buchvorstellung**  
11. Januar 2023, 19 Uhr

Foto: © Privat



BIBLIOTHEK  
DES  
KONSERVATISMUS

Eintritt nur nach Anmeldung unter  
E-Mail: [veranstaltungen@bdk-berlin.org](mailto:veranstaltungen@bdk-berlin.org)  
Fax: 030 - 315 17 37 21

Bibliothek des Konservatismus  
Fasanenstraße 4  
10623 Berlin

Tel.: 030 - 315 17 37 25  
Web: [www.bdk-berlin.org](http://www.bdk-berlin.org)

## Von Propheten und Skandalen

Auch der Gründer des Islams hatte Schwächen und Fehler

WERNER OLLES

Vor über zehn Jahren legte der Marburger Medizinhistoriker, Biologe, Verleger und Publizist Armin Geus mit „Die Krankheit des Propheten“ einen „pathographischen Essay“ vor, der die diversen Psychosen Mohammeds diagnostizierte und analysierte, die von religiösem Wahn bis zur paranoid-halluzinatorischen Schizophrenie reichten und bereits in der Zeit seines unseligen Wirkens recht gut belegt waren. Aktuell hat Geus mit dem schmalen Band „Ibrahims Vater“ noch einmal nachgelegt und damit ein brisantes Thema vertieft, das bislang leider auch nicht in den Islamwissenschaften der anglo-amerikanischen und europäischen Orientalistik behandelt wurde.

Es geht um die koptische Sklavin Maria al-Quibtya, die im Sommer 629 gemeinsam mit ihrer Schwester Sirin und in Begleitung eines Eunuchen als „diplomatisches Geschenk“ des orthodoxen Patriarchen Cyrus von Alexandria Mohammed in Medina überreicht wurde. Ein Jahr danach brachte sie einen Sohn zur Welt, der Ibrahim ge-



**Armin Geus:** Ibrahims Vater. Basiliken-Präse, Marburg an der Lahn, 2022, gebunden, 63 Seiten, 14,80 Euro

nannt wurde. In den islamischen Schriften wird der Prophet zwar als dessen leiblicher Vater bezeichnet, obwohl er bekanntlich schon zum Zeitpunkt der Geburt seit Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit wegen einer chronischen Infektion des Urogenitalsystems zeugungsunfähig war. Mohammed selbst verdächtigte den Eunuchen, die junge Frau geschwängert zu haben und beauftragte seinen Schwiegersohn Ali, als die Gerüchte um seine zweifelhafte Vaterschaft immer lauter wurden, den Eunuchen unverzüglich zu töten. Beim Anblick des nackt badenden Mannes konnte Ali sich jedoch davon überzeugen, daß der Kastrat keine Schuld hatte. Der Prophet beanspruchte nun die Vaterschaft für sich.

Erstmals stellt der Verfasser im vorliegenden Essay die umstrittene Vaterschaft Mohammeds zur Diskussion und untersucht kritisch dessen durchaus widersprüchliches Verhalten. Damit versteht sich das Büchlein auch als Beitrag zur wissenschaftlichen Demontage der verhängnisvollen Legende, der Prophet habe stets unfehlbar entschieden und vor allem einen vollkommen untadeligen Lebenswandel geführt. Tatsächlich hatte die Ankunft Marias im Harem bereits einen Skandal ausgelöst, der dessen Fortbestand gefährdete. Es war also nicht allein der synkretistische Zugriff Mohammeds auf altarabische, jüdische und christliche Traditionen, die bitteren Demütigungen seiner Kindheit und Jugend und die Möglichkeit, der „Liebling Allahs“ sei von Dämonen beherrscht, die etliche seiner Zeitgenossen zu der Überzeugung kommen ließen, er sei ein „Zauberer, Lügner und Besessener“. Es war wohl nicht zuletzt auch seine bedrohte männliche Vitalität, die ihn nach und nach in den Wahn hineindrängte.

# Neuer Feind aus alten Zeiten

### Beruhete die ehemals kooperative China-Politik der USA und des Westens auf Illusionen? Ein amerikanisches Plädoyer für die Eindämmung Chinas

ERICH WEEDE

Aaron Friedberg lehrt Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Princeton University. China und die amerikanische China-Politik sind seit Jahren sein Arbeitsgebiet. Gleich im Vorwort wirft er China Repression im Innern und Aggression nach außen vor und eine Handels- und Industriepolitik, die dem Westen schadet. Nach Friedberg kann sich der Westen nicht länger erlauben, den brutalen Charakter des Regimes zu übersehen. Mit der Einbindung Chinas in die vor 40 Jahren noch eindeutig vom Westen dominierte Weltwirtschaft hat der Westen das Wachstum eines immer gefährlicher werdenden Rivalen gefördert.

Die frühe China-Politik in den 1970er und 1980er Jahren war geopolitisch motiviert. Indem der Westen China stärkte, sollte die Sowjetunion geschwächt werden. Es gab eine stille Partnerschaft zwischen China und den USA bei der Eindämmung der Sowjetunion. Der kommunistische Charakter des Regimes galt als irrelevant. Mit dem Zugang zum chinesischen Markt verbanden sich im Westen große Hoffnungen: Liberalisierung der Märkte, Profite für westliche Unternehmen, mit zunehmendem Wohlstand des Landes auch eine Demokratisierung des Regimes. Es galt die große Hoffnung: Im Interesse von wirtschaftlicher Effizienz und Wachstum würde das Regime seinen Bürgern mehr Freiheit geben müssen. Durch wirtschaftliche Zusammenarbeit würden die Chinesen westliche Gewohnheiten annehmen und verantwortungsvolle Partner des Westens werden. Was Friedberg nicht explizit schreibt, aber der sorgfältige Leser erkennen kann, ist, daß das westliche Angebot immer auf eine chinesische Juniorpartnerschaft und Akzeptanz der westlichen Spielregeln hinauslief. Friedberg fragt sich nicht, ob ein derartiges Angebot für ein Land von Chinas Größe und Geschichte attraktiv sein konnte.

Nach Friedberg machte der leninistische Charakter des Regimes den im Westen erwarteten Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozess immer schon unwahrscheinlich. Das Hauptziel der kommunistischen Parteielite war immer die Erhaltung des Regimes, seiner Kontrolle über die eigene Bevölkerung und Machtentfaltung nach außen, zumal der Nationalismus neben dem wirtschaftlichen Erfolg die Legitimationsbasis des Regimes geworden ist. Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat das Interesse an Kontrolle nur weiter verstärkt. Westliche Investitionen in China, Handel mit dem Westen, die Entsendung von Studenten in den Westen wurden als Risiken in Kauf genommen. Wie große Risiken die Partei dabei eingegangen ist, wird bei dem Verweis auf einige Wirtschaftsdaten klar. Danach macht der nicht-staatliche Teil 60 Prozent von Chinas Volkswirtschaft aus, 70 Prozent der Innovationen, 80 Prozent der städtischen Beschäftigung und 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze. Was im Westen erhoffte Veränderungen waren, waren für die herrschende Partei Gefahren, die es zu kontrollieren galt. Herrschaft des Rechts war nie akzeptabel, nur der Einsatz des Rechts ein Mittel zur Kontrolle der Bevölkerung und der Wirtschaft. Die Machtbefugnisse der Parteispitze sollten nie durch das Recht begrenzt werden, aber die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen und Marktteilnehmer durchaus. Bei Friedberg hat man den Eindruck, daß die unterschiedliche Vorstellung



**Xi Jinping spricht auf dem 20. Parteitag der KP Chinas:** Nie zuvor war der chinesische Kommunismus so gefährlich

von der Rolle des Rechts in China und im Westen nur durch das leninistische Erbe in China bedingt sei, andere Autoren sehen das auch in der chinesischen Herrschaftstradition verwurzelt.

Die Parteielite hat Chinas Abhängigkeit von westlichen Investoren, Technologien und Märkten immer als Gefahr gesehen. Deshalb gab es immer schon ein großes Interesse daran, importierte Technologien auszuspielen, zu meistern, weiterzuentwickeln. Neuerdings will man die Hochtechnologien der Zukunft sogar in eigenen Lande entwickeln, sogar die globale Technologieführerschaft erringen und globale Standards setzen. Die Abhängigkeit von westlichen Märkten soll reduziert werden. Noch nehmen die USA und Europa je 20 Prozent von Chinas Exporten auf – zusammen mit Japan, Südkorea und anderen westlich orientierten Volkswirtschaften mindestens die Hälfte. Um die Abhängigkeit von westlichen Märkten zu verringern, müßte der heimische Konsum gestärkt werden, was der Bevölkerung und weniger dem Kontrollbedürfnis der Partei zugute käme. Die duale Zirkulation gibt das Ziel vor, die inländischen Wertschöpfungsketten möglichst lückenlos zu gestalten, aber dennoch wesentliche Teile globaler Wertschöpfungsketten in China zu halten und damit gleichzeitig globalen Einfluß auszuüben und äußeren Einflüssen gegenüber widerstandsfähig zu sein.

### China umzingelt die reichen Länder der westlichen Welt

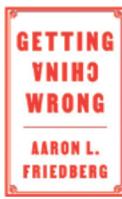
Seitdem der chinesische Zugang zum amerikanischen Markt nicht mehr jährlich – wie Anfang der 1990er Jahre noch – zur Debatte steht, erst recht seitdem China in die Welthandelsorganisation als gleichberechtigter Partner aufgenommen worden ist, sind die Möglichkeiten des Westens verringert. Druck auf China auszuüben. Seit den Terroranschlägen am 11. September 2001 auf die USA hofft man in China darauf, daß die USA dadurch von China abgelenkt seien. Seit der Finanzkrise von 2008, der Eurokrise, dem Brexit, der Wahl Trumps und dem anfänglichen Versagen beim Umgang mit der Corona-Pandemie in westlichen Ländern bekommt China immer mehr Selbstvertrauen und Mut, erwartet den Niedergang des We-

stens, stellt das eigene Regime als vorbildlich hin. Menschenrechte gelten zunehmend als westliche Merkwürdigkeit. Xi knüpft an Maos Strategie aus der Zeit des Guerillakrieges an: die Städte durch Eroberung des Landes umzingeln, nur jetzt global gedacht, wo der Westen die Rolle der Städte und der arme Süden die Rolle des Umlandes einnimmt.

Im letzten Kapitel entwickelt Friedberg seine Vorschläge für eine klügere Politik. Ein neuer kalter Krieg läßt sich nicht vermeiden oder gar gewünscht. In Anbetracht des leninistischen Charakters des Regimes ist der unvermeidbar. Es kann nur darum gehen, ihn zu gewinnen. Weil eher zu den USA als zu China neigende Volkswirtschaften China mehrfach überlegen sind, ist das auch machbar. Es ist eine Frage des politischen Willens. Der Westen muß sich abgewöhnen, bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nur an absolute Gewinne zu denken, also große Vorteile für China hinzunehmen, wenn das Geschäft auch für die eigene Seite vorteilhaft ist. Der Westen muß auf relative Gewinne achten, auf Macht statt Profit. Ohne es so zu nennen, empfiehlt Friedberg auch dem Westen eine duale Zirkulation anzustreben, bei der der Westen von chinesischen Zulieferungen unabhängig wird, aber China vom Westen abhängig bleibt. Vor allem darf der Westen China nicht am eigenen technologischen Fortschritt partizipieren lassen. Militärisch plädiert Friedberg für eine Aufrüstung der USA und des Westens gegen China, auch für die Verteidigung Taiwans gegen Übergriffe der Volksrepublik. Der Westen muß auch versuchen, Rußland aus dem Einvernehmen mit China zu lösen.

Das Buch ist gut lesbar. Der Standpunkt eindeutig und bedenkenswert. Man kann darüber streiten, ob die sich abzeichnende Rivalität zwischen Amerika und China aus dem leninistischen Charakter des Regimes resultiert, wie Friedberg meint, oder aus der bloßen Tatsache, daß China das Potential zur Weltmacht hat und die USA ihre dominierende Rolle nicht aufgeben wollen, wie aus den Lehren der realistischen Schule der Weltpolitik folgt. Weil Friedbergs Denken in den letzten Jahren immer repräsentativer für die herrschende Elite in Washington geworden ist, bedeutet das für die deutsche exportorientierte Industrie, daß wir uns nicht mehr lange aus der Rivalität der Weltmächte heraushalten können, daß wir bei und mit der voraussichtlichen Parteinelite für die USA mit zunehmenden Schwierigkeiten auf dem chinesischen Markt rechnen müssen. Unser Entscheidungsspielraum schrumpft. In einem asiatischen Sprichwort heißt es: Wo Elefanten kämpfen, da leidet das Gras.

**Prof. Dr. Erich Weede, Jahrgang 1942, ist Sozial- und Politikwissenschaftler und hat in Mannheim, Köln und Bonn sowie in den USA gelehrt.**



**Aaron Friedberg:** Getting China Wrong. Medford, MA: Polity Press 2022, 242 Seiten, 29,95 US-Dollar

Frisch gepreßt

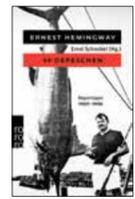


**Im Dienste des Kaisers.** Es kommt einem Ernst Seyffardts Kantate „Aus Deutschlands großer Zeit“ in den Sinn, schlägt man Frank Langers Dokumentation eines Soldatenlebens auf: Der junge Erich Mittler entflieht der hessischen Provinz, um die Welt zu sehen. In des Kaisers Rock reist er um die Welt, von Kirchhain bis in die deutsche China-Kolonie Kiautschou. Er nimmt am Kampf gegen die Boxer teil, bewährt sich, schafft den Sprung in des Kaisers Garde. Doch gerade als für ihn die „herrlichen Zeiten“ wahr werden, bricht der Weltkrieg aus, und schon beim zweiten Angriff fällt der Feldwebel-Leutnant im Feuer. Es ist dem Autor anzurechnen, daß er mit diesem Schicksal den vielen Soldaten der Epoche ein Denkmal setzt. Auch verzichtet er auf die Arroganz der Nachgeborenen, alles im Lichte des Heute zu sehen. Stattdessen läßt er Mittler durch dessen Briefe sprechen, die er nur dezent verbindet. Doch diese Authentizität ist auch die Schwäche des Bändchens – erschöpfen sich die Episteln doch in der Darstellung äußerer Geschehnisse, die dem halbwegs Bewanderten im allgemeinen bekannt sind. Reflexionen waren Mittlers Sache nicht. Entschädigt wird der Leser aber durch eine erstaunlich üppige Bebilderung, die das Schmökern zur wahren Freude macht. (mo)



**Frank Langer:** Von Kirchhain nach Kiautschou. Seesoldat und Gardist Erich Mittler – auf den Spuren eines „Peking Kriegers“, im Selbstverlag, Kirchhain, 2022, kartoniert, 155 Seiten, 19,80 Euro

**Hemingway.** Die Hochzeit von Ernest Hemingways Ruhm in Deutschland fiel ins erste Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Seine Art, Wirklichkeit literarisch zu gestalten, kam den Bedürfnissen einer Leserschaft entgegen, die nach ihren NS-Erfahrungen auf ideologisch aufgeladene Texte erst mal keinen Appetit mehr hatte. Ihnen gefiel Hemingways karger, scheinbar auf fotografisch genaue Wiedergabe der Welt bedachter Stil. In seinem „Irischen Tagebuch“ hat Heinrich Böll, der „deutsche Hemingway“, diese Lakonie perfekt übersetzt. Wie man nach Jahrzehnten erkennen kann, verstellt diese „Kurze Sätze“-Prosa jedoch den Einblick in die komplexen „porösen Strukturen unseres Daseins“ (Arno Schmidt). Aber Hemingway, verdammt zur leeren Existenz zwischen Angeln, Jagen, Stierkampf und Alkohol, konnte nicht anders. Er kam vom Journalismus her, wo man in der Regel an der Oberfläche haftet. Wie stark Hemingways belletristisches Werk von „einfachen Sprache“ des Journalisten geprägt war, kann jetzt an den Neuauflagen seiner zumeist langweiligen Reportagen überprüft werden. (wm)



**Ernest Hemingway:** 49 Despatches. Reportagen 1920–1956. Rowohlt, Berlin, 2022, broschiert, 511 Seiten, 14 Euro

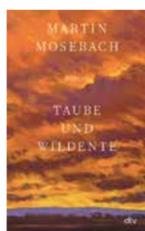
**Roger Scruton**  
**Zur Nation**  
Ein Pamphlet



Sir Roger Vernon Scruton (1944–2020), britischer Philosoph und Publizist, war ein hochkultivierter, streitbarer Radikalkonservativer, der politisch in der Nachfolge von Edmund Burke stand. „Es waren in Stein gemeißelte Sätze, die er mit charmanter Eleganz vorbrachte...“, Mario Vargas Llosa, Nobelpreisträger für Literatur, über Scruton. 100 S., Pb.

Best.-Nr.: 96075 23 Euro

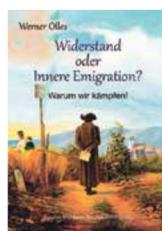
**Martin Mosebach**  
**Taube und Wildente**  
Roman



Sprachgewaltig, bildstark, stimmungsvoll: Martin Mosebach, Spiegel-Bestsellerautor und Büchner-Preisträger, erzählt in diesem Roman einer Ehe, der zugleich der Roman eines Gemäldes ist, von Schuld und Versöhnung, Liebe und Verlust. Ein flammender Roman über Kunst, Liebe und Verrat. 336 S., geb.

Best.-Nr.: 96071 24 Euro

**Werner Olles**  
**Widerstand oder Innere Emigration?**  
Warum wir kämpfen!



In Essays und Rezensionen beschäftigt sich Werner Olles mit den Verfallserscheinungen unserer Zeit, mit Gender-Wahnsinn, der Dekadenz der links-grünen Ideologen, den Lügen und Manipulationen durch die alles beherrschenden Medien und dem Kotau der Kirche vor dem grassierenden Islamismus in Deutschland und Europa. 185 S., Pb.

Best.-Nr.: 96055 14 Euro

**Kai Ambos**  
**Doppelmoral**  
Der Westen und die Ukraine



Der deutschen Diskussion um den Ukraine-Krieg liegt die Annahme zugrunde, dass unsere Verurteilung des russischen Angriffskriegs von der ganzen Welt geteilt wird. Diese Annahme ist jedoch unzutreffend und es ist Zeit, selbstkritisch nach den Gründen dafür zu fragen. Ist möglicherweise die Doppelmoral des Westens verantwortlich dafür? 96 S., Pb.

Best.-Nr.: 96033 15 Euro

JF Buchdienst

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor / Kurztitel	Euro

Bestelladresse: \_\_\_\_\_ Kundennummer: \_\_\_\_\_  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen. (Falls zur Hand)

Vorname/Name: \_\_\_\_\_

Straße/Nr. (Kein Postfach): \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_ E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Datenschutzhinweis:**  
 Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden.  
**Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter jf.de/datenschutz

**Versand:** Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab 70 Euro. Darunter beträgt der Versandkostenanteil 4,90 Euro. Auslandslieferung nur gegen Vorkasse. EU: 12 Euro. Übriges Europa: 14 Euro. Welt: 18 Euro. Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin Fax: 030-86 49 53-40  
Bestelltelefon: 030-86 49 53-25 · www.jf-buchdienst.de

Abbildungen können vom Original abweichen.

„Grüner“ Wasserstoff aus  
Afrika: Nur Zukunftsmusik

HAMBURG. Im Mai 2021 verkündete die Bundesregierung ihre „Wasserstoff-Partnerschaft mit Afrika“. Forschungsministerin Anja Karliczek (CDU) schwärmte davon, Westafrika könne zum „klimafreundlichen Powerhouse der Welt“ werden. Dort ließe sich soviel Wasserstoff (H<sub>2</sub>) produzieren, daß der deutsche Bedarf 2030 um das 1.500fache übertroffen werde. Auch der Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft sieht „grünen“ Wasserstoff als „großen Treiber“ der Wirtschaftsbeziehungen. Trotzdem sollte man, wie der Umweltjournalist Tillmann Elliesen warnt, nicht auf das angebliche „Öl des 21. Jahrhunderts“ vertrauen. Habe man es doch hier nicht mit einer Energiequelle, sondern nur mit einem Speichermedium für aus anderen Quellen gewonnene Energie zu tun. Dafür sei viel Wind- und Solarstrom nötig, über den Niger, Mali oder Burkina Faso (Obervolta) aber nicht verfügen. Auch langfristig kommen für den H<sub>2</sub>-Export nur Küstenstaaten – Marokko, Mauretanien, Namibia und Südafrika – in Frage, da für unsichere Binnenländer der Transport über lange Pipelines „reine Zukunftsmusik“ sei (*Welt-Sichten*, 7-8/22). (ck)  
► [www.afrikaverrein.de](http://www.afrikaverrein.de)

Rechner als OP-Assistenten:  
Präzise, aber kostenträchtig

HEIDELBERG. Mehr als 24.000 künstliche Hüftgelenke und 190.000 neue Kniegelenke haben Orthopäden 2019 in Deutschland eingesetzt. Dennoch sei jeder Eingriff eine „Herausforderung“, konstatiert Tobias Renkawitz (*Spektrum der Wissenschaft*, 5/22). Der Ärztliche Direktor der Orthopädischen Uniklinik in Heidelberg sieht das Hauptproblem in der richtigen Einschätzung des Zusammenspiels zwischen den Implantaten. Auch Routinieren würden sich bei der korrekten Platzierung irren, so daß der Prothesenkopf aus der Hüftpfanne springe und zur erneuten OP und Rehabilitation zwingt. Computergestützte OP-Navigation könne das verhindern. So gelang es PC-assistierten Chirurgen in 93 Prozent der Fälle, die Gelenkarchitektur präzise zu rekonstruieren, ihren nach dem Freihandverfahren operierenden Kollegen nur in 54 Prozent. Leider sei das Roboterarm-System kein Standard, denn das verursache primär Kosten, mit denen sich an „Fallpauschalen“ orientierte Krankenhausbetreiber ungen belasteten. (gl)  
► [www.klinikum.uni-heidelberg.de](http://www.klinikum.uni-heidelberg.de)

Wepa: In der polnischen  
Fabrik auf Kohle umgestellt

ARNSBERG. In der Hygienepapierherstellung läßt sich Erdgas nur teilweise ersetzen. „55 Prozent unseres gesamten Energieverbrauchs ist prozessbedingt Gas“, erklärte Martin Kregel, Chef des sauerländischen Familienunternehmens Wepa im *Handelsblatt*. Dessen Preis sei um das Zehnfache gestiegen, die Stromkosten bewegten sich „auf einem nie dagewesenen Höchststand“. An Ersatz werde in allen 13 Wepa-Fabriken gearbeitet: „An unserem Stammsitz in Arnsberg hatten wir noch Öltanks, in anderen Werken setzen wir Leihkessel ein und nutzen dort, wo es möglich ist, leichtes Heizöl. In unserem polnischen Werk haben wir auf Kohle umgestellt“, erläuterte Kregel. In Frankreich seien die Energiekosten hingegen „pro Tonne Hygienepapier um 250 Euro niedriger als hierzulande“. (fis)  
► [www.wepa.eu/de/blog](http://www.wepa.eu/de/blog)



**Türkische Mülldeponie:** Das teure und aufwendige inländische Entsorgungssystem einfach in den globalen Süden auslagern?

CHRISTOPH KELLER

Das Jahr 1972 war ereignisreich: Die Nasa-Sonde „Mariner 9“ funkte Bilder vom Mars, die Air Force nahm das Flächenbombardement Vietnams wieder auf, Richard Nixon näherte sich Rotchina an, RAF und Palästinenser terrorisierten den Westen, die Norweger lehnten den EWG-Beitritt ab, die SPD wurde stärkste Partei und Willy Brandt erneut Bundeskanzler. Gleichzeitig mit dem deutsch-deutschen Transitabkommen trat das Abfallbeseitigungsgesetz in Kraft. Ein auf den ersten Blick nicht erinnerungswürdiges Faktum, weil es nach bürokratischer Materie klingt. Schaut man genauer hin, ist unübersehbar, daß dieses erste große deutsche Umweltgesetz eine ökologische Zeitenwende einläutete. Reagierte es doch auf eine Kardinalfrage westlicher Industrienationen: Wohin mit dem sich zu Gebirgen türmenden Müll der Konsumgesellschaft?

Bis dahin, was heute unvorstellbar ist, gab es zwischen Flensburg und Garmisch keine leistungsfähige Entsorgungsinfrastruktur. Nach nur groben landesgesetzlichen Vorgaben regelte jede Stadt und jeder Kreis seine Abfallwirtschaft in eigener Regie. In Form zumeist „wilder Entsorgung“ selbst von Schadstoffen und Giften Richtung Müllkippen und Deponien, die ungesichert mitten in der Landschaft lagen. Allein in Baden-Württemberg gab es 1972 noch 3.374 solcher „wilden Müllkippen“. Das Abfallbeseitigungsgesetz machte mit diesen skandalösen Zuständen im Laufe weniger Jahre Schluß, indem es die Müllentsorgung zentralisierte.

Abfallbeseitigung hielt mit der  
Wegwerfgesellschaft nicht Schritt

Die Umstellung kam langsam, aber stetig voran. So waren in Nordrhein-Westfalen 1975 zehn größere Müllverbrennungsanlagen (MVA) in Betrieb, in Hessen nur vier, in Baden-Württemberg, dessen Abfallbeseitigungsplan von 1972 den Bau von 51 MVA vorsah, gar erst kümmerliche zwei, weil die „protestfreudige“ Bevölkerung im Landle gegen viele ausgewählte Standorte mobil machte. Trotzdem galt die Konzentration auf relativ wenige Anlagen als umweltpolitischer Meilenstein, bis sich zeigte, daß deren Kapazitäten mit der keine „Grenzen des Wachstums“ respektierenden Abfallproduktion der Industrie und der Wegwerfgesellschaft nicht Schritt hielten, was Mitte der 1980er Jahre zum bundesweiten „Müllnotstand“ führte.

Um den zu beheben, hatten einige Bundesländer, darunter Baden-Württemberg, begonnen, ihren

Sondermüll in andere Bundesländer zu schaffen, da auch mit den neuen Anlagen die schädlichen Wirkungen der Entsorgung weder örtlich noch technisch einzugrenzen waren. Rheinland-Pfalz nahm den schwäbischen Sondermüll sogar gerne an, um die Rentabilität ihrer bestehenden MVA zu verbessern. Doch solche Improvisationen brachten keine Entspannung der Lage. 1986 sah sich erstmals ein grüner Umweltminister, Joschka Fischer in Hessen, mit dieser Katastrophe konfrontiert und reagierte auf die verzwickte Situation mit der ihm eignen vornehmen Zurückhaltung per *taz*-Botschaft: „Grüß von mittendrin in der Scheiße“.

Gegen heftige Proteste im eigenen Landesverband und von schleswig-holsteinischen Parteifreunde fand der „Realo“ Fischer schließlich den findigen Ausweg, giftigen hessischen Sondermüll auf einer DDR-Deponie im westmecklenburgischen Schönberg abzuladen. Der klamme SED-Staat gierte nach Devisen – unbekümmert um die zu erwartenden umweltschädlichen, Trinkwasser und Luft gefährdenden Auswirkungen der Deponie innerhalb der DDR und im nahen Lübeck. Dort verlangten die von der hessischen „Fundamentalistin“ Jutta von Dittfurth unterstützten holsteinischen Grünen vergeblich von Fischer, „die lawinenartige Zunahme der Industriemülltransporte“ sofort zu unterbinden.

Fischer erklärte daraufhin seine Ratlosigkeit, wich aber nicht von der Exportpraxis ab: „Auch ich will den Stopp für den Mülltourismus“, nur fehle ihm ein Beschluß, „der mir sagt, was ich stattdessen machen soll“. Erst im Zuge der Wende und Wiedervereinigung 1989/90 tat sich etwas: Die Deponie hieß nun Ihlenberg und die schlimmsten Umweltsünden wurden mit dreistelligem Millionen allmählich beseitigt. Dabei tat sich schon Jahre zuvor eine neue Alternative auf, um den „Kollaps des Müllsystems“ zu verhindern. Doch diese erwies sich, wie in der Studie des Umwelthistorikers Jonas Stuck (München) über den „deutschen Müllkolonialismus in der Türkei“ nun nachzulesen ist, ebenfalls als Sackgasse (*Werkstatt Geschichte*, 85/22).

Dabei traten gut vernetzte Müllhändler und Abfallspediteure mit der Idee auf den Plan, den Sondermüll verstärkt aus dem inländischen Entsorgungssystem in den globalen Süden auszulagern. Zum ersten Mal berichtete die deutsche Presse im Februar 1988 von der Realisierung dieser geschäftsrichtigen Idee. Nachdem die Verbrennung von hochgiftigem Sondermüll, 1.600 Tonnen Farb- und Lackrückstände, vom Landrat in Göppingen nicht genehmigt worden war, exportierte eine im Kreis tätige Spezialfirma den gefährlichen Abfall – deklariert als „Ersatzbrennstoff“ – nach Isparta im südwesttürkischen Taurusgebirge.

Im einst griechischen Bischofsitz Bâris hatte sich eine Zementfabrik, die weder über Filter noch über

Rauchgasreinigungsanlagen verfügte, als begeisterter Abnehmer gefunden. Die zahlte für eine Tonne heimische Steinkohle 100 D-Mark, während die Deutschen für ihren „Ersatzbrennstoff“ nur zehn D-Mark verlangten – bei gleichem Brennwert. Für beide Seiten bahnte sich eine einträgliche Geschäftsbeziehung an, da der ersten Lieferung noch 50.000 weitere Tonnen Sondermüll aus dem Kreis Göppingen folgen sollten. Auch ein oberschwäbisches Verwertungsunternehmen nahm sich daran ein Beispiel und beantragte beim Landratsamt Ravensburg den Export von 1.000 Tonnen halogenhaltigem Flüssigmüll, der bei der Metalloberflächenbehandlung in der Autoindustrie angefallen war.

Risikotransfer zu Lasten von  
Umwelt und Gesundheit

Weitere Entsorgungsfirmer standen in den Startlöchern. Ausgehend vom Göppinger Fall, für dessen Skandalisierung der grüne Landtagsabgeordnete Andreas Graf von Bernstorff und der grüne Europaparlamentarier Wolfgang von Nostitz die Trommel gerührt hatten, zog der von ihnen angeprangerte „Müllkolonialismus“ im Frühjahr 1988 immer größere Kreise. Bernstorffs geschickte Kampagnenstrategie, die auch türkische Politiker, Wissenschaftler und Journalisten einbezog, bewirkte schließlich einen Exportstopp für die halogenierten Lösungsmittel und eine Rückholung der „Ersatzbrennstoffe“ aus Isparta.

Politisch konnten von Nostitz und Graf Bernstorff, der sich später bei Greenpeace als Experte für Giftmüll-Rückholaktionen profilierte, mit ihrer Intervention mehr als zufrieden sein: Baden-Württemberg erweiterte 1989 seine Entsorgungskapazitäten für Sondermüll auf 100.000 Tonnen. Im gleichen Jahr mündete der nationale wie internationale Widerstand gegen Müllexporte in die Verabschiedung der Basler Konvention. Sie trat im Mai 1992 in Kraft und verbot die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfallstoffe.

Ende gut, alles gut? Für Jonas Stuck nicht. Dem gezielten Risikotransfer aus reichen Staaten zu Lasten von Umwelt und Gesundheit in ärmeren Weltregionen sei damit kein Riegel vorgeschoben worden. Die Konvention öffne zu viele Schlupflöcher. So lassen sich Altautos, abgelaufene Pestizidfässer oder Elektroschrott zur „recyclebaren Ware“ deklarieren, um sie weiterhin ungehindert in die Ferne exportieren zu können.

Themenheft „Müll“ (*Werkstatt Geschichte*, 85/22):  
► [werkstattgeschichte.de/alle\\_ausgaben/muell](http://werkstattgeschichte.de/alle_ausgaben/muell)  
► [stopp-deponie-schoenberg.de/blog/deponiegeschichte/](http://stopp-deponie-schoenberg.de/blog/deponiegeschichte/)

Umwelt

Woke  
Bauernfeinde

Von Paul Leonhard

Neuseeland hat etwa zehn Millionen Rinder, aber nur 5,1 Millionen Einwohner. Molkereiprodukte machen 30 Prozent des Exportvolumens aus, das überwiegend in den asiatischen Raum geht. Doch 2017 wurde Jacinda Ardern „Young Global Leader“ sowie Premierministerin. Und die Labour-Parteichefin hat auf dem Weltwirtschaftsforum versprochen, die Agrargroßmacht im Südpazifik bis 2050 „klimaneutral“ zu machen. Schon bis 2030 soll der Methanausstoß um zehn Prozent sinken, denn CH<sub>4</sub> sei 25mal klimaschädlicher als CO<sub>2</sub> – und größter CH<sub>4</sub>-Produzent seien Rinder. Zwar sollen die Kuhrülpser erst ab 2025 besteuert werden, aber viele Landwirte haben inzwischen reagiert – und aufgegeben. Vergeblich habe man versucht, mit der Regierung eine Lösung zu finden, erklärte Andrew Hoggard, Präsident des Agrarverbands Federated Farmers, in der *New York Post*: „Stattdessen verkaufen sie jetzt ihre Felder so schnell, daß man nicht mal die Hunde auf den Pick-up-Trucks bellen hört, weil sie so schnell wegfahren.“

Die Senkung der Methan-  
Emissionen werde den  
Farmern helfen, die besten  
für die Welt zu sein.

Pikant ist: Hoggard hatte 2003 als Umweltminister die Idee der Rülpsteuer erstmals in einen Gesetzentwurf eingebracht, doch die Idee scheiterte nach Farmerprotesten. Ob das Parlament diesmal zustimmt? Wie hoch die Steuer ausfallen wird, ist unklar. Die Entscheidung ist für Dezember geplant. Die Senkung der Emissionen werde den Farmern helfen, „nicht nur die besten der Welt zu sein, sondern auch die besten für die Welt“, meint die 42jährige woke Regierungschefin: Kein anderes Land der Welt habe bisher ein System zur Bepreisung von landwirtschaftlichen Emissionen entwickelt, „also werden unsere Farmer davon profitieren, Vorreiter zu sein“. Daß Neuseeland nur für 0,09 Prozent der weltweit von Menschen verursachten „Klimagase“ verantwortlich ist – egal, Deutschland (1,8 Prozent Anteil; elf Millionen Rinder) ist auf dem selben Irrweg: „Die Entwicklung der Tierbestände soll sich an der Fläche orientieren und wird in Einklang mit den Zielen des Klima-, Gewässer- und Emissionsschutzes (Ammoniak/ Methan) gebracht“, heißt es bürokratisch im Ampel-Koalitionsvertrag. Aber immerhin sollen die Bauern „auf dem Weg zur Klimaneutralität im Rahmen des Umbaus der Nutztierhaltung unterstützt werden“.

## Erkenntnis

„Wenn in Heizkraftwerken Sägespäne sowie Alt- und Schwachholz energetisch genutzt werden, dann sehe ich darin für das Klima Vorteile. Wenn der Baum irgendwann verrottet, entweicht das CO<sub>2</sub> lediglich etwas langsamer.“

Annette Prochnow, Professorin für Nutzungsstrategien für Bioressourcen an der HU Berlin

Der Newsletter von Dieter Stein

Wir leben in  
wilden Zeiten.  
Umso wichtiger, eine  
Quelle zu haben, der  
man **vertrauen**  
kann.

Wir erleben dieser Tage eine Zeitenwende nach der anderen. Gewißheiten werden jeden Tag infrage gestellt. Gut, wenn man dann jemandem zur Seite hat, der die Dinge ordnet. Und das ganz ohne Zwangsgebühr. Jetzt anmelden:

[jf.de/newsletter](http://jf.de/newsletter)

JUNGE FREIHEIT  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

# „Dieser Moralappell verpufft“

Zu: „Bild der Woche / Nachsitzen zum Diktat“, JF 43/22

**Zwischen Standard und Standarte**  
Ich finde, daß die Aussage der graphischen Darstellung von schlechten Ergebnissen der neuesten Schulstudie nicht besser hätte „gekrönt“ werden können, als (unbeabsichtigt?) durch den orthographischen Fehler in der Überschrift der abgebildeten Schautafel („Mindeststandart“).

ROSEMARIE ANGERMANN, BERLIN

Zu: „Es ist ein Alarmzeichen“, im Gespräch mit Prof. Dr. Hans Peter Klein, JF 44/22

**Du sollst dir kein Bildnis machen**  
Daß die JF über das Ereignis berichtet, mag gerechtfertigt sein. Daß Ihr aber auch noch dieses Wesen (Deutscher Buchpreisträger Kim de l'Horizon, d. Red.) abbildet, hätte nicht sein müssen. Einem alten Soldaten und Schulleiter wird dabei übel!

ERWIN REUS, OBERST D.R. UND REKTOR I.R., BAMBERG



JF-Ausgabe 44 / 22 vom 28. Oktober 2022

Zu: „Geht es so weiter, geht das nicht gut“, im Gespräch mit Sigmund Gottlieb, JF 43/22

**Denkwürdiges Interview mit Helmut Kohl**  
Es hat lange gedauert, bis Herr Gottlieb zur Erkenntnis kam: „So nicht!“ Als jahrzehntelanger Leser der JF war mir schon lange klar, „daß das nicht gurgelt“. Mal ehrlich: Glaubst denn mein verehrter mittelfränkischer Landsmann an eine klare Wende? Ich nicht! Aber ich erinnere mich an ein Interview von ihm mit Helmut Kohl, als dieser noch fest als Kanzler im Sattel saß. An den Wortlaut der an Kohl gerichteten Frage kann ich mich nicht mehr erinnern. Der Wortlaut der Antwort an Herrn Gottlieb aber ist mir unvergesslich: „Sie wissen doch, wem Sie es zu verdanken haben, daß Sie hier sitzen!“ Eine klare Antwort zum Verhältnis von Politik und öffentlich-rechtlichem Rundfunk. Damit ist, auf französisch, alles „gsocht“.

JÜRGEN KRAHEBERGER, HOCHDORF

Zu: „Post von Kazim“ von Horst Gabers, JF 43/22

**Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit**  
Wenn man Ihr Portrait über Hasnain Kazim liest, fragt man sich, wie so ein Mann Marineoffizier werden konnte. Nicht, daß die ursprüngliche Herkunft diese Frage aufwirft, sondern sein offenkundiger Deutschenhaß. Meines Wissens sind Soldaten und vor allem Offiziere zur Verteidigung ihres Landes da. Ist bei der Haltung von Kazim keinem in der Bundeswehr aufgefallen, daß eine solche innere Einstellung zu dem Land, das er zu verteidigen sozusagen qua Amt verpflichtet ist, ihn gar nicht zu diesem Amt befähigt? Bei dem Gedanken, daß noch mehr solche Offiziere die Bundeswehr „zieren“, kommen einem hinsichtlich der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr doch entscheidende Zweifel.

JÜRGEN SCHMIDT, ETTLINGEN

Zu: „Alte Fehler neu gemacht“ von Hinrich Rohbohm/Christian Vollradt, JF 43/22

**Lauter Halbgebildete, wenn überhaupt**  
Den chinesischen Konzern Huawei aus einem deutschen 5G-Netz herauszuhalten, ist nur ein frommer Wunsch. Wir haben gar keine Leute mehr, um es selber zu machen. Das ursächliche Übel ist jedoch der Bildungsstand, der uns hier auf die Füße fällt. Seit Jahrzehnten blockieren die Bälger von Millionen sogenannter „Fachkräfte“ brauchbaren Unterricht an der Grundschule, weil sie kaum Deutsch können. Von da aus ziehen sich die Laufmaschen bis in den Bundestag und ins Kanzleramt. Lauter Halbgebildete, wenn überhaupt! Machen wir uns nichts vor, der Ofen ist aus. Was der deutsche Nachwuchs noch fertigbringt, ist das Beschmieren von Denkmälern einstiger Geistesgrößen.

VOLKER WITTMANN, PHILIPPSBURG

Zu: „Gesprächskultur, bitte!“ von Dietmar Mehrns, JF 43/22

**Nutzloser Moralappell**  
Ich habe mit großem Interesse die Erläuterungen zu den unlauteren rhetorischen Tricks gelesen. Nur am letzten Absatz möchte ich etwas aussetzen, wo der Autor die Politiker aufruft, solche zu vermeiden.

Dieser Moralappell verpufft völlig nutzlos. Effektiver wäre ein Hinweis für Betroffene, wie sie auf solche Scheinargumente reagieren können, etwa: „Sie haben mich jetzt persönlich angegriffen, meinem Argument haben Sie also nichts entgegenzusetzen?“, oder „Die Behauptung war doch x, Sie bringen nun y ins Spiel, also nehme ich an, daß Sie x zustimmen“.

FRANK HREBABELTZKY, KRONACH

Zu: „Einfüstern und Abkassieren“ von Björn Harms, JF 43/22

**Verwandlung in einen Gesinnungsstaat**  
In gewohnt kritischer Weise legt die JUNGE FREIHEIT dankbar den Finger in die Wunde, die sich zu einem großen Problem der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland entwickeln kann: das Demokratiefördergesetz. In bestem Orwell'schen Neusprech suggeriert die Regierung mit diesem Gesetz die Förderung demokratischer Werte, verfolgt damit in Wahrheit aber die ausschließliche Verbreitung der von ihr vertretenen links-grünen Weltanschauung. Die dem Staat treuhänderisch überlassenen Gelder sollen entgegen dem staatlichen Neutralitätsgebot offen für parteipolitische Zwecke mißbraucht werden, um die in der Bevölkerung vertretenen Ansichten immer mehr in Richtung woker Ideologie zu steuern. Bezweckt ist mit diesem Gesetz nicht die Förderung und Unterstützung von mehr Demokratie, sondern die Förderung einseitig links-grüner Werte bis in die letzten privaten Schutzzräume. Staat und (durch das grüne Familienministerium sorgsam ausgewählte) zivilgesellschaftliche Akteure sollen die Bundesrepublik Deutschland von einem Rechtsstaat in einen Gesinnungsstaat verwandeln, in dem es um die Umwertung von Werten in eine woke Ideologie geht, die allein aus Identitätspolitik, Genderwahnsinn, Cancel Culture und dem Kampf gegen Rechts besteht, wobei die links-grüne Regierung festlegt bzw. zukünftig durch die von ihr ausgewählten zivilen Akteure festlegen läßt, was unter „rechts“ zu verstehen ist. Sollte vereinzelt dennoch eine regierungskritische Meinung in der Bevölkerung übrigbleiben, werden behördliche Meldestellen – wie in NRW und wohl bald auch bundesweit geplant – ihr übriges tun, um Meinungsvielfalt zu unterdrücken. Die Meinungsfreiheit als eine für eine Demokratie schlechterdings konstituierende Freiheit wird damit Stück für Stück abgeschafft.

RA DR. ANDRÉ KRUSCHKE, HOFHEIM

Zu: „Das Regime der Manager“ von Björn Harms, JF 43/22

**Liz Truss, oder: Probe aufs Exempel**  
Diese Analyse ist eine Wucht! Schlagartig wird einem klar, warum nicht nur die von niemandem, der bei Verstand ist, geschätzte Regierung und die sie bejubelnden Mainstream-Medien fortlaufend nur noch woken Unsinn von sich geben. Nein, auch die früher so angesehene deutsche Industrie und die CEOs der Unternehmen: Unterstützung der Energiewende und der Rußland-Sanktionen, die ihnen das Gas abdrehen und ihren eigenen Untergang

bedeuten etc. pp. Die eigentlichen Entscheidungen treffen „unangreifbare Oligopole“ und supranationale Institutionen wie die WHO oder die EU. Sehr interessant und passend dazu ist, was das britische Online-Magazin *Spiked* für eine Mitursache des Sturzes von Liz Truss feststellt: Sie habe natürlich taktische Fehler gemacht, aber vor allem habe sie die Bank of England und das OBR (Office for Budget Responsibility) mißachtet, zwei nicht demokratisch legitimierte mächtige Institutionen. Paßt, oder?

JACQUELINE A. HENLEY, STUTTGART

Zu: „Gretas mit Dokortitel“ von Tobias Albert, JF 43/22

**Sachkenntnis bestenfalls ignoriert**  
Daß Politiker nicht immer vom Fach sind und Ministerien hinsichtlich parteipolitischer Merkmale besetzt werden, daran haben wir uns leider gewöhnt. War es doch lange Zeit wenigstens so, daß zumindest in der zweiten oder dritten Reihe irgendwo jemand war, der das zu bearbeitende Thema ansatzweise kannte. Heute ist „Fachwissen“ eine Ressource, die man in verantwortlichen Positionen vergebens sucht, das „Mindset“ ist heute das Maß der Dinge. Äußerungen, die von Sachkenntnis geprägt sind, werden bestenfalls ignoriert, schlimmstenfalls wird der Überbringer diffamiert. Die Ideologie ist nun die allein selig machende Wahrheit – welche das ist, hängt von Tagesform und Provenienz der „Aktivisten“ ab.

Eigentlich ist die Wissenschaft, also „Science“ im weitesten Sinne, immer zukunftsgewandt, was soll also der „for future“-Anhang bei den Wissenschaftlern? Das Gegenteil nehme ich wahr: „For Future“ ist leider oft ein Synonym für bedingungsloses Abschalten, gegen Wiederbetriebnahme, die durch Zerstörung gesichert werden soll. Der Zusatz „for future“ steht vielmehr für eine Tendenz, deren Protagonisten immer weltfremder und rücksichtsloser werden. Der Zusatz „for future“ hat daher einen ganz faden Beigeschmack, es ist höchst bemerkenswert und bisweilen irritierend, daß Vertreter jeder gesellschaftlichen Gruppe (Christians, Parents, Omas, Teachers ...) und höchste kirchliche Vertreter sich vor deren Karren spannen lassen oder sich das Geschirr sogar selbst anlegen.

Nun auch auch Wissenschaftler, aber die kleben sich ja auch bei VW fest. Follow the Science – ja, welcher denn? Natürlich der, deren wissenschaftliche Fragen per Akklamation beantwortet worden sind. Da steht wenigstens die Mehrheit dahinter. So zumindest kommt es mir bisweilen vor.

PROF. DR. M. RECKZÜGEL, SCHÜTTORF

Zu: „Geschützte Ideologie“ von Paul Leonhard, JF 43/22

**Richard-Serra-Rost kann da nicht mithalten**  
Die Propagandakunst der DDR bediente sich aus dem Fundus der Moderne und ist uns deshalb so vertraut. Grenzlose Machbarkeit, der Mensch im Mittelpunkt, die Erlösung durch technischen und sozialen Fortschritt und sogar die Verschmelzung der Völker gehörten zum Vokabular. Die Utopien

von heute unterscheiden sich in der Präsentation, nicht in der programmatischen Ausrichtung der DDR-Kunst. Dabei ist diese gestalterisch auf hohem Niveau, dekorativ, einfach zu verstehen und unterhaltsam in ihrer grotesken Überzeichnung. Eine verrostete Stahlskulptur von Richard Serra in der Dortmunder City, als Sinnbild der Westmoderne, kann da nicht mithalten.

THOMAS FIEBIG, LEIPZIG

Zu: „Migrations-Welle / Die Mutter aller Krisen“ von Dieter Stein, JF 41/22

**Schlicht ein Verfassungsbruch**  
Vielleicht bin ich des Lesens nicht mehr mächtig, aber ich habe mir das Grundgesetz noch einmal vorgenommen, zusammen mit dem Kommentar von Jarass/Pieroth. Da steht nun im Artikel 16a (Asylrecht), daß politisch verfolgte Asylrecht genießen. Doch im folgenden Absatz 2 heißt es explizit: „Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist.“ Sehe ich mich auf der Landkarte um, so wird Deutschland nur von eben solchen Staaten umgeben. Die logische Konsequenz daraus wäre nun, daß eigentlich kein Asylbewerber auf dem Landweg zu uns kommen darf. Überschreitet er illegal die Grenze, so ist er zurückzuweisen und auf keinen Fall, Asylrecht hin, Asylrecht her, aufzunehmen.

Sodann: Was heißt nun „politisch verfolgte“? So liegt nach der gültigen Rechtslage (BVerfGE 80, 315/335) keine gezielte Verfolgung vor „bei Nachteilen, die jemand auf Grund der allgemeinen Zustände in seinem Heimatstaat zu erleiden hat, wie Hunger, Naturkatastrophen, aber auch bei den allgemeinen Auswirkungen von Unruhen, Revolutionen und Kriegen“ (BVerfGE 80,315/335). Auch wird an asylherbliche Merkmale regelmäßig nicht angeknüpft bei Zwangsrekrutierungen, die alle wehrfähigen Männer eines bestimmten Alters treffen (BVerfGE 69, 320/322; 81, 41/42).

Was ist nun für den „gesunden Menschenverstand“ aus den obigen Richtlinien bezüglich der „Mutter aller Krisen“ zu schließen? Diese „Mutter“ ist schlicht die faktische Außerkraftsetzung all dessen, was der Artikel 16a des Grundgesetzes eigentlich beinhaltet und damit ein Verfassungsbruch.

PROF. EM. DR. DR. H.C. KARL-HEINZ KUHLMANN, BOHME

Zu: „Warum Robert irrt“ von Rupert Pritzl, JF 41/22

**Gefleherhut Dekarbonisierung**  
Volle Zustimmung für die Kritik des Autors an der politisch forcierten Energiewende. Solange es keine effiziente Speicherung des aus Wind und Sonne erzeugten Flatterstroms gibt, wird es keinen oder jedenfalls keinen ausreichenden Ersatz des bisher aus konventionellen Energiequellen (Kohle, Erdöl, Gas, Atom) gelieferten Stroms geben. Widerspruch jedoch gegen den Autor für dessen Befürwortung der aus Klimaschutzgründen ebenfalls politisch forcierten, wissenschaftlich aber nicht überzeugenden Dekarbonisierung, da diese unserer Wirtschaft und Industrie einen massiven Schaden zufügt. Trotz der unterstellten Klimawirksamkeit des CO<sub>2</sub>, kann diese nicht für das ganze Erdklima verantwortlich sein, vielmehr ist es ein lebensnotwendiges Nutzgas, wie die jüngste Deklaration „There is no Climate Emergency“ (Es gibt keinen Klimanotstand) untermauert.

DR. KARL MEIER, FRANKFURT AM MAIN

**Liebe Leser!**  
Leider können wir nicht alle Zuschriften, die uns täglich erreichen, veröffentlichen. Auch müssen wir manchmal kürzen. Alle Briefe werden aber sorgfältig ausgewertet, wemlich wir sie nicht in jedem Fall beantworten können.  
Ihre Leserbriefredaktion  
JF-Leserbriefredaktion  
Hohenzollerndamm 27 a,  
10713 Berlin,  
Fax: 030 / 86 49 53 - 14,  
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de



FOTO: PRIVAT

## Fragebogen David Dürr Freiheitlicher Jurist & Publizist

**Wo möchten Sie jetzt am liebsten sein?**

Hier in meiner Heimat- und Wohnstadt Basel gefällt es mir trotz unserer rot-grünen Lokalregierung gar nicht so schlecht.

**Wofür lassen Sie alles stehen und liegen?**

In der Regel räume ich zuerst auf, bevor ich irgendwohin gehe.

**Was bedeutet Heimat für Sie?**

Siehe erste Antwort oben.

**Was ist Ihnen wichtig im Leben?**

Selbst über mich bestimmen zu können.

**Was haben Ihnen Ihre Eltern mitgegeben?**

Das Leben und natürlich auch sonst noch einiges, das aber zu kompliziert wäre für diesen Fragebogen.

**Welches Buch hat Sie nachhaltig beeinflusst?**

Gerhard Roth: „Das Gehirn und seine Wirklichkeit.“

**Welche Musik mögen Sie?**

Der Gefangenenchor von Verdi, weil er politisch interessant ist.

**Welches Ereignis ist für die Welt das einschneidendste gewesen?**

Das vielleicht verhängnisvollste Ereignis ist das Aufkommen des Staates vor etwa 5.000 Jahren.

**Was möchten Sie verändern?**

Daß es Staaten gibt auf dieser Welt.

**Woran glauben Sie?**

Glauben ist definitiv nicht mein Ding.

**Welche Werte sollen wir unseren Kindern weitergeben?**

Wage, deinen Verstand zu gebrauchen!

**Welche Bedeutung hat der Tod für Sie?**

Ernsthaftigkeit.

**Prof. Dr. iur. David Dürr**, LL.M., lehrte bis 2018 an der Universität Zürich Privatrecht und Rechtslehre. Der Publizist, Wirtschaftsrechtler und Notar ist Mitbegründer der SwissLegal-Gruppe. Er studierte an den Universitäten Basel, Genf sowie an der Harvard Law School. Er ist Beirat des Ludwig von Mises-Instituts Deutschland sowie des Liberalen Instituts Zürich. Neben seinen zahlreichen Sachbüchern und Artikeln veröffentlichte er jüngst die Polit satire „Staats-Oper Schweiz – wenige Stars, viele Staatisten“ (2. Auflage 2022).  
► www.misesde.org/2011/09/durr-david/

## JUNGE FREIHEIT WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE

GEGRÜNDET 1986 IN FREIBURG I. BR. - WOCHENZEITUNG IN BERLIN SEIT 1994 - ISSN 0932-660X

**Herausgeber und Verlag:**  
JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG

**Chefredakteur:** Dieter Stein  
**Stellv. Chefredakteur:** Thorsten Thaler  
**Chef vom Dienst:** Matthias Bäkermann

**Verantwortliche Redakteure:**  
Meinung: Björn Harms; Im Gespräch: Moritz Schwarz; Politik: Christian Vollradt; Außenpolitik, Hintergrund: Dr. Curt-Torsten Weick; Wirtschaft, Natur & Technik: Jörg Fischer; Kultur: Thorsten Thaler; Geschichte, Literatur: Matthias Bäkermann; Medien, Sein & Zeit: Gil Barkei; Thema, Forum: Matthias Pellack; Leserforum: Christian Dorn; Reporter: Hinrich Rohbohm, Martina Meckelein; Online: Henning Hoffgaard (Leitung), Dr. Alexander Graf, Zita Tipold; Schlußredaktion: Matthias Seegrün  
**Satz und Gestaltung:**  
Daniela Lemke, Andrea Müller, Kristina Tarras, Vera Wischniewsky

Die Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT hält sich an die bewährte traditionelle Rechtschreibung, wie sie bis zum 1. August 1999 gültig war.

**Vertrieb für den Zeitschriftenhandel:** IPS-Vertrieb GmbH, Postfach 1211, 53334 Meckenheim

**Druck:** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG, Kurhessenstr. 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf

**Anzeigen:** Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2022. E-Mail: anzeigen@jungefreiheit.de

**Jahresabonnement:** EUR 224,- (Sozialabo EUR 144,-; Schülerabo EUR 105,-); Bezugspreis für das Ausland: Europa EUR 291,- (Sozialabo EUR 211,-; Schülerabo EUR 172,-); Übersee: EUR 297,- (Sozialabo EUR 217,-; Schülerabo EUR 178,-). Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, wird es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt.

**Konto:** Postbank Berlin BIC: PBNKDEFF  
IBAN: DE57 1001 0010 0002 7161 08

**Nachdruck:** Nur mit Genehmigung des Verlages.

**Sammelanschrift:** JUNGE FREIHEIT, Hohenzollerndamm 27 a, 10713 Berlin

**Telefon:** 030 / 86 49 53 - 0  
**Fax:** 030 / 86 49 53 - 14

**E-Mail:** verlag@jungefreiheit.de  
**Internet:** www.jungefreiheit.de



### JF-Intern

## Nachwuchs-Autoren

Endlich! Diese sieben Buchstaben erlaubt sich die Schreiberin dieser Zeilen in die Tastatur zu hacken: Es ist ein Mädchen! Cosima Joseph heißt die Siegerin unseres diesjährigen Jungautoren-Wettbewerbs. Sie schrieb einen Meinungsbeitrag zum Thema „Selbstverwirklichtes Humankapital im Tausch gegen die tradierte Familie“, und dabei zählt die Gymnastin gerade einmal 17 Lenze. Mit ihren Eltern war sie nach Berlin gereist, um die Urkunde aus der Hand von Chefredakteur Dieter Stein entgegenzunehmen. „Sie vertreten ein Familien- und Gesellschaftsbild, das Hoffnung geben kann“, sagte Stein.

Silber erschrub sich Dean Luis Aderhold Amorin mit einem Kommentar zu: „Die Beobachtung eines Soldaten, Schülers und Sohnes“. Den dritten Preis erhielt Leif E. Böhm für seine Erörterung zur Dienstpflicht. Und noch eine Überraschung für die drei Preisträger: Journalistenlegende Peter Hahne gratulierte ihnen persönlich, war er doch kurz vor einer USA-Reise noch auf einen Sprung in die Redaktion gekommen.



**JF-Chef Dieter Stein und Peter Hahne (r.) mit den Siegern des JF-Jungautoren-Wettbewerbs**

Martina Meckelein

**Die JF stellt ein.**  
**Wir bieten:**  
attraktive Aussichten.  
**Und Kollegen.**

**Wir suchen ab sofort:**

- Buchhalter/-in
- Online-Redakteur/-in
- Kaufmännischer Leiter/-in

Weitere Informationen unter: **jf.de/stellenangebote**  
Telefonische Rückfragen unter: **030/86 49 53 28**

**Chance nutzen, jetzt bewerben!**

**JUNGE FREIHEIT**  
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Der Flaneur

Könige des  
Szeneviertels



Von Paul Leonhard

Schau mal“, sagt die Jugendfreundin aus der Hauptstadt, „ein Konsum“. Sie staunt: „Was es bei euch noch so gibt.“ Und natürlich muß die Filiale des über die Wende geretteten DDR-Einkaufsparadieses unverzüglich besucht werden. Sie benötigt dringend eine Geburtstagskarte. Bevor ich widersprechen kann – Konsum und Glückwunschkarten – entdecke ich einen Drehständer voller bunter Karten. Nach der früher unbekanntem Qual der Wahl stehen wir am Band an der Kasse, auf dem neben der Karte auch zwei Flaschen Bier liegen. Die Freundin hat beschlossen, daß wir nicht in eine gemütliche Kneipe einrücken, sondern zünftig durchs Szeneviertel ziehen, so wie wir es vor vier Jahrzehnten selten getan haben – als wir noch nicht so abgeklärt waren, sondern Mut aufbringen mußten, uns überhaupt in diese als verrückt geltende Gegend zu trauen.

Im Tanzklub drehen sich die Pärchen, die leeren Bierflaschen stehen an den Häuserwänden.

An der Kasse liegt am langen Band ein Öffner bereit. Ich öffne die Flaschen, draußen stoßen wir auf einen vergnüglichen nächtlichen Spaziergang an. Es ist zehn vor zehn. Der Konsum macht gleich dicht, dann übernehmen die zahlreichen „Spätis“ mit ihren schier unendlichen Angeboten an verschiedenen Biersorten.

Aber die meisten Nachtschwärmer entscheiden sich für dieselben vier, fünf Sorten, wie an den entlang der Häuser aufgereihten leeren Flaschen zu erkennen ist. Das Viertel müßte eigentlich ein Eldorado für Flaschensammler sein, aber offensichtlich lohnen sich die acht Cent Pfand nicht.

Vor den zahlreichen Imbißstuben stehen Schlangen. Pizzas werden auf Bänken im Freien verzehrt. Einige Gaststätten sind gerammelt voll, andere gähnend leer. An den Preisen liegt das nicht. Diese sind erstaunlich moderat. Wir bestaunen sowohl Graffiti und Schablonenmalereien als auch sorgfältig restaurierte Deckengemälde aus dem ausgehenden 19. Jahrhundert.

Im Tanzklub drehen sich Pärchen. Noch eine Stunde, dann wandelt sich dieser in eine Diskothek. Die Stimmung ist toll. Vor allem Jungvolk ist unterwegs. Flaneure in unserer Altersgruppe sind selten, dafür grinst man sich wissend an. Sind wir nicht die eigentlichen Könige des Viertels? Was könnten wir für Geschichten aus vergangenen Zeiten erzählen, von legendären Vorwendewirtschaften mit Pferdefleisch und vergessenen Wendezeit-Lokalen.

» Wenn man etwas für recht hält, muß man es auch tun.

Hermann Hesse  
(1877–1962)

# Erster Schrei in familiärer Umgebung

Protokoll einer Niederkunft: Unser Autor mit einem Plädoyer für die Hausgeburt

PAUL MEILITZ

Meine Tochter T. und ihr Ehemann haben ihr zweites Kind bekommen. Ein Sohnemann ist bereits da, erfreut sich bester Gesundheit und macht inzwischen im Natur-Kindergarten einer norddeutschen Stadt eine gute Figur. Er weist einige Besonderheiten auf, die mir Respekt abtrotzen.

So hat er weder Nuckel noch Schnabelbecher und deren anschließende Entwöhnung durchleiden müssen. Die mehrfachen Versuche einer Kinderkrankenschwester in der Geburtsklinik, dem Neuankommeling einen Schnuller in den Mund zu pfpfen, hatte die Mutter im Keim erstickt. Dafür wurde er bis über das zweite Lebensjahr hinaus mit dem besten Nahrungsmittel für diese Altersgruppe versorgt: Muttermilch.

Die Männer bereiten das Frühstück vor

Kaum waren die Finger zu halbwegs koordinierter Motorik fähig, führte der kleine Mann beidhändig ein herkömmliches Trinkgefäß an den Mund, um das stille Mineralwasser wie ein Erwachsener zu schlürfen, wobei anfänglich massive Abtropfverluste geduldig hinzunehmen waren. Derlei und andere Überlegungen ließen in den Eltern den Wunsch reifen, das zweite Kind als Hausgeburt, sprich frei von unerwünschten Reglementierungen zur Welt zu bringen.

Der Widerstand gegen diese Entscheidung formierte sich erwartungsgemäß und erstreckte sich über zwei Generationen Anverwandter und schloß meine andere Tochter ein, die als Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin nicht nur medizinische Kompetenz, sondern zwei wohlgeratene und in Kreißsälen zur Welt gekommene Kinder in die Waagschale warf.

Obwohl sich besagte Schwester als vehemente Gegnerin der Covid-Impferei öffentlich exponierte, ihre Karriere in Gefahr brachte und damit dem nonkonformen Teil der Ärzteschaft zuzurechnen ist, stand sie einer Hausgeburt mit einer gewissen Portion Skepsis gegenüber. Die Schulmedizin läßt grüßen. Dazu muß man auch wissen, daß die andere gebärende Tochter über ein recht zierliches Beckenmaß verfügt, das bei vorschneller medizinischer Beurteilung die Empfehlung „Kaiserschnitt“ regelrecht herausfordert.

Doch Beckenmaß und diverse Ratschläge hin und her, meine Tochter entschied sich für eine Hausgeburt. Sie buchte eine Hebamme und klärte alle Konditionen mit ihrer Krankenkasse. Der künftige Vater machte sich inzwischen mit dem Notfallplan vertraut und inspizierte das hierfür bereitstehende Köfferchen. Selbst der dreieinhalbjährige „große“ Bruder war in die kommenden Geschehnisse soweit eingeweiht, daß seine persönliche Anwesenheit beim Eintreffen seiner Schwester nicht in Frage stand.

Fünf Tage vor dem errechneten Termin ging alles ganz schnell. Meine Tochter erwachte mit Wehen und griff zum Telefon. Alles weitere dokumentierte die Hebamme in einem Protokoll, das hier auszugsweise wiedergegeben werden soll:

**06.30 Uhr** Telefonat mit T. Ich möge kommen. Sie muß die Wehen schon veratmen und ist um 6 Uhr wach geworden.

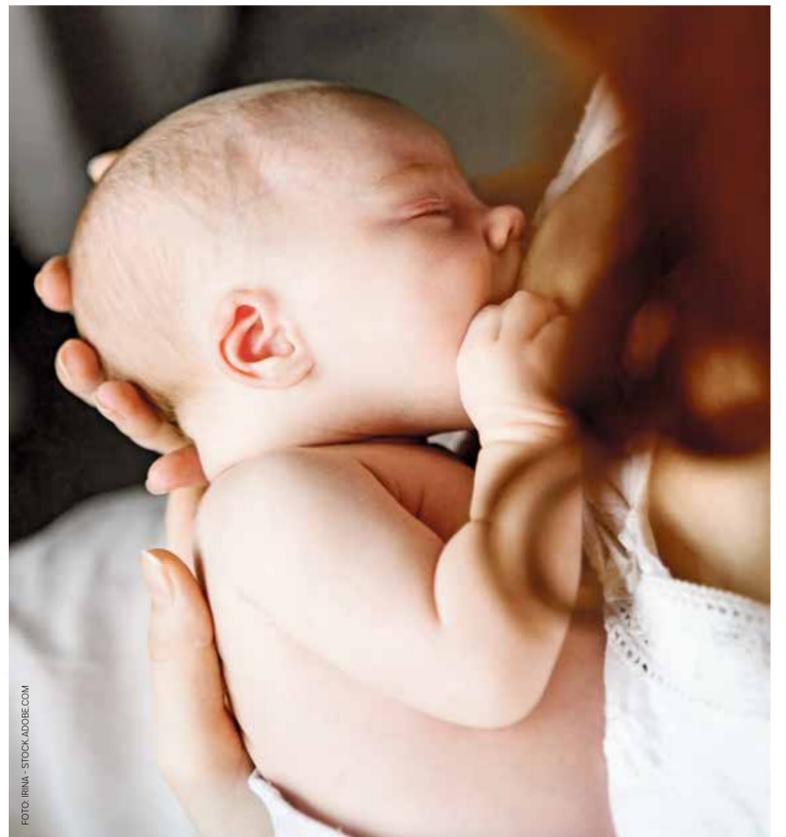
**07.40 Uhr** Ankunft. T. sitzt auf einem Pezziball und lächelt mich an.

**07.50 Uhr** In der Küche bereiten ihr Mann und der Sohn das Frühstück zu.

**09.00 Uhr** Blasensprung

**09.08 Uhr** Ich sehe das Baby.

**09.19 Uhr** Geburt im Vierfüßlerstand. Vital,



Baby beim Stillen: Viele Mediziner warnen vor den Risiken einer Hausgeburt

schreit. T. nimmt ihr Baby zu sich. Der Ehemann hat den Bruder auf dem Schoß und schauen der Geburt zu.

**12.10 Uhr** Abfahrt. Ich komme übermorgen wieder.

**10.20 Uhr** Die „Männer“ gehen in die Küche, um Brot zu backen. Das Baby trinkt. Nachwehen erträglich. Das Mädchen erhält zwei Vornamen. Einer ist der von T.s liebster Oma.

Das war es dann auch schon. Keine drei Stunden hat meine Tochter benötigt, um nach entsprechender Vorbereitung eine gesunde Tochter in familiärer Umgebung zur Welt zu bringen.

**10.45 Uhr** U 1: Eutrophes, lebensfrisches, ruhiges, zufriedenes, weibliches Neugeborenes. Reflexe ohne Befund, Herz/Lunge askulatorisch. Windel an und wieder an die Brust.

Auch meine Enkelin wird weder Nuckel noch Schnabelbecher erleben, auch sie wird vermutlich ein „Muttermilch-Junkie“, und auch sie wird wie ihr großer Bruder die ersten Jahre von chemischem Süßkram ferngehalten. Im Angebot stehen dafür reichlich Kuschelmomente, ausgedehnte Freiluftaktivitäten und regelmäßige Gutenachtgeschichten. Ich finde, daß dies kein schlechter Tausch ist.

**11 Uhr** Nachwehen aushaltbar. Papiere vervollständigt, Aufräumen, Zusammenpacken.

Haltungsnote



## Mit Humor entwaffnen

ZITA TIPOLD

Am Café Mohrenkopf in Ingolstadt beißen sich woke Moralapostel die Zähne aus. Natürlich geht es um den Namen des bayerischen Lokals. Die Weigerung des Wirts Claus Häring, das Café umzubenennen, gilt vielen als klares politisches Statement. Rassismuskritik, negative Google-Bewertungen und Beschimpfungen des Inhabers als „Nazi“ sind die Folge.

Wer denkt, daß Häring deshalb einknickt und nachgibt, kennt den schlagfertigen Gastronom nicht. „Ich sehe in keinster Weise einen Zusammenhang zwischen dem Begriff und einer Personengruppe“, betonte er erst jüngst noch einmal eindringlich. Gegen sachliche Kritik habe er

nichts einzuwenden, gegen Beleidigungen aber schon. Für Häring scheint die ganz und gar unkonstruktive Kritik nur noch mehr Ansporn zu sein, sein Lokal mit Stolz zu bewerben. So teilt das Café Mohrenkopf seit einer Weile nahezu täglich Bilder in den sozialen Medien, die Nutzern mit einem neckischen „Guten MOHRgen“ einen schönen Start in den Tag wünschen. Oftmals sind es Fotomontagen, die den Wirt persönlich oder die Maskottchen, zwei Mohrenköpfe aus Stoff mit verschmitztem Grinsen, zeigen.

Angriff ist eben die beste Verteidigung und Humor ist entwaffnend. Die Resonanz ist groß. Der Mut und die Standhaftigkeit von Häring gefallen zahlreichen Nutzern. Allein auf Facebook bekommen die Beiträge des Cafés Mohrenkopf täglich mehrere Dausen nach oben.



Mohrenkopf

Kabinenklatsch

## Vorfreude bleibt aus

RONALD BERTHOLD

Vergangenen Sonnabend kam ich mit einigen Flaschen Bier auf die Terrasse meiner Nachbarn. Dort lief gerade die Bundesliga-Konferenz. Wir schauten zu, wie Bayern Mainz mit 6:2 auseinandernahm, wie Leverkusen wieder mal verlor und Union Berlin weiter auf Herbstmeisterkurs liegt, diskutierten über merkwürdige Elfmeterentscheidungen und plauderten über dies und das. Irgendwann fragte ich meinen Nachbarn: „Sag mal, freust du dich eigentlich auf die WM?“ Er antwortete so wie ich es erwartet hatte: „Nö, überhaupt nicht.“ Geht mir genauso. In zweieinhalb Wochen geht das bedeutendste Fußballturnier der Welt los, und ich habe das überhaupt nicht auf dem Radar. Es folgen sogar noch drei Bundesliga-Spieltage. Das wird eine extrem kurze Vorbereitung für die

Nationalmannschaft. Auch deswegen kann ja kaum Vorfreude aufkommen. Demnächst wird es auch Herbstlich und ungemütlich sein, während in den Stadien von Katar die Temperaturen auf erträgliche Grade heruntergekühlt werden. Das ganze Turnier in dem arabischen Zwergstaat ist ein Witz. Jeder weiß, daß die Abstimmung über das WM-Land gekauft war, daß dort Tausende Fremdarbeiter beim Bau der Stadien ums Leben kamen und daß die Nummer mit Fußball wirklich absolut nichts mehr zu tun hat. Die Fifa outet sich mit dem Turnier endgültig als korrupter Haufen.

Vielleicht kommt ja im Verlauf der Weltmeisterschaft, wenn die deutsche Mannschaft ein paar Siege einfährt, doch noch so etwas wie Interesse auf. Aber WM-Fieber? Ich werde die Spiele sicher schauen. Aber mit schwarzrotgoldener Fahne über dem Fernseher? Oder mit abgekauten Fingernägeln? Im Moment kann ich mir das absolut nicht vorstellen. Und Sie?

Das JF-Deutschland-Abo für Sie oder als Geschenk:

Ja, ich möchte die JUNGE FREIHEIT zum Aktionspreis von 34 Euro für 12 Wochen bestellen oder verschenken. Das Abo verlängert sich bis auf weiteres um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn es nicht zwei Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Rechnungs/Lieferanschrift (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) Kundennummer, falls zur Hand: Lieferbeginn:

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_ Telefon \_\_\_\_\_  
E-Mail \_\_\_\_\_

Die Prämie wähle ich  für mich  für den Beschenkten



Lieferanschrift des Geschenk-Abonnement-Empfängers

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Straße/Nr. \_\_\_\_\_

Ja, ich habe die Einwilligung des Beschenkten, seine Daten zum Zweck des Abo-Versands weiterzugeben.

Datenschutzhinweis: Ja, ich bin einverstanden, daß mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der JUNGE FREIHEIT Verlag GmbH & Co. KG unterbreitet werden und daß die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. Vertrauensgarantie: Eine Weitergabe meiner Daten an unberechtigte Dritte erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Weitere Informationen zum Datenschutz finde ich unter [jf.de/datenschutz](http://jf.de/datenschutz)

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Ausschneiden und absenden an: JF-Leserdienst · Hohenzollerndamm 27 a · 10713 Berlin · Fax 030/864953-50

jf.de/deutschland-abo

# Entdecken Sie das Deutschland-Abo.

12 Ausgaben der JUNGEN FREIHEIT und eine Prämie für **34,- Euro**

JUNGE FREIHEIT

FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

Foto: Adobe-Stock